

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan

2011/2012

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan

2011/2012

Einzelplan 2

Behörde für Justiz und Gleichstellung

(von der Bürgerschaft am 24.11.2011 beschlossener Haushaltsplan 2011/2012)

Inhaltsübersicht Einzelplan 2

	Seite
Vorwort (weißes Papier)	1
Produktinformation (gelbes Papier)	3
Zahlenwerk (weißes Papier) Kontenrahmen für Versorgung	5 56
Erläuterungen (graues Papier)	61
Anlage 1 Anlage zum Haushaltsplan gemäß § 15a Abs. 1 LHO (lindgrünes Papier)	
1.1 Wirtschaftsplans des Einzelplans (inkl. Vorbericht)	63
1.2 Wirtschaftspläne der Aufgabenbereiche	
Aufgabenbereich 100 Staatsanwaltschaften	71
Aufgabenbereich 101 Gerichte	87
Aufgabenbereich 102 Justizvollzug	111
Aufgabenbereich 104 Regierungs- und Fachaufgaben	131
Aufgabenbereich 105 Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	141
1.3 Wirtschaftspläne der Besonderen Budgetbereiche für Teilstiftiger bzw. Intendant- und Dienstleister	
Besonderer Budgetbereich Q 01 Behördenverwaltung Justiz	151
1.4 Wirtschaftspläne der Besonderen Budgetbereiche für bisherige Landesein- richtungen nach § 15 Abs. 2 LHO	159
1.5 Wirtschaftspläne der Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 LHO	161
Landwirtschaft der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand	
1.6 Wirtschaftspläne der Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO	171
1.7 Wirtschaftspläne der bisherigen Landeseinrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO	172
Anlage 2 Übersicht über Gutachten und Untersuchungen (weißes Papier)	173
Anlage 3 Übersicht über Zuwendungen (weißes Papier)	175
3.1 Übersicht über Zuwendungen über 100.000 Euro	
3.2 Übersicht über Zuwendungen bis zu 100.000 Euro	
3.3 Übersicht über sonstige Zuwendungen	
Anlage 4 Stellenplan (blaues Papier)	177

Vorwort zum Einzelplan 2.0

Die Behörde für Justiz und Gleichstellung hat im Rahmen des Prozesses „Neues Haushaltswesen Hamburg (NHH)“ den Einzelplan 2 vollständig vom kamerale System in das System der kaufmännischen Buchführung (Doppik) überführt. Die Doppik soll eine an den Grundsätzen der kaufmännischen Rechnungslegung nach dem HGB orientierte vollständige und periodengerechte Übersicht über die Ertrags- und Vermögenslage der Freien und Hansestadt Hamburg ermöglichen. Die politische und administrative Steuerung des Haushaltes erfolgt im kaufmännischen Rechnungswesen mit der Hilfe von speziellen Instrumenten (z.B. Produktinformation und Kennzahlen) und einem darauf abgestimmten Berichtswesen. Das NHH wird derzeit auf Beschluss der Bürgerschaft evaluiert. Ergebnisse der Evaluation und sich daraus ergebene Konsequenzen liegen zum Zeitpunkt der Drucklegung noch nicht vor.

Auch nach der Umstellung auf ein ressourcenorientiertes Rechnungswesen im Einzelplan 2.0 bleibt der kamerale Haushaltsplan das führende Planungsinstrument der Freien und Hansestadt Hamburg.

Die Kapitel der Einzelpläne verbleiben daher auch weiterhin im kamerale Haushaltsplan. Anstelle der ursprünglichen Titel können gemäß § 15a LHO Titel mit der folgenden Bezeichnung ausgeprägt werden:

- Zuschuss für die laufende Verwaltungstätigkeit des Auswahlbereichs,
- Zuschuss zu den Investitionsmitteln des Auswahlbereichs,
- Zuschuss zu den Darlehensmitteln des Auswahlbereichs,
- Ablieferung aus laufender Verwaltungstätigkeit des Auswahlbereichs.

Nähere Informationen über die Zusammensetzung der oben genannten Zuschüsse und Ablieferung sind den Wirtschaftsplänen (dort: Finanzpläne) der Budgetbereiche zu entnehmen. Sie befinden sich in der Anlage zum Haushaltsplan gemäß § 15a Abs. 1 LHO.

Erläuterungen für kamerale verbleibende Ausgabentitel in den Einzelplänen der Auswahlbereiche

Personalausgaben

Kontenrahmen für Nebenleistungen (KRN)

Die Personalausgaben des Kontenrahmens für Nebenleistungen (KRN) werden weiterhin kamerale veranschlagt und bewirtschaftet. Sie umfassen Ausgaben für Beihilfen (441.92), Fürsorgeleistungen und Unterstützungen (443.92), Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung (451.92) Trennungsgeld und Umzugsvergütungen (453.92) und Sonstige personalbezogene Sachausgaben (459.92) für aktiv Beschäftigte. Grundsätzlich sind die Mittel des KRN zentral im Kapitel 9710 des Einzelplans 9.2 veranschlagt und werden dezentral in den Kapiteln der Einzelpläne bewirtschaftet.

Die Beihilfen wurden kamerale bisher in Höhe von 4% der Beamtenbezüge dezentral in den Personalausgabenbudgets der Einzelpläne als Beihilfezuschlag veranschlagt. In den Einzelplänen der Auswahlbereiche sind nunmehr diese 4 % kamerale unter KRN/441.92 explizit aufgeführt. In den doppischen Wirtschaftsplänen der Auswahlbereiche werden zum Zwecke der Vollkostendarstellung die Nebenleistungen als kalkulatorischer Aufwand bei den Sozialleistungen ausgewiesen.

Kontenrahmen für Versorgung (KRV)

Nach dem Verursacherprinzip werden seit 2004 alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplanes nach Statusgruppen getrennt veranschlagt und bewirtschaftet. Die Veranschlagung der Versorgungsbezüge basiert auf der für die FHH erstellten Versorgungsprognose. Die Personalausgaben des Kontenrahmens für Versorgung (KRV) werden weiterhin kamerale veranschlagt und bewirtschaftet. Der KRV umfasst die Ausgaben für die Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats (431.93), die Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (432.93), die Versorgungsbezüge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (438.93) sowie die Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger (446.93). Für die Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger werden pauschal 13,5 v. H. der Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene veranschlagt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben.

Produktinformationen

Eine Übersicht über die Produkte und Produktgruppen sind den Wirtschaftsplänen der Auswahlbereiche zu entnehmen. Sie befinden sich in der Anlage zum Haushaltsplan gemäß § 15 a LHO.

H A U S H A L T S P L A N
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
FÜR DIE HAUSHALTSJAHRE 2011 / 2012

Einzelplan 02.0

Behörde für Justiz und Gleichstellung

Deckungskreise
Deckungskreis im Einzelplan 02.0

10 Zahlungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen
- ohne Strafvollzugsbereich -

11 Sachaufwand im Zusammenhang mit Informations-
technologie

12 Bauunterhaltung

14 Hochbauinvestitionen

15 Zuschuss für laufende Verwaltungstätigkeit
(konsumtiv) an Aufgabenbereiche der JB

KAPITEL		Steuern 0 ohne 09			Gebühren (G) 111		
		Steuerähnliche Abgaben (A) 09			übrige Verwaltungseinnahmen 1 ohne 111		
Nr.	Bezeichnung	2010	2011	2012	2010	2011	2012
		1	2	3	4	5	6
2000	Justizverwaltung	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	3.000	4.617	-
2050	Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	-	-	-
2060	Staatsanwaltschaften	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	-	-	-
2110	Ordentliche Gerichte	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	-	-	-
2190	Fachgerichte	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	-	-	-
2300	Justizvollzug	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	-	-	-
	Gesamteinnahmen 2010 / 2011 / 2012	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	3.000	4.617	-
	Gegenüber 2010 mehr (+) / weniger (-)		-	-		- G	- G
			- A	- A		1.617+	3.000-

Laufende Übertragungen 2			Schuldenaufnahmen 31, 32			Besondere Finanzierungseinnahmen 35 - 38			
2010	2011	2012	2010	2011	2012	2010	2011	2012	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	13	14	15	
-	-	-	-	- Z	- Z	- Z	-	-	2000
-	-	-	-	-	-	-	-	-	2050
-	-	-	-	- Z	- Z	- Z	-	-	2060
-	-	-	-	- Z	- Z	- Z	-	-	2110
-	-	-	-	- Z	- Z	- Z	-	-	2190
-	-	-	-	- Z	- Z	- Z	-	-	2300
-	-	-	-	- Z	- Z	- Z	-	-	Ges. einn.
				- Z	- Z	- Z	-	-	+/-

KAPITEL		Gesamteinnahmen		
Kap. Nr.	Bezeichnung	2010	2011	2012
		16	17	18
2000	Justizverwaltung	3.000	4.617	-
2050	Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	-	-	-
2060	Staatsanwaltschaften	-	-	-
2110	Ordentliche Gerichte	-	-	-
2190	Fachgerichte	-	-	-
2300	Justizvollzug	-	-	-
	Gesamteinnahmen 2010 / 2011 / 2012	3.000	4.617	-
	Gegenüber 2010 mehr (+) / weniger (-)		1.617+	3.000-

KAPITEL		Personalausgaben 4			Sächliche Verwaltungsausgaben 51 - 54		
Nr.	Bezeichnung	2010	2011	2012	2010	2011	2012
		1	2	3	4	5	6
2000	Justizverwaltung	4.302	4.688	4.700	-	-	-
2050	Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	-	-	-	-	-	-
2060	Staatsanwaltschaften	8.544	9.517	9.617	-	-	-
2110	Ordentliche Gerichte	42.460	46.822	47.152	-	-	-
2190	Fachgerichte	8.480	9.071	9.305	-	-	-
2300	Justizvollzug	33.626	36.709	36.842	-	-	-
	Gesamtausgaben 2010 / 2011 / 2012	97.618	107.003	107.835	-	-	-
	Gegenüber 2010 mehr (+) / weniger (-)		9.385 +	10.217 +		-	-
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	-	-	-
	Gegenüber 2010 mehr (+) / weniger (-)		-	-		-	-

Laufende Übertragungen 6 ohne 62, 66			Schuldendienst 56 - 59 und -hilfen (H) 62, 66			
2010	2011	2012	2010	2011	2012	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	
55.967	55.524	50.035	-	-	-	2000
967	-	-	-	-	-	
924	1.002	1.002	-	-	-	2050
-	-	-	-	-	-	
11.195	7.462	3.545	-	-	-	2060
-	-	-	-	-	-	
62.554	66.080	66.403	-	-	-	2110
600	855	-	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	2190
-	-	-	-	-	-	
80.321	78.529	77.802	-	-	-	2300
2.303	4.130	5.000	-	-	-	
210.961	208.597	198.787	-	-	-	Ges. Aus.
			- H	- H	- H	
	2.364-	12.174-		-	-	+/-
				- H	- H	
3.870	4.985	5.000	-	-	-	Ges. VE
			- H	- H	- H	
	1.115 +	1.130 +		-	-	+/-
				- H	- H	

KAPITEL		Besondere Finanzierungs-ausgaben ₉			Gesamtausgaben ohne Investitionen		
Nr.	Bezeichnung	2010	2011	2012	2010	2011	2012
		13	14	15	16	17	18
2000	Justizverwaltung	-	-	-	60.269	60.212	54.735
2050	Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	-	-	-	967	-	-
2060	Staatsanwaltschaften	-	-	-	1.130	1.198	1.221
2110	Ordentliche Gerichte	-	-	-	19.739	16.979	13.162
2190	Fachgerichte	-	-	-	105.014	112.902	113.555
2300	Justizvollzug	-	-	-	600	855	-
	Gesamtausgaben 2010 / 2011 / 2012	-	-	-	8.480	9.071	9.305
	Gegenüber 2010 mehr (+) / weniger (-)	-	-	-	113.947	115.238	114.644
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	2.303	4.130	5.000
	Gegenüber 2010 mehr (+) / weniger (-)	-	-	-	308.579	315.600	306.622
						7.021 +	1.957-
					3.870	4.985	5.000
						1.115 +	1.130 +

Ausgaben für Investitionen 7 (B), 8			Gesamtausgaben			
2010	2011	2012	2010	2011	2012	Kap. Nr.
19	20	21	22	23	24	
217	232	256	60.486	60.444	54.991	2000
267	-	-	1.234	-	-	
-	-	-	1.130	1.198	1.221	2050
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	19.739	16.979	13.162	2060
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	105.014	112.902	113.555	2110
-	-	-	600	855	-	
-	-	-	8.480	9.071	9.305	2190
-	-	-	-	-	-	
11.820	9.594	13.712	125.767	124.832	128.356	2300
5.937	31.274	20.692	8.240	35.404	25.692	
- B	- B	- B	320.616	325.426	320.590	Ges. Aus.
12.037	9.826	13.968				
	- B	- B		4.810 +	26-	+/-
	2.211--	1.931 +				
- B	- B	- B	10.074	36.259	25.692	Ges. VE
6.204	31.274	20.692				
	- B	- B		26.185+	15.618+	+/-
	25.070 +	14.488 +				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2000	Justizverwaltung				
(012)					
	EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren (Weggefallener Ansatz)	23 22	0		
119.92	Schadenersatzleistungen (Weggefallener Ansatz)	56 62	0		
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen (Weggefallener Ansatz)	1 1	0	-	-
119.98	Vermischte Einnahmen (Weggefallener Ansatz)	1.007 510	0		
124.01	Einnahmen aus Werbung (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2000.511.69. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	0 0	0	-	-
124.91 (052)	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken (Weggefallener Ansatz) Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2000.518.69.	106 110	0		
131.91	Verkauf von Grundstücken	5.236 433	3.000	4.617	
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen (Weggefallener Ansatz) Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2000.535.56 02.0.2000.546.69.	0 0	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
232.02	<p>Beteiligung anderer Bundesländer an den Entwicklungskosten von IuK-Verfahren der Landesjustizverwaltungen</p> <p>(Weggefallener Ansatz)</p> <p>Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 02.0.2000.812.54</p>	0 118	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2000 -----					
342.01	Zuschüsse zur Beschaffung technischer Arbeits-hilfen für Behinderte Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 02.0.2000.812.12	5 37	0	-	-
	Gesamteinnahmen		3.000	4.617	0
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	11.891 12.416	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	23- 5	0	363	357
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	41 0	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	2.376 2.313	4.302	4.325	4.343
412.01	Aufwandsentschädigungen und andere Ausgaben für Deputierte, ehrenamtliche Beisitzerinnen und Beisitzer usw. (Weggefallener Ansatz)	15 13	0		
459.95	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens (Weggefallener Ansatz)	0 5	0	-	-
461.01	Zentral veranschlagte Personalausgaben im Einzelplan 2 Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.56. Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellengebundenen Personalausgaben im KRD-Bereich des Einzelplans	0 0 5.000 R	0	-	-
461.20	Beitrag zur Finanzierung des Modernisierungsfonds Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
519.01 (052)	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	22 93 49 R	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2000 -----					
511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2000.124.01.	141 137 228 R	0		
514.69	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	39 24 9 R	0		
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	426 397 202 R	0		
518.69	Mieten und Pachten Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2000.124.91.	1.831 1.762 147 R	0		
525.69	Lehr- und Lernmittel, Aus- und Fortbildung Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	514 723 182 R	0		
531.69	Herausgabe des Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblattes mit Amtlichem Anzeiger Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	487 436 178 R	0		
534.69	Mittel für wissenschaftliche Untersuchungen Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	52 90 104 R	0		
546.69	Sonstige Sach- und Fachausgaben Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2000.132.91.	156 134 345 R	0		
547.69	Sächliche Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit der Unterbringung des Internationalen Seegerichtshofs Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	37 40 30 R	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2000 -----					
681.69	Zuschüsse im Bereich der Jugendstraffälligenhilfe (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
684.69	Zuwendungen an Dritte für soziale Zwecke Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100%	49 72 51 R	0		
	Summen für Z69	3.815 1.476 R	0	0	0
701.01	Kleine Investitionen Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-14.	101 61 1.031 R	0		
701.56	Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Beschaffung von Informations- und Kommunikationstechniken Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	11 19 196 R	0	-	-
710.01	Instandsetzung und Modernisierung im Amt für Allgemeine Verwaltung und im Justizamt Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-14.	0 0	0		
710.02	Grundinstandsetzung und Umbau des Lager- und Versteigerungshauses Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-14.	0 0	0		
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegen- ständen über 5.000 EUR Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2000.812.01 02.0.2060.812.01 02.0.2110.812.01 02.0.2190.812.01 02.0.2300.812.01 .	10 5 565 R	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2000 -----					
812.12	Beschaffung von technischen Arbeitshilfen für Behinderte Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2000.342.01	5 37 4 R	0	-	-
812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Einseitig deckungsfähig zugunsten 02.0.2000.812.56. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2000.232.02	99 70 549 R	0	-	-
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informationstechnologie in der Justizbehörde Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Einseitig deckungsfähig zulasten 02.0.2000.812.54.	1.882 1.122 212-V	0	-	-
861.01	Zuschuss für Darlehen an den Auswahlbereich Justizverwaltung Übertragbar	0 0	0	-	-
881.01 (022)	Investitionskostenanteil für den Internationalen Seegerichtshof Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-14.	0 0 386 R	0	-	-
894.01	Zuschuss für Investitionsmittel an den Auswahlbereich Justizverwaltung Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 02.0.2000.685.01. Einseitig deckungsfähig zugunsten 02.0.2000.894.02 02.0.2050.894.01 02.0.2060.894.01 02.0.2110.894.01 02.0.2300.894.01.	0 0	217	232	256
894.02	Zuschuss für Investitionsmittel an den Auswahlbereich Regierungsaufgaben der Justiz Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 02.0.2000.685.02 02.0.2000.894.01.	0 0	0 267 VE	-	-
972.01	Globale Minderausgabe durch Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung Übertragbar Gesamtausgaben U ↑ æ Ä Ü æ ä * å → † å \ ^ & b æ ä ↑ † å \ ↵ & ^ & æ ^	0 0	0	60.486 FÈGGHÄÜÖ	60.444 54.991

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2050	Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit				
(011)					
	EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren (Weggefallener Ansatz)	11 29	0		
119.98	Vermischte Einnahmen (Weggefallener Ansatz) Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2050.511.69.	1 0	0		
124.01 (019)	Einnahmen aus Werbung (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2050.511.69. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	0 0	0	-	-
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen (Weggefallener Ansatz)	0 0	0	-	-
	Gesamteinnahmen		0	0	0
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	1.038 1.134	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	0 10-	0	30	30
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	92- 2	206	166	189
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-12.	0 0 2 R	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2050 -----					
535.56	<p>Sachaufwand für Informations- und Kommunikationstechnik</p> <p>Übertragbar (Weggefallener Ansatz)</p> <p>Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-11.</p>	2 2	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2050 -----					
671.53 (012)	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme zentraler IT-Administration von Dataport Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	9 9	0	-	-
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs (Weggefallener Ansatz)	9 9	0		
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	28 17	0		
685.01	Zuschuss für laufende Verwaltungstätigkeit (konsumtiv) an den Auswahlbereich Hamburgischer Datenschutzbeauftragter Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-15. Titelgruppe(n) -----	0 0	924	1.002	1.002
Z69 -----	Sach- und Fachausgaben des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten				
511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2050.119.98. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2050.124.01.	9 16 19 R	0		
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	33 25 11 R	0		
518.69	Mieten und Pachten Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	67 67 6 R	0		
525.69	Lehr- und Lernmittel, Aus- und Fortbildung Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 4 17 R	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2050 -----					
531.69	Veröffentlichungen Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	5 3 34 R	0		
546.69	Sonstige Sach- und Fachausgaben Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Summen für Z69	11 10 2 R 126 89 R	0	0	0
812.54	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	4 9 17 R	0	-	-
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informationstechnologie bei dem Hamburgischen Datenschutzbeauftragten Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0	0	-	-
861.01	Zuschuss für Darlehen an den Auswahlbereich Hamburgischer Datenschutzbeauftragter Übertragbar	0 0	0		
894.01	Zuschuss für Investitionsmittel an den Auswahlbereich Hamburgischer Datenschutzbeauftragter Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 02.0.2000.894.01. Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	0 0	0	1.130	1.198
2060	Staatsanwaltschaften				1.221
(052)					
	EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren (Weggefallener Ansatz)	0 0	0	-	-
FFFÈHÍ	Ñæ^ \` ^&bæ^&æ>\æ ÇÙæ&&æàá->æ^æääN^bá\`D G<æÁÓ<-^&aá+æ^æ^Á~ ãÁŒæ'← ^&ÁäæäÁRæåäá b&áâæ^&æ>Á€GÈ€ÈG€IJ€ÈIFFÈNÍÈ	3" FÁ	€Á		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2060 -----					
111.51	Verfahrenskosten (Weggefallener Ansatz) Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2060.526.01.	0 1.774	0		
112.47	Geldstrafen und Geldbußen sowie Kosten aus diesen Verfahren (Weggefallener Ansatz)	0 15.467	0	-	-
119.05	Einnahmen aus der Verwertung eingezogener Gegenstände, Kautionen und dgl. (Weggefallener Ansatz) 30.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2060.546.69.	176 95	0		
119.09	Einnahmen aus zu Gunsten der Staatskasse eingezogener Vermögenswerte aus Gewinnabschöpfung § 73e StGB u. dgl. (Weggefallener Ansatz)	1.248 1.666	0		
119.98	Vermischte Einnahmen (Weggefallener Ansatz)	41 73	0		
124.01	Einnahmen aus Werbung (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2060.511.69. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	0 0	0	-	-
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen (Weggefallener Ansatz) Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2060.511.69.	3 0	0		
282.91	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 02.0.2060.546.91	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2060 -----					
	Gesamteinnahmen		0	0	0
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	30.418 30.688	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	131 330	0	728	730
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	2.408 2.769	8.544	8.789	8.887
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	70 59 12 R	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
	Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-12.				
526.01	Auslagen in Rechtssachen (einschl. Reisekosten)	1.584 1.869	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
	Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-10.				
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2060.111.51.				
526.02	Kosten für Unterbringungen	1.279 980	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
	Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-10.				
535.56	Sachaufwand für Informationstechnologie	175 185 15 R	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
	Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-11.				
546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen	0 0	0	-	-
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2060.282.91				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2060 -----					
681.01	Entschädigung (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen und Erstattung außergerichtlicher Kosten an Verfahrensbeteiligte (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-10.	0 0	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2060 -----					
685.01	Zuschuss für laufende Verwaltungstätigkeit (konsumentiv) an den Auswahlbereich Staatsanwaltschaften Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 02.0.2060.894.01. Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-15.	0 0	11.195	7.462	3.545
	Titelgruppe(n) -----				
z69	Staatsanwaltschaften -----				
511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2060.132.91. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2060.111.49 02.0.2060.124.01.	564 548 111 R	0		
514.69	Haltung von Dienstfahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl. Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	6 3 2 R	0		
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	752 818 108 R	0		
518.69	Mieten und Pachten Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	2.238 2.235 2 R	0		
546.69	Sonstige Sach- und Fachausgaben Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 30.00 % der Mehreinnahmen bei 02.0.2060.119.05. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2060.282.01. Summen für z69	83 27 28 R 3.630 252 R	0	0	0

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2060 -----					
701.01	Kleine Investitionen im Bereich der Justiz Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-14.	7 5 235 R	0	-	-
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegen- ständen über 5.000 EUR Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2000.812.01 02.0.2060.812.01 02.0.2110.812.01 02.0.2190.812.01 02.0.2300.812.01 .	108 32 1 R	0	-	-
861.01	Zuschuss für Darlehen an den Auswahlbereich Staatsanwaltschaften Übertragbar	0 0	0		
894.01	Zuschuss für Investitionsmittel an den Auswahl- bereich Staatsanwaltschaften Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 02.0.2000.894.01 02.0.2060.685.01. Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	0 0	0	19.739	16.979
2110	Ordentliche Gerichte				13.162
(052)					
	EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren (Weggefallener Ansatz)	1.880 1.947	0		
111.49	Benutzungsentgelte (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.511.69.	61 72	0	-	-
111.51	Gerichtskosten (Weggefallener Ansatz) Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.526.01.	101.744 93.765	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2110 -----					
111.52	Einnahmen aus Mahnverfahren (Weggefallener Ansatz) Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.511.01.	17.989 16.619	0		
111.53	Einnahmen aus Betreutenvermögen (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.526.03.	93 43	0	-	-
111.54	Gebühreneinnahmen der Vollstreckung (Weggefallener Ansatz) 50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.459.68 02.0.2110.526.68.	3.963 4.017	0		
111.55	Auslagenersatz der Vollstreckung (Weggefallener Ansatz) Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.546.68.	3.476 3.421	0		
111.56	Einnahmen aus Mahnverfahren des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Weggefallener Ansatz) Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2000.461.01 02.0.2000.671.55 02.0.2110.511.01 02.0.2110.511.69 02.0.2110.517.69 02.0.2110.632.01.	1.879 1.830	0		
112.47	Geldstrafen und Geldbußen sowie Gerichtskosten aus diesen Verfahren (Weggefallener Ansatz)	16.535 788	0		
119.98	Vermischte Einnahmen (Weggefallener Ansatz)	254 349	0		
124.01	Einnahmen aus Werbung (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.511.69. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2110 -----					
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen (Weggefallener Ansatz) Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2110.511.69 02.0.2110.535.56.	1 1	0		
231.01	Erstattung von Verfahrenskosten für Staatsschutzstrafsachen durch die Bundesanwaltschaft (Weggefallener Ansatz)	60 290	0	-	-
232.01	Erstattung von Kosten durch die Länder Bremen und Schleswig-Holstein für die Abhaltung der großen juristischen Staatsprüfung (Weggefallener Ansatz)	557 556	0		
282.91	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 02.0.2110.546.91 Gesamteinnahmen	36 26	0	-	-
	AUSGABEN		0	0	0
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	119.823 124.231	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	1.394 1.677	0	3.305	3.312
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	2 7	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	20.493 21.271	42.460	43.517	43.840
412.01	Entschädigung für ehrenamtliche Richterinnen und Richter (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-10.	587 534	0		
511.01	Zustellkosten Mahnverfahren Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	2.845 2.357	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2110 -----	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-10. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.56. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.52.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2110 -----					
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-12.	591 572 81 R	0		
526.01	Auslagen in Rechtssachen (einschl. Reisekosten) Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-10. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.51.	38.140 37.062 400 R	0		
526.02	Kosten für Unterbringungen Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-10.	57 82	0		
526.03	Kosten in Betreuungsangelegenheiten Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-10. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2110.111.53.	20.967 22.661	0		
526.04	Kosten für Insolvenzverfahren Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-10.	3.370 2.808	0		
526.05	Kosten für forensische Ambulanzen Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-10.	138 223	0	-	-
535.56	Sachaufwand für Informationstechnologie Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-11. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2110.132.91.	1.595 1.585 177 R	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2110 -----					
546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2110.282.91	39 26 1 R	0	-	-
547.01	Verzinsung hinterlegter Gelder Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-10.	54 37	0		
632.01	Anteilige Erstattung aus Einnahmen des gemeinsamen Mahngerichts an Mecklenburg-Vorpommern (Weggefallener Ansatz) Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.56.	809 773 185 R	0	-	-
681.01	Entschädigung (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen und Erstattung außergerichtlicher Kosten an Verfahrensbeteiligte (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-10.	954 1.025	0		
685.01	Zuschuss für laufende Verwaltungstätigkeit (konsumtiv) an den Auswahlbereich Gerichte Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 02.0.2110.894.01. Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-15. Titelgruppe(n) -----	0 0	62.554 600 VE	66.080 855 VE	66.403
Z68 -----	Vollstreckungskosten				
459.68 (940)	Vergütungen für Gerichtsvollzieher gem. § 49 Abs. 1 u. 2 BBesG Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mehrausgaben dürfen anteilig geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Mehreinnahmen bei bei 02.0.2110.111.54.	401 405	0		
526.68	Bürokosten der Gerichtsvollzieher (§49 (3) BBesG) Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mehrausgaben dürfen anteilig geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Mehreinnahmen bei bei 02.0.2110.111.54.	1.828 2.086 279 R	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2110 -----					
546.68	Auslagenerstattung Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.55.	3.397 3.341 2.454 R	0		
547.68	Kostenbefreite Auslagen (§ 2 (1,2) GvKostG) Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Summen für Z68	84 83 17 R	0		
		5.915 2.750 R	0	0	0
z69	Sach- und Fachausgaben der ordentlichen Gerichte -----				
427.69	Entgelte für Zustellungsaufträge Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0	0	-	-
511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.56 02.0.2110.132.91. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2110.111.49 02.0.2110.124.01.	3.181 2.912 1.728 R	0		
514.69	Haltung von Dienstfahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl. Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	58 62 70 R	0		
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2110.111.56.	3.369 3.550 405 R	0		
518.69	Mieten und Pachten Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	12.991 12.967 488 R	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2110 -----					
546.69	Sonstige Sach- und Fachausgaben Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Summen für Z69	32 45 185 R	0	0	0
701.01	Kleine Investitionen im Bereich der Justiz Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-14.	356 466 1.123 R	0	0	0
702.56	Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Segmentierung des Amtsgerichtes Hamburg Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2110.702.56 02.0.2110.812.02 .	5 10 236 R	0	0	0
710.01	Instandsetzung und Modernisierung der Gerichte und Staatsanwaltschaften Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-14.	133 0	0	0	0
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegen- ständen über 5.000 EUR Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2000.812.01 02.0.2060.812.01 02.0.2110.812.01 02.0.2190.812.01 02.0.2300.812.01 .	415 399 272 R	0	0	0
812.02	Beschaffungen im Zusammenhang mit der Segmentierung des Amtsgerichtes Hamburg Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2110.702.56 02.0.2110.812.02 .	0 10 25 R	0	0	0
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informationstechnologie im Rahmen der Segmentierung des Amtsgerichtes Hamburg Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2110 -----					
861.01	Zuschuss für Darlehen an den Auswahlbereich Gerichte	0 0	0		
	Übertragbar				
892.56	Investitionszuschüsse im Zusammenhang mit der Segmentierung des Amtsgerichtes Hamburg	0 0	0		
	Übertragbar (Weggefallener Ansatz)				
894.01	Zuschuss für Investitionsmittel an den Auswahlbereich Gerichte	0 0	0		
	Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 02.0.2000.894.01 02.0.2110.685.01.				
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		105.014 600 VE	112.902 855 VE	113.555
2190	Fachgerichte				
(054)					
	EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren	5 1	0	-	-
	(Weggefallener Ansatz)				
111.49	Benutzungsentgelte	12 10	0	-	-
	(Weggefallener Ansatz)				
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2190.511.69.				
111.51	Gerichtskosten	4.419 4.420	0		
	(Weggefallener Ansatz)				
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2190.526.01.				
119.98	Vermischte Einnahmen	35 38	0		
	(Weggefallener Ansatz)				
124.01	Einnahmen aus Werbung	0 0	0	-	-
	(Weggefallener Ansatz)				
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2190 -----	bei 02.0.2190.546.69. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2190 -----					
124.10	Einnahmen aus der Vermietung von Kfz-Stellplätzen (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2190.518.69.	24 27	0	-	-
124.92	Einnahmen aus Dienst- und Werkdienstwohnungen sowie aus Personalunterkünften (Weggefallener Ansatz)	7 3	0		
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen (Weggefallener Ansatz) Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2190.535.56 02.0.2190.546.69.	6 6	0		
232.01	Erstattung von Kostenanteilen durch Niedersachsen und Schleswig-Holstein für Kosten des gemeinsamen Senats für Zoll- und Verbrauchssteuern (Weggefallener Ansatz)	154 175	0		
	Gesamteinnahmen		0	0	0
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	24.621 24.649	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	196 251	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	3.031 3.529	8.480	9.071	9.305
412.01	Entschädigung für ehrenamtliche Richterinnen und Richter (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-10.	210 211	0		
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-12.	123 152 33 R	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2190 -----					
526.01	Auslagen in Rechtssachen (einschl. Reisekosten) Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-10. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2190.111.51.	4.830 4.838	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2190 -----					
535.56	Sachaufwand für Informationstechnologie Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-11. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2190.132.91.	189 164 31 R	0		
681.01	Erstattung notwendiger Auslagen an Beschuldigte in Berufsgerichtsverfahren (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-10.	8 0	0		
	Titelgruppe(n) -----				
Z69 -----	Fachgerichte				
511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2190.111.49.	629 699 718 R	0		
514.69	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	8 1 24 R	0		
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	800 821 194 R	0		
518.69	Mieten und Pachten Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2190.124.10.	2.511 2.729 376 R	0		
546.69	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2190.132.91. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2190.124.01.	18 40 112 R	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2190 -----					
	Summen für Z69	4.289 1.425 R	0	0	0
701.01	Kleine Investitionen Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-020-14.	0 0 27 R	0	-	-
701.56	Bauliche Maßnahmen im Zusammenhang mit IT-Technik Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungs- gegenständen über 5.000 EUR Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2000.812.01 02.0.2060.812.01 02.0.2110.812.01 02.0.2190.812.01 02.0.2300.812.01 . Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	64 21 12 R	0	-	-
2300	Justizvollzug				
(056)					
	EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren (Weggefallener Ansatz)	0 0	0	-	-
111.49	Benutzungsentgelte (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69.	49 41	0	-	-
119.01	Ersatzleistungen für Sturm- und Feuerschäden (Weggefallener Ansatz)	0 0	0	-	-
119.02	Kostenbeteiligung der Gefangenen (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.517.69.	28 30	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2300 -----					
119.92	Schadenersatzleistungen (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69.	7 7	0	-	-
119.98	Vermischte Einnahmen (Weggefallener Ansatz) 50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.536.69.	6 46	0	-	-
121.03	Ablieferungen des Wirtschaftsplans Landwirtschaft der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand an den Haushalt (Weggefallener Ansatz)	0 0	0	-	-
124.01	Einnahmen aus Werbung (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	0 0	0	-	-
124.91	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken (Weggefallener Ansatz) 50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.536.69.	488 269	0	-	-
125.01	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel (Weggefallener Ansatz) Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69 02.0.2300.519.01.	746 739	0	-	-
125.02	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Glasmoor (Weggefallener Ansatz) Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69 02.0.2300.519.01.	172 121	0	-	-
125.03	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand (Weggefallener Ansatz) Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69 02.0.2300.519.01.	23 16	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2300 -----					
125.04	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Untersuchungs- haftanstalt (Weggefallener Ansatz) Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69 02.0.2300.519.01.	226 171	0		
125.05	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Untersuchungs- haft- und Vollzugsanstalt Vierlande (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
125.06	Einnahmen der Arbeitsbetriebe der Justizvollzugsanstalt Billwerder (Weggefallener Ansatz) Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69 02.0.2300.519.01.	411 484	0		
125.08	Erlöse aus dem Verkauf von Rohstoffen der Arbeitsbetriebe (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 02.0.2300.514.08	1.237 767	0	-	-
125.09	Einnahmen aus Verpflegung (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.533.69.	158 149	0		
125.10	Verkaufserlöse aus Eigenprodukten (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 02.0.2300.511.69 02.0.2300.514.08 02.0.2300.546.01 02.0.2300.546.69	166 95	0	-	-
129.01	Beitragsanteile der Gefangenen zur Arbeitslosen- versicherung (Weggefallener Ansatz) Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.636.01.	42 27	0		
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen (Weggefallener Ansatz) Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.535.56 02.0.2300.546.69.	11 6	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2300 -----					
133.91	Einnahmen anlässlich der Ausrichtung der Fußballmeisterschaft d. Vollzugsbediensteten 2008 Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 02.0.2300.519.01 02.0.2300.546.02	0 0	0	-	-
232.01	Erstattung von Haft- und Unterbringungskosten durch andere Bundesländer (Weggefallener Ansatz) 50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.534.69.	457 628	0		
232.02	Erstattung von Haftkosten in Staatsschutzstrafsachen durch die Bundesanwaltschaft (Weggefallener Ansatz) 50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.534.69.	103 97	0		
235.01	Zuweisung der Regionaldirektion Nord für Ausgaben der Gefangenenausbildung (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69.	0 0	0	-	-
281.01	Erstattung von Haft- und Unterbringungskosten durch die Gefangen (Weggefallener Ansatz) 50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 02.0.2300.511.69.	63 79	0		
281.02	Erstattung von Kosten durch Dritte (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 02.0.2300.511.69 02.0.2300.546.69	1 0	0	-	-
Gesamteinnahmen					
AUSGABEN					
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	77.879 78.769	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	922 1.153	0	2.173	2.176
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	11 137	0	-	-
PBÜ	P~^\\æ^ääå^æ^ÁäfiääÜäéb~ä& ^&Á	3;0839" GEEHÍÍÁ	GGÉNGJÁ	GHÉIGJÁÁ	KAÁÁGHEIJIJÁ

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2300 -----					
514.08	Beschaffung von Rohstoffen für die Arbeitsbetriebe Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 02.0.2300.125.10 Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2300.125.08	1.237 767	0	-	-
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-12. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2300.125.01 02.0.2300.125.02 02.0.2300.125.03 02.0.2300.125.04 02.0.2300.125.06. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 02.0.2300.133.91.	2.351 2.089 108 R	0		
535.56	Sachaufwand für Informationstechnologie Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-11. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2300.132.91.	207 225 71 R	0		
546.01	Abführungen an Vertragspartner der Eigenprodukte Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 02.0.2300.125.10	81 52 110 R	0	-	-
546.02	Ausgaben anlässlich der Ausrichtung der Fußballmeisterschaft d. Vollzugsbediensteten 2008 Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 02.0.2300.133.91.	25 0	0		
636.01	Zuweisung an die Bundesagentur für Arbeit -Arbeitslosenversicherung für Gefangene- Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2300.636.01 02.0.2300.681.01 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2300.129.01.	552 773	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2300 -----					
681.01	Arbeitsentgelt, Ausbildungsbeihilfen und Taschengeld für Gefangene Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2300.636.01 02.0.2300.681.01 .	2.897 2.748	0		
685.01	Zuschuss für laufende Verwaltungstätigkeit (konsumentiv) an den Auswahlbereich Justizvollzug Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 02.0.2300.894.01. Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-15.	0 8	80.321 2.303 VE	78.529 4.130 VE	77.802 5.000 VE
	Titelgruppe(n) -----				
269	Sach- und Fachausgaben des Strafvollzugsamtes -----				
511.69	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Mehreinnahmen bei 02.0.2300.281.01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 02.0.2300.125.01 02.0.2300.125.02 02.0.2300.125.03 02.0.2300.125.04 02.0.2300.125.06. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2300.111.49 02.0.2300.119.92 02.0.2300.124.01 02.0.2300.235.01. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 02.0.2300.125.10 02.0.2300.281.02	1.392 1.468 36 R	0		
514.69	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	410 437	0		
517.69	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2300.119.02.	7.400 7.491 8 R	0		
518.69	Mieten und Pachten Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	335 492 6 R	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2300 -----					
526.69	Kosten für Gutachten Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 29	0		
533.69	Nahrungsmittel Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 02.0.2300.125.09.	2.372 2.167	0		
534.69	Ärztliche Behandlung der Gefangenen, medizinische Verbrauchsmittel Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Einnahmen bei 02.0.2300.232.01 02.0.2300.232.02.	3.062 3.193 28 R	0		
536.69	Sonstige Ausgaben für Gefangene einschließlich Fortbildung und Freizeitgestaltung Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Mehreinnahmen bei 02.0.2300.119.98 02.0.2300.124.91.	449 463 192 R	0		
546.69	Sonstige Sach- und Fachausgaben Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 02.0.2300.132.91. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 02.0.2300.125.10 02.0.2300.281.02	587 668 161 R	0		
632.69	Erstattungen für Strafvollzugseinrichtungen an andere Bundesländer Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Summen für Z69	2 56	0	0	0
710.01	Modernisierung und Verbesserung der Unterbringungsbedingungen in den Vollzugsanstalten Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Einseitig deckungsfähig zugunsten 02.0.2300.812.01. Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-14.	10.307 9.774 3.425-V	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2300 -----					
710.02	Neubau der Justizvollzugsanstalt Billwerder Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-14.	171 257 959 R	0		
735.01	Heizenergie-, strom- und wassersparende Maßnahmen in Dienstgebäuden Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 60	0	-	-
791.01	Abriss der Kläranlage bei der JVA Vierlande Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-14.	125 8	0		
811.01	Ersatzbeschaffung von Kraftfahrzeugen Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2300.811.01 02.0.2300.812.01 .	239 58 1.067 R	0		
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegen- ständen über 5.000 EUR Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Einseitig deckungsfähig zulasten 02.0.2300.710.01. Gegenseitig deckungsfähig sind 02.0.2000.812.01 02.0.2060.812.01 02.0.2110.812.01 02.0.2190.812.01 02.0.2300.811.01 02.0.2300.812.01 .	547 384 772 R	0		
812.02	Beschaffung von Einrichtungsgegenständen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-14.	4 43	0	-	-
812.03	Beschaffungen im Zusammenhang mit dem Neubau der Justizvollzugsanstalt Billwerder Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Einzelplandekungskreis EDK-020-14.	0 0	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2008 , 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR	Ansatz 2011 Tsd EUR	Ansatz 2012 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
2300 -----					
821.01	Grunderwerb für den Neubau der Justizvollzugsanstalt Billwerder Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
821.02	Kostenerstattungsbeiträge im Zusammenhang mit dem Neubau der Justizvollzugsanstalt Billwerder Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 245 1.384 R	0		
821.03	Grunderwerb landwirtschaftlicher Nutzflächen für die Landwirtschaft der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
861.01	Zuschuss für Darlehen an den Auswahlbereich Justizvollzug Übertragbar	0 0	0		
894.01	Zuschuss für Investitionsmittel an den Auswahlbereich Justizvollzug Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 02.0.2000.894.01 02.0.2300.685.01. Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	0 0	11.820 5.937 VE	9.594 31.274 VE	13.712 20.692 VE
		3.425-V	125.767 8.240 VE	124.832 35.404 VE	128.356 25.692 VE

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
	Summe Gesamtansatz 2011	---	---	---
	Summe Vergleichszahl 2010	---	---	---
	Summe (Vergleichs-)Ist 2009	271.886	---	153.427
	Summe Rest 2009	---	---	---

Titel	427.91	428.91	432.91	438.91	441.91
Kap. Nr.	Beschäf- tigungsentgelte Aufwendun- gen für neben- amtlich u. nebenberuf- lich Tätige	Entgelte der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Beamten, Beamten, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11
	---	---	---	---	---
	---	---	---	---	---
	927	59.685	46.309	5.366	6.173
	---	---	---	---	---

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
	Summe Gesamtansatz 2012	---	---	---
	Summe Vergleichszahl 2011	---	---	---
	Summe (Vergleichs-)Ist 2009	271.886	---	153.427
	Summe Rest 2009	---	---	---

Titel	427.91	428.91	432.91	438.91	441.91
Kap. Nr.	Beschäf- tigungsentgelte Aufwendun- gen für neben- amtlich u. nebenberuf- lich Tätige	Entgelte der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Beamten, Beamten, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11
	---	---	---	---	---
	---	---	---	---	---
	927	59.685	46.309	5.366	6.173
	---	---	---	---	---

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)

02.0 Behörde für Justiz und Gleichstellung

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamten, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
2000	Justizverwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	4.325	---	3.318
2050	Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	166	---	131
2060	Staatsanwaltschaften -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	8.789	---	7.188
2110	Ordentliche Gerichte -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	43.517	---	35.203
2190	Fachgerichte -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	9.071	---	7.363
2300	Justizvollzug -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	34.536	---	29.856
Summe Gesamtansatz 2011		100.404	---	83.059
Summe Vergleichszahl 2010		97.618	---	82.141
Summe (Vergleichs-)Ist 2009		50.364	---	37.634
Summe Rest 2009		---	---	---

02.0 Behörde für Justiz und Gleichstellung

Titel	438.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8
2000	541	466
2050	16	19
2060	591	1.010
2110	3.371	4.943
2190	674	1.034
2300	488	4.192
	5.681	11.664
	5.699	9.778
	314	12.416
	---	---

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)

02.0 Behörde für Justiz und Gleichstellung

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamten, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
2000	Justizverwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	4.343	---	3.334
2050	Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	189	---	151
2060	Staatsanwaltschaften -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	8.887	---	7.270
2110	Ordentliche Gerichte -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	43.840	---	35.491
2190	Fachgerichte -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	9.305	---	7.568
2300	Justizvollzug -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	34.666	---	29.967
Summe Gesamtansatz 2012		101.230	---	83.781
Summe Vergleichszahl 2011		100.404	---	83.059
Summe (Vergleichs-)Ist 2009		50.364	---	37.634
Summe Rest 2009		---	---	---

02.0 Behörde für Justiz und Gleichstellung

Titel	438.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8
2000	540	469
2050	16	22
2060	596	1.021
2110	3.365	4.984
2190	674	1.063
2300	491	4.208
	5.682	11.767
	5.681	11.664
	314	12.416
	---	---

Erläuterungen zu den Kapiteln

2000 Justizverwaltung

2050 Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

2060 Staatsanwaltschaften

2110 Gerichte

2300 Justizvollzug

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

2. Zuwendungen

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

2000.131.91 – Verkauf von Grundstücken –

Dieser Titel ist kameral verblieben, da es sich lediglich um die restliche Abwicklung der Verlagerung des Grundstückes der ehemaligen Justizvollzugsanstalt Vierlande in das Grundvermögen der Kulturbörde für die KZ Gedenkstätte Neuen-gamme handelt.

Ausgaben

Personalausgaben

Kontenrahmen für Nebenleistungen (KRN)

Die Personalausgaben des Kontenrahmens für Nebenleistungen (KRN) werden weiterhin kameral veranschlagt und bewirtschaftet. Sie umfassen Ausgaben für Beihilfen (441.92), Fürsorgeleistungen und Unterstützungen (443.92), Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung (451.92), Trennungsgeld und Umzugsvergütungen (453.92) und Sonstige personalbezogene Sachausgaben (459.92) für aktiv Beschäftigte. Grundsätzlich sind die Mittel des KRN zentral im Kapitel 9710 des Einzelplans 9.2 veranschlagt und werden dezentral in den Kapiteln der Einzelpläne bewirtschaftet.

Die Beihilfen wurden kameral bisher in Höhe von 4% der Beamtenbezüge dezentral in den Personalausgabenbudgets der Einzelpläne als Beihilfezuschlag veranschlagt. In den Einzelplänen der Auswahlbereiche sind nunmehr diese 4% kameral unter KRN / 441.92 explizit aufgeführt. In den doppischen Wirtschaftsplänen der Auswahlbereiche werden zum Zwecke der Vollkostendarstellung die Nebenleistungen als kalkulatorischer Aufwand bei den Sozialleistungen ausgewiesen.

Kontenrahmen für Versorgung (KRV)

Nach dem Verursacherprinzip werden seit 2004 alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans nach Statusgruppen getrennt veranschlagt und bewirtschaftet. Die Veranschlagung der Versorgungsbezüge basiert auf der für die FHH erstellten Versorgungsprognose. Die Personalausgaben des Kontenrahmens für Versorgung (KRV) werden weiterhin kameral veranschlagt und bewirtschaftet. Der KRV umfasst die Ausgaben für die Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats (431.93), die Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richter-

rinnen und Richter (432.93), die Versorgungsbezüge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (438.93) sowie die Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger (446.93).

Für die Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger werden pauschal 13,5 v. H. der Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene veranschlagt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben.

Sach- und Fachausgaben

- 2000.685.01 – Zuschuss für laufende Verwaltungstätigkeit (konsumtiv) an den Auswahlbereich Justizverwaltung –
- 2000.685.02 - Zuschuss für laufende Verwaltungstätigkeit (konsumtiv) an den Auswahlbereich Regierungsaufgaben der Justiz -
- 2050.685.01 – Zuschuss für laufende Verwaltungstätigkeit (konsumtiv) an den Auswahlbereich Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit –
- 2060.685.01 – Zuschuss für laufende Verwaltungstätigkeit (konsumtiv) an den Auswahlbereich Staatsanwaltschaften-
- 2110.685.01 – Zuschuss für laufende Verwaltungstätigkeit (konsumtiv) an den Auswahlbereich Gerichte-
- 2300.685.01 – Zuschuss für laufende Verwaltungstätigkeit (konsumtiv) an den Auswahlbereich Justizvollzug –

Gemäß § 15a LHO kann der Senat im Rahmen des Neuen Haushaltswesens Hamburg (NHH) zur Erprobung einer Veranschlagung des Haushalts, die den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung in sinngemäßer Anwendung folgt, Aufgabenfelder festlegen (Auswahlbereiche). Dies ist mit der Festlegung des gesamten Einzelplans 2 erfolgt. Die gem. § 15a LHO aufzustellenden Wirtschaftspläne werden der Bürgerschaft im Rahmen der Haushaltsaufstellung zugeleitet. Der in den Auswahlbereichen festgestellte Mittelbedarf wird als Zuschuss netto im Haushaltsplan veranschlagt.

Investitionen

- 2000.894.01 – Zuschuss für Investitionsmittel an den Auswahlbereich Justizverwaltung –
- 2000.894.02 – Zuschuss für Investitionsmittel an den Auswahlbereich Regierungsaufgaben der Justiz –
- 2050.861.01 – Zuschuss für Darlehen an den Auswahlbereich Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit –
- 2060.894.01 – Zuschuss für Investitionsmittel an den Auswahlbereich Staatsanwaltschaften –
- 2110.894.01 – Zuschuss für Investitionsmittel an den Auswahlbereich Gerichte –
- 2300.894.01 – Zuschuss für Investitionsmittel an den Auswahlbereich Justizvollzug –

Gemäß § 15a LHO kann der Senat im Rahmen des Neuen Haushaltswesens Hamburg (NHH) zur Erprobung einer Veranschlagung des Haushalts, die den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung in sinngemäßer Anwendung folgt, Aufgabenfelder festlegen (Auswahlbereiche). Dies ist mit der Festlegung des gesamten Einzelplans 2 erfolgt. Die gem. § 15a LHO aufzustellenden Wirtschaftspläne werden der Bürgerschaft im Rahmen der Haushaltsaufstellung zugeleitet. Der in den Auswahlbereichen festgestellte Mittelbedarf wird als Zuschuss netto im Haushaltsplan veranschlagt.

Anlage 1: Anlage zum Haushaltsplan gemäß § 15 a Abs. 1 LHO

1.1 Wirtschaftsplan des Einzelplans (inkl. Vorbericht)

I. Vorbericht zum Einzelplan 2 Behörde für Justiz und Gleichstellung

I.1 Inhaltliche Schwerpunkte des Einzelplans sind:

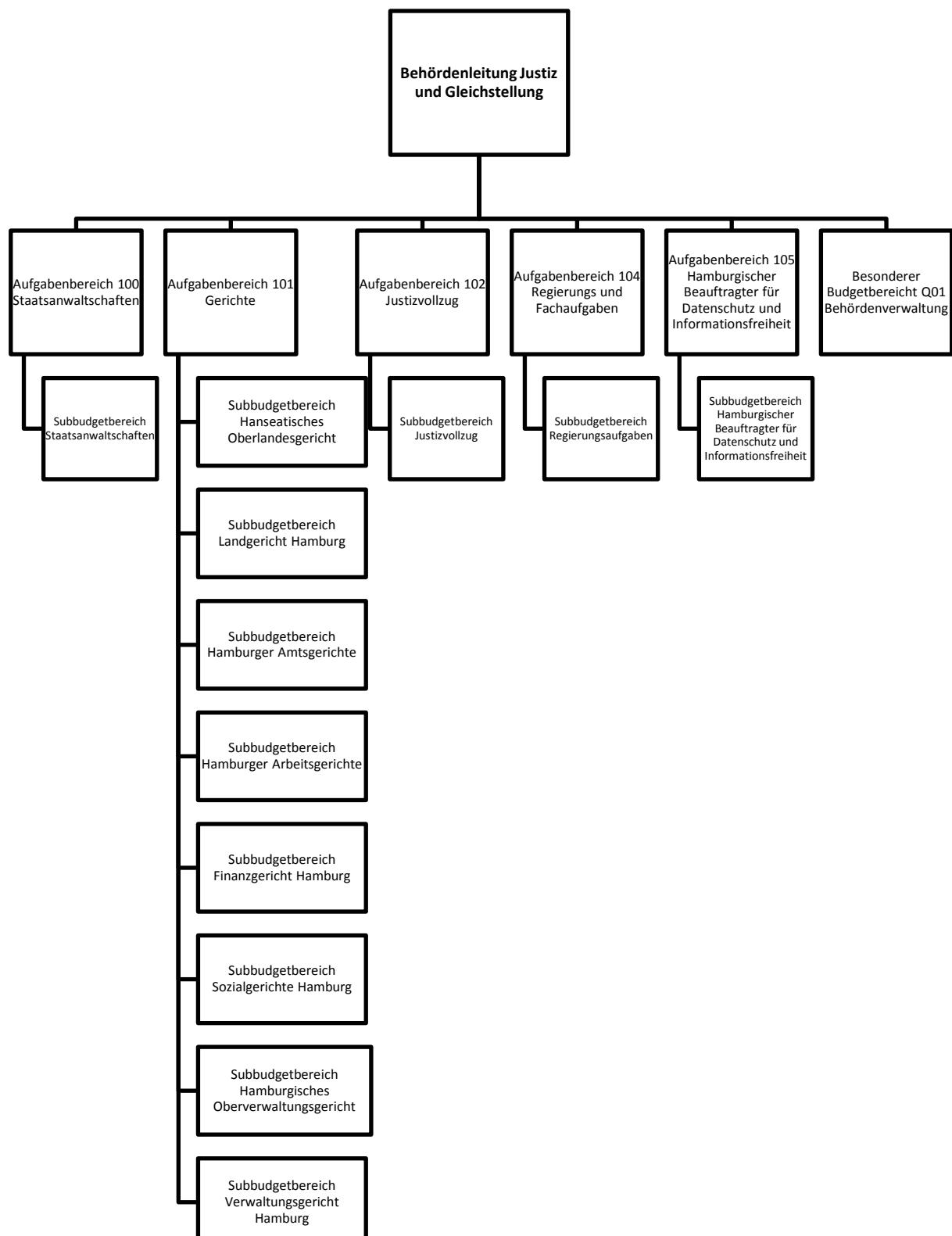
- Gewährleistung der Funktionsfähigkeit des Hanseatischen Oberlandesgerichts, des Landgerichts, des Amtsgerichts Hamburg einschließlich der Stadtteilgerichte, des Hamburgischen Oberverwaltungsgerichts, des Verwaltungsgerichts, des Finanzgerichts, des Landesarbeitsgerichts, des Arbeitsgerichts, des Landessozialgerichts, des Sozialgerichts, der Generalstaatsanwaltschaft Hamburg, der Staatsanwaltschaft Hamburg und der Justizvollzugsanstalten sowie die Aufsicht über die Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten
- Rechtliche und fachliche Betreuung der Bundes- und Landesgesetzgebung und des EU-Rechts
- Rechtsprüfung in Angelegenheiten des Senats sowie der hamburgischen Behörden und Ämter
- Entwicklung und Begleitung von justizpolitischen Konzepten und Projekten, bspw. eines neuen Konzeptes zur Bekämpfung der Jugendgewalt, zu Möglichkeiten einer weitergehenden Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern oder der Personalentwicklung in den Berufsfeldern der Justiz
- Laufende Modernisierung der Gerichte und Staatsanwaltschaften, insbesondere Konzipierung und Umsetzung von Sicherheitsmaßnahmen für die Beschäftigten sowie Anpassung der technischen Unterstützung bei veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen und neuen Entwicklungen im IT-Bereich
- Erarbeitung eines gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms
- Stärkung der Unabhängigkeit des Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
- Neustrukturierung des Hamburgischen Justizvollzugs und Weiterentwicklung des offenen Vollzugs
- Optimierung der ambulanten und stationären Resozialisierung in Hamburg
- bedarfsgerechte Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme für Gefangene anbieten
- kontinuierliche Überprüfung der Sicherheitseinrichtungen der Vollzugsanstalten
- Gestaltung des Vollzugs der Sicherungsverwahrung nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes

Die in den Auswahlbereichen der Justizbehörde dargestellten Kennzahlen basieren im Wesentlichen auf den bereits in den Auswahlbereichen vorhandenen statistischen Informationen. Im Rahmen der Erprobung soll geprüft werden, ob diese für die Steuerung der Auswahlbereiche geeignet sind.

Eine Kosten- und Leistungsrechnung steht dem Einzelplan 2 erst ab 1. Januar 2010 zur Verfügung. Deshalb ist von der Berechnung von Kostenkennzahlen abgesehen worden. Darüber hinaus sind die Planwerte für die Produktgruppen und die Werte der verrechneten Leistungen auf Basis der Erkenntnisse der Entwicklung der Einnahme- und Ausgabewerte der Vorjahre abgeleitet worden; insoweit kann sich ein Nachsteuerungsbedarf für 2011 und 2012 ergeben.

Anlage 1.1

I.2 Organisations- und Aufgabenstruktur



Dem Aufgabenbereich 102 „Justizvollzug“ ist der Wirtschaftsplan der Landwirtschaft der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand (§26 Abs. 1 LHO) zugeordnet.

Anlage 1.1

I.3 Übersicht über ausgegliederte Bereiche (Wirtschaftspläne)

Zur Justizbehörde gehört der folgende Landesbetrieb nach § 26 LHO:

Einrichtung	Gesamtaufwand - in Tsd. Euro -		Zuführung (-) aus dem Ablieferung (+) an den Haushalt - in Tsd. Euro	
	2011	2012	2011	2012
Landwirtschaft der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand	660	683	0	- 68

Wirtschaftspläne, Lageberichte und Erläuterungen befinden sich in Anlage 1.5, 1.6 und 1.7.

Der vollzugliche Nutzen des Landesbetriebes hat in den letzten Jahren stetig abgenommen. Da sich auch die Ertragssituation weiter verschlechtert hat, ist eine Fortführung als Zuschussbetrieb aus Gründen einer wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung nicht mehr zu verantworten.

Der Betrieb soll daher mit Ablauf des 30.06.2011 geschlossen werden.

Anlage 1.1

I.4 Generelle Hinweise

Die nachstehenden Tabellen enthalten einen Überblick über Erlöse, Kosten sowie Zuschussbedarfe für Investitionsmittel der einzelnen Aufgabenbereiche für den Haushaltsplan 2011/2012 sowie den aktuellen Haushaltsplan 2010

Haushaltsjahr 2010

	Erlöse	Kosten	davon Personalkosten	Budgetzuweisungen	Investitionseinzahlungen	Investitionsauszahlungen	Zuschuss zu den Investitionsmitteln
- in Tsd. Euro -							
Gesamtbetrag Einzelplan 2	-217.568	491.843	270.289	276.276	0	4.812	4.812
davon entfallen auf:							
Aufgabenbereich 100 Staatsanwaltschaften	-16.782	39.094	30.866	22.312			
Aufgabenbereich 101 Gerichte	-140.415	263.977	142.716	123.562			
Aufgabenbereich 102 Justizvollzug	-2.978	117.745	76.398	114.767		4.595	4.595
Aufgabenbereich 104 Regierungs- und Fachaufgaben der Justizbehörde	0	14.286	5.427	5.427		217	217
Aufgabenbereich 105 Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	-22	1.370	1.114	1.348			
Besonderer Budgetbereich Q01 Behördenverwaltung Justiz	-55.371	55.371	13.767	8.860			

Haushaltsjahr 2011

	Erlöse	Kosten	davon Personalkosten	Budgetzuweisungen	Investitionseinzahlungen	Investitionsauszahlungen	Zuschuss zu den Investitionsmitteln
- in Tsd. Euro -							
Gesamtbetrag Einzelplan 2	-217.217	502.022	278.880	284.805	0	9.826	9.826
davon entfallen auf:							
Aufgabenbereich 100 Staatsanwaltschaften	-21.972	41.427	31.766	19.455			
Aufgabenbereich 101 Gerichte	-136.712	268.011	149.788	131.299			
Aufgabenbereich 102 Justizvollzug	-2.321	120.726	78.430	118.405		9.594	9.594
Aufgabenbereich 104 Regierungs- und Fachaufgaben der Justizbehörde	0	14.182	0	4.462			
Aufgabenbereich 105 Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	-22	1.486	1.216	1.464			
Besonderer Budgetbereich Q01 Behördenverwaltung Justiz	-56.190	56.190	17.680	9.720		232	232

Haushaltsjahr 2012

	Erlöse	Kosten	davon Personalkosten	Budget-zuweisungen	Investitionseinzahlungen	Investitionsauszahlungen	Zuschuss zu den Investitionsmitteln
- in Tsd. Euro -							
Gesamtbetrag Einzelplan 2	-220.223	495.160	279.490	274.938	0	13.968	13.968
davon entfallen auf:							
Aufgabenbereich 100 Staatsanwaltschaften	-25.972	41.412	31.863	15.440			
Aufgabenbereich 101 Gerichte	-136.772	267.698	150.286	130.926			
Aufgabenbereich 102 Justizvollzug	-2.321	119.921	78.609	117.600		13.712	13.712
Aufgabenbereich 104 Regierungs- und Fachaufgaben der Justizbehörde	0	9.509	0	0			
Aufgabenbereich 105 Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	-22	1.484	1.217	1.462			
Besonderer Budgetbereich Q01 Behördenverwaltung Justiz	-55.136	55.136	17.515	9.509		256	256

I.5 Zuwendungen

Im Einzelplan 2 sind Zuwendungen veranschlagt für den Kindergarten am Sievekingplatz e. V., an die Gesellschaft für die Fortbildung der Strafvollzugsbediensteten, das Projekt Gefangene helfen Jugendlichen, zur Förderung von gleichstellungspolitischen Projekten, sowie für 2011 der Landesanteil des Bundesprogramms gegen Rechtsextremismus.

Anlage 1.1**II. Budgetzuweisungen und Zuschussbedarfe des Einzelplans****II.1 Ermächtigung der Budgetzuweisungen des Einzelplans 2 Justizbehörde**

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Budgetzuweisungen zu den Regelbudgets			-341.644	-355.423	-349.056	-346.938	-346.702
Budgetzuweisungen zu den Spezialbudgets			65.368	70.618	74.118	74.118	74.118
Budgetzuweisungen zu den Projektbudgets							
Summe Budgetarten			-276.276	-284.805	-274.938	-272.820	-272.584
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Regelbudget				4.985	5.000		
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Spezialbudget							
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Projektbudget							

II.2 Ermächtigung der Zuschussbedarfe des Einzelplans 2 Justizbehörde

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Zuschussbedarf für Investitionsmittel			4.812	9.826	13.968	13.624	8.320
Summe der investiven Verpflichtungsermächtigungen				31.274	20.692		
Zuschussbedarf für Darlehen							
Summe der Verpflichtungsermächtigungen für Darlehen							

Anlage 1.1

III. Ergebnisplan des Einzelplans 2 Justizbehörde

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
1. Erlöse aus Verwaltungstätigkeit	-155.583	-146.974	-157.527	-154.104	-154.164	-154.164	-154.164
2. + Erlöse aus Transferleistungen	-	-	-	-	-	-	-
3. + Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich	-	-	-	-	-	-	-
4. + Aktivierte Eigenleistungen	-	-	-	-	-	-	-
5. + Sonstige Erlöse	-4.058	-4.366	-3.313	-7.645	-11.644	-11.643	-11.643
6. + Erlöse aus verrechneten Leistungen	-47.043	-48.653	-54.728	-55.468	-54.415	-53.147	-53.010
7. + Kosten aus Verwaltungstätigkeit	144.647	144.600	142.919	148.743	143.344	142.406	142.378
8. + Personalkosten	266.743	273.363	270.289	278.878	279.489	279.786	279.203
a) Kosten für Entgelte	47.743	50.112	49.126	51.228	51.574	51.637	51.647
b) Kosten für Bezüge	151.099	153.427	154.652	158.795	158.929	159.088	158.651
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	253	202	-	225	225	225	225
d) Kosten für Sozialleistungen	17.831	19.151	15.548	16.274	16.351	16.371	16.352
e) Kosten für Versorgungsleistungen	49.817	50.471	50.963	52.356	52.410	52.465	52.328
9. + Kosten für Transferleistungen	3.520	3.616	6.000	4.875	5.335	5.335	5.375
10. Kosten für den Länderfinanzausgleich	-	-	-	-	-	-	-
11. + Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	-	-	5.369	5.635	5.521	5.406	5.347
12. + Sonstige Kosten	1.468	1.844	3.250	1.758	1.758	1.749	1.723
13. + Kosten aus verrechneten Leistungen	47.043	48.653	54.728	55.468	54.414	53.147	53.010
14. = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	256.113	271.273	266.987	278.142	269.640	268.874	268.220
15. Erlöse aus Beteiligungen Erlöse aus anderen Wertpapieren und			-	-	-	-	-
16. + Ausleihungen des Finanzanlagevermögens			-	-	-	-	-
17. + Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse Abschreibungen auf Ausleihungen des			-	-	-	-	-
18. + Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens			-	-	-	-	-
19. + Zinsen und ähnliche Kosten	54	37	9.289	12.006	12.001	12.036	12.122
20. = Finanzergebnis	54	37	9.289	12.006	12.001	12.036	12.122
21. = Ordentliches Ergebnis	256.167	271.310	276.276	290.148	281.641	280.910	280.342
22. Außerordentliche Erlöse	-	-	-	-	-	-	-
23. + Außerordentliche Kosten	-	-	-	-	-	-	-
24. = Außerordentliches Ergebnis	-	-	-	-	-	-	-
25. = Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag vor pauschalen Vorgabeerfüllungen	256.167	271.310	276.276	290.148	281.641	280.910	280.342
26. + Pauschale Vorgabeerfüllung	-	-	-	-5.343	-6.703	-8.090	-7.758
27. = Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag nach pauschalen Vorgabeerfüllungen	256.167	271.310	276.276	284.805	274.938	272.820	272.584

Anlage 1.1

IV. Finanzplan des Einzelplans 2 Justizbehörde

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-160.266	-152.150	-160.838	-161.706	-165.766	-165.766	-165.766
2. - Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	366.616	372.989	371.595	370.304	364.554	362.456	362.347
3. = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	206.350	220.839	210.757	208.597	198.787	196.689	196.580
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen							
5. + Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen							
6. + Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen							
7. + Sonstige Investitionseinzahlungen							
8. + Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse	6.803	6.451	3.765	8.744	12.862	12.562	7.303
9. + Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden							
10. + Auszahlungen für Baumaßnahmen*							
11. + Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2.796	1.587	1.047	1.082	1.106	1.062	1.017
12. + Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen							
13. + Sonstige Investitionsauszahlungen							
14. = Zuschussbedarf für Investitionsmittel	9.598	8.038	4.812	9.826	13.968	13.624	8.320
15. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen							
16. + Auszahlungen aus gegebenen Darlehen							
17. = Zuschussbedarf für Darlehen							
18. = Finanzbedarf an liquiden Mitteln	215.949	228.877	215.569	218.423	212.755	210.313	204.900

1.2 Wirtschaftspläne der Aufgabenbereiche

Einzelplan 2.0 Behörde für Justiz und Gleichstellung

I. Allgemeine Erläuterungen zum Aufgabenbereich **100** **Staatsanwaltschaften**

I.1 Politische Ziele

Die Staatsanwaltschaften leisten ihren Anteil an:

- einer erfolgreichen Kriminalitätsbekämpfung
- einer verstärkten Bekämpfung der Jugendkriminalität, insbesondere jugendlicher Intensivtäter

I.2 Aufgabenschwerpunkt

Die Staatsanwaltschaften sind neben den Gerichten gleichgeordnete Organe der Strafrechtspflege. Ihnen obliegen die Strafverfolgung der in Hamburg begangenen Straftaten, die Mitwirkung an den gerichtlichen Verfahren sowie die Einleitung und Durchführung der Strafvollstreckung. Mit diesem gesetzlichen Auftrag und der Pflicht zur konsequenten Durchsetzung des staatlichen Strafanpruchs tragen sie zur Sicherheit der Hamburger Bevölkerung bei.

Die Staatsanwaltschaft Hamburg trägt die Verantwortung für rechtmäßige, gründliche und zügige Ermittlungen bis zum Abschluss des Verfahrens. Sie erhebt Anklage in den Fällen, in denen ein hinreichender Tatverdacht vorliegt, und trägt in der Hauptverhandlung maßgeblich zur gesetzeskonformen Urteilsfindung bei. Soweit dies erforderlich ist, fördert sie durch geeignete Rechtsmittel einen sachgerechten Abschluss des gerichtlichen Verfahrens. Auch obliegt der Staatsanwaltschaft Hamburg die zügige Vollstreckung der in den Urteilen festgelegten Strafen. Sie ist weiterhin für die Bearbeitung eingehender Rechtshilfeersuchen und für die Durchführung des Täter-Opfer-Ausgleichs zuständig.

Der Generalstaatsanwaltschaft Hamburg obliegen - neben der Dienst- und Fachaufsicht über die Staatsanwaltschaft Hamburg - in erster Linie die Rechtsprüfungen im Rahmen von Rechtsbehelfen gegen gerichtliche und staatsanwaltschaftliche Entscheidungen. Daneben ist sie für Auslieferungsersuchen anderer Staaten sowie für berufsgerichtliche Verfahren zuständig und qualifiziert Staatsanwältinnen und Staatsanwälte durch ergänzende Ausbildung weiter.

Die Aufgabenschwerpunkte der Staatsanwaltschaft gliedern sich in Verfahren der mittleren und Kleinkriminalität, die wegen der hohen Fallzahlen nur durch eine effiziente Arbeitsorganisation zu bewältigen sind, sowie in Verfahren gegen hoch spezialisierte Beschuldigte, die eine Bearbeitung durch besonders qualifizierte Dezernenten in Sonderdezernaten erfordern.

Die Generalstaatsanwaltschaft sorgt im Wege der Fach- und Dienstaufsicht für die Wahrung der hohen Qualität der Arbeit der Staatsanwaltschaften.

I.3 Zugeordnete Produktgruppen

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Zentrale Ansätze Spezialbudget							
Erlöse	-17.460	-18.907	-16.700	-21.900	-25.900	-25.900	-25.900
Kosten	3.444	3.413	2.550	3.600	3.600	3.600	3.600
Saldo Produktgruppe Zentrale Ansätze Spezialbudget	-14.016	-15.494	-14.150	-18.300	-22.300	-22.300	-22.300
Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft							
Erlöse	-126	-100	-47	-29	-29	-29	-29
Kosten	20.544	20.810	20.884	15.439	15.435	15.394	15.387
Saldo Produktgruppe Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft	20.418	20.710	20.837	15.410	15.406	15.365	15.358
Ermittlungsverfahren der Amtsanwaltschaft							
Erlöse	-30	-24	-11	-14	-14	-14	-14

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 100 Staatsanwaltschaften

Kosten	4.864	4.927	4.944	7.379	7.377	7.357	7.354
Saldo Produktgruppe Ermittlungsverfahren der Amtsanwaltschaft	4.834	4.903	4.933	7.364	7.362	7.343	7.340
Sonstige Fachaufgaben der Staatsanwaltschaft							
Erlöse	-51	-40	-19	-26	-26	-26	-26
Kosten	8.286	8.393	8.423	13.429	13.422	13.389	13.383
Saldo Produktgruppe Sonstige Fachaufgaben der Staatsanwaltschaft	8.235	8.353	8.404	13.403	13.396	13.364	13.358
Ermittlungsverfahren und andere Fachaufgaben der Generalstaatsanwaltschaft							
Erlöse	-14	-11	-5	-3	-3	-3	-3
Kosten	2.254	2.283	2.291	1.580	1.579	1.575	1.574
Saldo Produktgruppe Ermittlungsverfahren und andere Fachaufgaben der Generalstaatsanwaltschaft	2.240	2.272	2.286	1.577	1.576	1.572	1.571
Summe der Produktgruppenerlöse	-17.681	-19.082	-16.782	-21.972	-25.972	-25.972	-25.972
Summe Produktgruppenkosten	39.392	39.825	39.094	41.427	41.412	41.315	41.298
Saldo über alle Produktgruppen = Budgetzuweisung zum Regelbudget / Spezialbudget	21.177	20.743	22.312	19.455	15.440	15.343	15.326

I.4 Beteiligte Besondere Budgetbereiche

Intendantzaufgaben, das Gebäudemanagement, die Gemeinsame Personalverwaltung und Bezügeabrechnung der Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie die Gemeinsame Annahmestelle sind Aufgaben, die in dem Besonderen Budgetbereich Q 01 Behördenverwaltung Justiz wahrgenommen werden.

I.5 Rechtsgrundlagen

Wesentliche Rechtsgrundlagen für die Aufgabenwahrnehmung der Staatsanwaltschaften sind das Gerichtsverfassungsgesetz, das Strafgesetzbuch, die Strafprozeßordnung, das Jugendgerichtsgesetz sowie das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten.

I.6 Grundkennzahlen

Die übergeordneten Grunddaten sind unter IV.1 abgebildet.

	Einheit	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
-								

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 100 Staatsanwaltschaften

I.7 Vergleichskennzahlen

Derzeit gibt es keine validen Vergleichsdaten.

	Einheit	Hamburg	Berlin	München	Frankfurt	Stuttgart	Köln
-							

II. Veranschlagung und Ermächtigung für den Aufgabenbereich 100 Staatsanwaltschaften

II.1 Veranschlagung der Budgetzuweisungen

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Budgetzuweisung zum Regelbudget	-35.727	-36.237	-36.462	-37.755	-37.740	-37.643	-37.626
Budgetzuweisung zum Spezialbudget	14.016	15.494	14.150	18.300	22.300	22.300	22.300
Budgetzuweisung zum Projektbudget							
Summe Budgetarten	-21.711	-20.743	-22.312	-19.455	-15.440	-15.343	-15.326
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Regelbudget							
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Spezialbudget							
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Projektbudget							

II.2 Veranschlagung der Zuschussbedarfe

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
-							

II.3 Im Besonderen Budgetbereich ermächtigte Budgetanteile (Teilfertiger)

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
-							

Anlage 1.2**Aufgabenbereich 100 Staatsanwaltschaften****II.4 Ermächtigung der Budgetzuweisungen des Aufgabenbereichs**

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Budgetzuweisung zum Regelbudget	-35.727	-36.237	-36.462	-37.755	-37.740	-37.643	-37.626
Budgetzuweisung zum Spezialbudget	14.016	15.494	14.150	18.300	22.300	22.300	22.300
Budgetzuweisung zum Projektbudget							
Summe Budgetarten	-21.711	-20.743	-22.312	-19.455	-15.440	-15.343	-15.326
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Regelbudget							
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Spezialbudget							
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Projektbudget							

II.5 Darin enthaltene Intendanz- und Dienstleistungen aus den Besonderen Budgetbereichen

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Besonderer Budgetbereich Q01 Behördenverwaltung Justiz	-4.520	-4.675	-5.191	-5.277	-5.179	-5.058	-5.040
Summe	-4.520	-4.675	-5.191	-5.277	-5.179	-5.058	-5.040

II.6 Ermächtigung der Zuschussbedarfe des Aufgabenbereichs

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
-							

II.7 Haushaltsrechtliche Regelungen

Die Spezialbudgets der Aufgabenbereiche 100 Staatsanwaltschaften und 101 Gerichte sind gegenseitig deckungsfähig. Das Regelbudget ist im Budgetbereich deckungsfähig zugunsten des Spezialbudgets und der Investitionsmittel, soweit die Erfüllung der Leistungszwecke sichergestellt ist und das Budget nur für bereits bezeichnete Leistungszwecke eingesetzt wird. Fünf vom Hundert des Regelbudgets sind deckungsfähig zugunsten des Regelbudgets der anderen Budgetbereiche im Einzelplan Justiz, soweit die Erfüllung der Leistungszwecke sichergestellt ist und das Budget nur für bereits bezeichnete Leistungszwecke eingesetzt wird. Das Regelbudget ist übertragbar, soweit der Leistungszweck fortbesteht und die Ziele im Budgetbereich erreicht sind.
--

III Haushaltsplanung des Aufgabenbereichs 100 Staatsanwaltschaften

III.1 Besonderheiten des Ergebnisplans in den Planjahren

zu Position 1 „Erlöse aus Verwaltungstätigkeit“:

Im Vergleich zum Planwert für 2010 werden in den Jahren 2011 ff. Mehrerlöse aus Gebühren, Beiträgen und Aufwendungserstattungen, sowie aus Geldbußen, Verwarn- und Zwangsgeldern und Geldstrafen erwartet. Die Planung orientiert sich an den Ist-Ergebnissen der Vorjahre.

zu Position 5 „Sonstige Erlöse“:

Die Erhöhung der Planwerte berücksichtigt zusätzliche Erlöse im Bereich der Gewinnabschöpfung.

zu Position 7 „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“:

Im Vergleich zum Planwert für 2010 werden Mehrkosten geplant. Dies resultiert einerseits aus Umschichtungen aus dem Besonderen Budgetbereich für Portokosten und Vordrucke, sowie Büro- und Geschäftsausstattung. Weiterhin wurden aus dem Aufgabenbereich der Gerichte die Planwerte für den Forensisch medizinischen Dienst und für Gefangenentransporte in den Aufgabenbereich der Staatsanwaltschaften umgeschichtet. Über den gesamten Einzelplan 2 ergeben sich durch diese Umschichtungen keine Mehrkosten.

zu Position 8 „Personalkosten“:

Die ausgewiesenen Personalkosten sind das Produkt aus geplanten Vollzeitäquivalenten und zentral vorgegebenen Personalkostenverrechnungssätzen.

Diese Verrechnungssätze berücksichtigen die Tarif- und Besoldungsanpassungen 2010 und die Absenkung bzw. Streichung des Weihnachtsgeldes für Beamtinnen und Beamte.

Die Konsolidierungsverpflichtung aus dem November 2009 in Höhe von 250 Tsd. Euro ist bei der Planung der Personalkosten berücksichtigt worden.

zu Position 9 „Kosten für Transferleistungen“:

Hier waren nach der Überleitung die Kosten für Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen geplant (Haushaltstitel 681.01). Diese Kosten sind ab 2011 vollständig im Aufgabenbereich 101 berücksichtigt.

III.2 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
1. Erlöse aus Verwaltungstätigkeit	-16.214	-17.242	-15.501	-16.701	-16.701	-16.701	-16.701
2. + Erlöse aus Transferleistungen	0	-6	0	0	0	0	0
3. + Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich	0	0	0	0	0	0	0
4. + Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0
5. + Sonstige Erlöse	-1.468	-1.835	-1.281	-5.271	-9.271	-9.271	-9.271
6. + Erlöse aus verrechneten Leistungen	0	0	0	0	0	0	0
7. + Kosten aus Verwaltungstätigkeit	4.415	4.273	2.808	4.306	4.307	4.306	4.302
8. + Personalkosten	30.457	30.877	30.866	31.766	31.863	31.889	31.896
a) Kosten für Entgelte	5.626	5.770	5.697	6.025	6.060	6.074	6.080
b) Kosten für Bezüge	17.222	17.254	17.582	17.936	17.974	17.981	17.980
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	0	0	0	0	0	0	0
d) Kosten für Sozialleistungen	1.897	2.128	1.789	1.885	1.895	1.897	1.899
e) Kosten für Versorgungsleistungen	5.712	5.725	5.797	5.920	5.934	5.937	5.937

Anlage 1.2

Aufgabenbereich 100 Staatsanwaltschaften

9. + Kosten für Transferleistungen	0	0	100	0	0	0	0
10. + Kosten für den Länderfinanzausgleich	0	0	0	0	0	0	0
11. + Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	0	0	84	48	34	34	32
12. + Sonstige Kosten	0	0	0	0	0	0	0
13. + Kosten aus verrechneten Leistungen	4.520	4.675	5.191	5.277	5.179	5.058	5.040
14. = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	21.710	20.743	22.267	19.425	15.411	15.315	15.298
15. Erlöse aus Beteiligungen	0	0	0	0	0	0	0
Erlöse aus anderen Wertpapieren und							
16. + Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
17. + Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen auf Ausleihungen des							
18. + Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0	0	0
19. + Zinsen und ähnliche Kosten	0	0	45	30	29	28	28
20. = Finanzergebnis	0	0	45	30	29	28	28
21. = Ordentliches Ergebnis	21.710	20.743	22.312	19.455	15.440	15.343	15.326
22. Außerordentliche Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
23. + Außerordentliche Kosten	0	0	0	0	0	0	0
24. = Außerordentliches Ergebnis	0						
25. = Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag vor pauschalen Vorgabebeerfüllungen	21.710	20.743	22.312	19.455	15.440	15.343	15.326
26. + Pauschale Vorgabebeerfüllung	0	0	0	0	0	0	0
27. = Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag nach pauschalen Vorgabebeerfüllungen	21.710	20.743	22.312	19.455	15.440	15.343	15.326

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 100 Staatsanwaltschaften

III.3 Besonderheiten des Finanzplans in den Planjahren

|--|--|--|--|--|--|--|--|

III.4 Finanzplan des Aufgabenbereichs

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-17.682	-19.082	-16.782	-21.972	-25.972	-25.972	-25.972
2. + Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	29.160	29.425	27.977	29.434	29.516	29.538	29.541
3. = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	11.478	10.343	11.195	7.462	3.545	3.566	3.569
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen	0	0	0	0	0	0	0
5. + Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0	0	0	0	0	0	0
6. + Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0	0
7. + Sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
8. + Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse	0	0	0	0	0	0	0
9. + Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden	0	0	0	0	0	0	0
10. + Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0	0
11. + Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen	83	72	0	0	0	0	0
12. + Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0	0
13. + Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0
14. = Zuschussbedarf für Investitionsmittel	83	72	0	0	0	0	0
15. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen	0	0	0	0	0	0	0
16. + Auszahlungen aus gegebenen Darlehen	0	0	0	0	0	0	0
17. = Zuschussbedarf für Darlehen	0	0	0	0	0	0	0
18. = Finanzbedarf an liquiden Mitteln	11.561	10.415	11.195	7.462	3.544	3.566	3.569

Anlage 1.2

Aufgabenbereich 100 Staatsanwaltschaften

III.5 Erläuterung der Investitionsmaßnahmen

Investitionsmaßnahmen	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR

Die Investitionen sind zentral im Besonderen Budgetbereich Q01 Behördenverwaltung der Justiz geplant worden.

III.6 Erläuterung der gesondert veranschlagten Projekte

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
-							

Es gibt im Aufgabenbereich Staatsanwaltschaften keine gesondert veranschlagten Projekte.

III.7 Erläuterung der im Haushalt veranschlagten Darlehen

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
-							

Es gibt im Aufgabenbereich Staatsanwaltschaften keine veranschlagten Darlehen.

IV. Abbildung der Ziele, Kennzahlen und Produktgruppen des Aufgabenbereichs 100 Staatsanwaltschaften

IV.1 Ziele und Kennzahlen des Aufgabenbereichs

Die strategischen Ziele der Staatsanwaltschaften sind:

- Gewährleistung eines sachgerechten und zügigen Abschlusses von Ermittlungsverfahren im Rahmen des gesetzlichen Auftrags
- Sicherstellung der Durchführung gerichtlicher Strafverfahren durch konsequente Vertretung der Ermittlungsergebnisse und verlässlichen Sitzungsdienst bei den Hamburger Amtsgerichten und dem Landgericht Hamburg
- Konsequente Einleitung und Durchführung der Strafvollstreckung

Wesentliche Kennzahlen im Bereich der Staatsanwaltschaften sind Anzahl und Art der Erledigung der Ermittlungsverfahren sowie die durchschnittliche Verfahrensdauer. Diese Faktoren sind durch die Staatsanwaltschaften nur bedingt steuerbar.

Im Bereich der Bekanntsachen ist ein Rückgang der Eingangszahlen zu verzeichnen. Da jedoch die Komplexität der Bekanntsachen zugenommen hat, ist die Belastungssituation unverändert hoch. Hingewiesen werden muss in diesem Zusammenhang insbesondere darauf, dass die rechtlichen Anforderungen für strafprozessuale Zwangsmaßnahmen und Dokumentationspflichten der Staatsanwaltschaft zugenommen haben, was einen Niederschlag u.a. in einem wachsenden Umfang der Verfahren gefunden hat.

	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
1. STA Ermittlungsverfahren in Bekanntsachen Erledigungen	Anz.	158.190	151.559	160.000	150.000	150.000	150.000	150.000
2. STA Ermittlungsverfahren in Bekanntsachen Erledigungen durch gerichtlichen Antrag	Anz.	31.501	30.670	32.000	30.000	30.000	30.000	30.000
3. STA Ermittlungsverfahren in Bekanntsachen Erledigungen durch Einstellung gemäß § 170 II StPO	Anz.	45.968	43.827	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000
4. STA Ermittlungsverfahren in Bekanntsachen sonstige Erledigungen	Anz.	80.721	77.062	83.000	75.000	75.000	75.000	75.000
5. STA Ermittlungsverfahren in Unbekanntsachen	Anz.	148.827	147.457	150.000	148.000	148.000	148.000	148.000
6. STA Gewinnabschöpfung Gesamterlöse in Tsd. Euro	TEUR	-1.248	-1.666	-1.200	-5.200	-9.200	-9.200	-9.200

IV.2 Ziele, Kennzahlen, Kosten und Erlöse der Produktgruppen

IV.2.0 Produktgruppe Zentrale Ansätze

Beschreibung der Produktgruppe

Das Spezialbudget setzt sich zusammen aus den Erlösen und Kosten in Rechtssachen. Im einzelnen sind dies:

Erlöse:

- Geldstrafen und Geldbußen
- Gerichtsgebühren aus diesen Verfahren
- Gewinnabschöpfung

Kosten:

- Kosten für den Forensisch medizinischen Dienst
- Kosten für sonstige Sachverständige
- Kosten für die Unterbringung
- Sonstige Kosten (Dolmetscher; Reisekosten...)

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Gesamterlöse	-17.460	-18.907	-16.700	-21.900	-25.900	-25.900	-25.900
Gesamtkosten	3.444	3.413	2.550	3.600	3.600	3.600	3.600
Davon Erlöse aus dem Spezialbudget	-17.460	-18.907	-16.700	-21.900	-25.900	-25.900	-25.900
Davon Kosten aus dem Spezialbudget	3.444	3.413	2.550	3.600	3.600	3.600	3.600
Saldo	-14.016	-15.494	-14.150	-18.300	-22.300	-22.300	-22.300

IV.2.1 Produktgruppe Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft

Beschreibung der Produktgruppe

Die Staatsanwaltschaft hat auf folgende Entwicklungen zu reagieren:

- Der Bereich der Organisierten Wirtschaftskriminalität mit Verbindungen zur herkömmlichen Organisierten Kriminalität gewinnt immer mehr an Bedeutung. Die Staatsanwaltschaft wird weiterhin dieser Entwicklung mit personellen und strukturellen Maßnahmen begegnen.
- Straftaten durch den Einsatz moderner Kommunikationstechniken und vernetzter Computersysteme einschließlich des Internets prägen in größerem Maße als bisher den Kriminalitätsalltag. Auf diese Entwicklung reagiert die Staatsanwaltschaft insbesondere durch Fortbildungsmaßnahmen und Spezialisierungen.
- Aufgrund der zunehmenden grenzüberschreitenden Kriminalität im zusammenwachsenden Europa wird die Anzahl der eingehenden und ausgehenden Rechtshilfeersuchen auch in den nächsten Jahren steigen. Hier muss die Staatsanwaltschaft gewährleisten, dass Ermittlungen und Vollstreckungen im internationalen Rechtshilfeverkehr auf Basis der bestehenden Übereinkommen weiterhin zügig durchgeführt werden.
- Der Bereich der Gewaltkriminalität von Jugendlichen und Heranwachsenden steht zunehmend im Blickpunkt des öffentlichen und politischen Interesses. Insbesondere die so genannten jugendlichen und heranwachsenden Intensivgewalttäter sollen durch den Einsatz von Sonderdezernenten eine besondere Aufmerksamkeit erfahren.
- Die Fälle der häuslichen Gewalt und der Gewalt in Paarbeziehungen sowie des Stalkings und der sexuellen Übergriffe stehen zunehmend im Blickfeld öffentlicher Wahrnehmung. Die Staatsanwaltschaft muss diesen Deliktfeldern verstärkt Aufmerksamkeit widmen.

Zugeordnete Produkte

- Allgemeine Ermittlungsverfahren gegen Erwachsene
- Ermittlungsverfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende
- Ermittlungsverfahren in Betäubungsmittelsachen

Anlage 1.2

Aufgabenbereich 100 Staatsanwaltschaften

- | |
|---|
| - Ermittlungsverfahren in Wirtschaftsstrafsachen |
| - Ermittlungsverfahren in Verfahren gegen die organisierte Kriminalität |
| - Ermittlungsverfahren in Verfahren gegen die sexuelle Selbstbestimmung |
| - Ermittlungsverfahren in Verkehrsstrafsachen |
| - Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt |

Ziele der Produktgruppe

In der Referenzperiode werden folgende operative Ziele verfolgt:

- | |
|---|
| - Stabilisierung der durchschnittlichen Verfahrensdauer gegen Jugendliche |
| - Beibehaltung der durchschnittlichen Bearbeitungszeit in den anderen Verfahrensbereichen |

Erläuterungen zu den Kennzahlen

Die erheblichen Abweichungen der Planwerte 2010 zu den Folgejahren bei den Kennzahlen „Erledigungen durch gerichtlichen Antrag“ (9 und 15) und „Erledigungen gemäß § 170 II StPO“ (10 und 16) sind durch einen Fehler in der Überleitung verursacht worden.

Die Abweichungen bei den Verfahrensdauern beruht darauf, dass erstmalig die Daten für Erwachsene und für Jugendliche / Heranwachsende getrennt erhoben werden können. Der bisherige Wert von 2,1 Monaten war der Durchschnittswert.

Erläuterungen zu den Kosten der Produktgruppe

Die Produktgruppenverteilung ab dem Planjahr 2011 orientiert sich an den Ist-Werten der Kostenrechnung des Jahres 2010.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
7. StA Ermittlungsverfahren gegen Erwachsene Neuzugänge	Anz.	41.405	39.574	43.000	39.000	39.000	39.000	39.000
8. StA Ermittlungsverfahren gegen Erwachsene Erledigungen	Anz.	41.953	39.554	43.000	39.000	39.000	39.000	39.000
9. StA Ermittlungsverfahren gegen Erwachsene Erledigungen durch gerichtlichen Antrag	Anz.	9.019	8.590	19.000	10.000	10.000	10.000	10.000
10. StA Ermittlungsverfahren gegen Erwachsene Erledigungen gemäß § 170 II StPO	Anz.	12.403	11.384	27.000	15.000	15.000	15.000	15.000
11. StA Ermittlungsverfahren gegen Erwachsene sonstige Erledigungen	Anz.	20.531	19.580	19.000	14.000	14.000	14.000	14.000
12. StA Ermittlungsverfahren gegen Erwachsene Dauer in Monaten	Anz.	1,8	1,7	2,1	2,5	2,5	2,5	2,5
13. StA Ermittlungsverfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende Neuzugänge	Anz.	30.045	29.089	31.000	27.000	27.000	27.000	27.000
14. StA Ermittlungsverfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende Erledigungen	Anz.	30.380	28.642	31.000	27.000	27.000	27.000	27.000
15. StA Ermittlungsverfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende Erledigungen durch gerichtlichen Antrag	Anz.	6.531	6.220	14.000	5.000	5.000	5.000	5.000
16. StA Ermittlungsverfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende Erledigungen gemäß § 170 II StPO	Anz.	8.982	8.244	20.000	8.000	8.000	8.000	8.000
17. StA Ermittlungsverfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende sonstige Erledigungen	Anz.	14.867	14.178	15.000	14.000	14.000	14.000	14.000
18. StA Ermittlungsverfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende Dauer in Monaten	Mon.	1,8	1,7	2,1	1,5	1,5	1,5	1,5

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 100 Staatsanwaltschaften

Kosten und Erlöse	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Gesamterlöse	-126	-100	-47	-29	-29	-29	-29
Gesamtkosten	20.544	20.810	20.884	15.439	15.435	15.394	15.387
Davon Erlöse aus dem Spezialbudget	0	0	0				
Davon Kosten aus dem Spezialbudget	0	0	0				
Saldo	20.418	20.710	20.837	15.410	15.406	15.365	15.358

IV.2.2 Produktgruppe Ermittlungsverfahren der Amtsanwaltschaft

Beschreibung der Produktgruppe

Zugeordnete Produkte

- Allgemeine Ermittlungsverfahren der Amtsanwaltschaft
- Ermittlungsverfahren in Verkehrsstrafsachen
- Ordnungswidrigkeiten
- Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt

Ziele der Produktgruppe

In der Referenzperiode werden folgende operative Ziele verfolgt:

- Beibehaltung der durchschnittlichen Erledigungszeiten bei den Amtsanwaltssachen

Erläuterungen zu den Kosten der Produktgruppe

Die Produktgruppenverteilung ab dem Planjahr 2011 orientiert sich an den Ist-Werten der Kostenrechnung des Jahres 2010.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
19. AmtsA Ermittlungsverfahren Neuzugänge	Anz.	85.941	83.685	86.000	83.000	83.000	83.000	83.000
20. AmtsA Ermittlungsverfahren Erledigungen	Anz.	85.857	83.363	86.000	83.000	83.000	83.000	83.000
21. AmtsA Ermittlungsverfahren Erledigungen durch gerichtlichen Antrag	Anz.	15.951	15.860	16.000	15.000	15.000	15.000	15.000
22. AmtsA Ermittlungsverfahren Erledigungen durch gemäß § 170 II StPO	Anz.	24.583	24.199	24.000	24.000	24.000	24.000	24.000
23. AmtsA Ermittlungsverfahren sonstige Erledigungen	Anz.	45.323	43.304	46.000	44.000	44.000	44.000	44.000
24. AmtsA Ermittlungsverfahren Dauer in Monaten	Mon.	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0

Kosten und Erlöse	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Gesamterlöse	-30	-24	-11	-14	-14	-14	-14
Gesamtkosten	4.864	4.927	4.944	7.379	7.377	7.357	7.354
Davon Erlöse aus dem Spezialbudget	0	0	0				
Davon Kosten aus dem Spezialbudget	0	0	0				
Saldo	4.834	4.903	4.933	7.364	7.362	7.343	7.340

Anlage 1.2

Aufgabenbereich 100 Staatsanwaltschaften

IV.2.3 Sonstige Fachaufgaben der Staatsanwaltschaft

Beschreibung der Produktgruppe

Zugeordnete Produkte

- Strafvollstreckungssachen
- Rechtshilfesachen einschließlich Auslieferungssachen
- Durchführung von Täter-Opfer-Ausgleichsverfahren
- Sitzungsdienst

Ziele der Produktgruppe

In der Referenzperiode werden folgende operative Ziele verfolgt:

- Sicherung der Strafwirksamkeit durch konsequente Einleitung und Durchführung der Strafvollstreckung
- Gewährleistung einer sachgerechten Rechtshilfe

Erläuterungen zu den Kosten der Produktgruppe

Die Produktgruppenverteilung ab dem Planjahr 2011 orientiert sich an den Ist-Werten der Kostenrechnung des Jahres 2010.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
25. Personen in Strafvollstreckungssachen	Anz.	32.520	31.039	32.500	28.000	28.000	28.000	28.000
26. Rechtshilfe einschließlich Auslieferungssachen	Anz.	1.182	1.268	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200
27. Wahrgenommene Sitzungsstunden	Anz.	35.863	32.499	43.000	32.500	32.500	32.500	32.500

Kosten und Erlöse	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Gesamterlöse	-51	-40	-19	-26	-26	-26	-26
Gesamtkosten	8.286	8.393	8.423	13.429	13.422	13.389	13.383
Davon Erlöse aus dem Spezialbudget	0	0	0				
Davon Kosten aus dem Spezialbudget	0	0	0				
Saldo	8.235	8.353	8.404	13.403	13.396	13.364	13.358

IV.2.4 Produktgruppe Ermittlungsverfahren und andere Fachaufgaben der Generalstaatsanwaltschaft

Beschreibung der Produktgruppe

Die Entwicklung im Bereich der Generalstaatsanwaltschaft wird durch folgende Aspekte beeinflusst:

- Durch den Europäischen Haftbefehl und die Erweiterung der Europäischen Union kann sich die Anzahl der eingehenden und ausgehenden Rechtshilfesuchen erhöhen.
- Das Beschwerdeverhalten zeigt ansteigende Tendenz, da zunehmend mehr Bürger die Überprüfung von Entscheidungen durch eine weitere Instanz wünschen.

Zugeordnete Produkte

- Revisionen und Rechtsbeschwerden, Zulassungen von Rechtsbeschwerden
- Beschwerdesachen
- Auslieferungs- und Durchlieferungssachen
- Berufsgerichtliche Verfahren
- Sonstige Rechtssachen
- Ermittlungsverfahren der Generalstaatsanwaltschaft
- Verbesserung der Fach- und Methodenkompetenz der Staatsanwaltschaft

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 100 Staatsanwaltschaften

Ziele der Produktgruppe

In der Referenzperiode werden folgende operative Ziele verfolgt:

- Beibehaltung der hohen Qualität der Bearbeitung von Revisionen und Rechtsbeschwerden sowie der Verfahren zur Zulassung von Rechtsbeschwerden, bei gleichbleibendem Ressourceneinsatz
- Qualitätssicherung des Abschlusses von Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft insbesondere durch ständige Verbesserung der Fach- und Methodenkompetenz
- Gewährleistung einer sachgerechten Rechtshilfe

Erläuterungen zu den Kosten der Produktgruppe

Die Produktgruppenverteilung ab dem Planjahr 2011 orientiert sich an den Ist-Werten der Kostenrechnung des Jahres 2010.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
28. GSTA Revisionen und Rechtsbeschwerden, Zulassung von Rechtsbeschwerden Neuzugänge	Anz.	467	417	550	450	450	450	450
29. GSTA Beschwerden gegen Einstellungsbescheide der Staatsanwaltschaft (Zs) Neuzugänge	Anz.	1.100	1.181	1.100	1.100	1.100	1.100	1.100
30. GSTA Rechtshilfesachen mit dem Ausland, einschließlich Aus- und Durchlieferungssachen	Anz.	461	372	500	500	500	500	500

Kosten und Erlöse	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Gesamterlöse	-14	-11	-5	-3	-3	-3	-3
Gesamtkosten	2.254	2.283	2.291	1.580	1.579	1.575	1.574
Davon Erlöse aus dem Spezialbudget	0	0	0				
Davon Kosten aus dem Spezialbudget	0	0	0				
Saldo	2.240	2.272	2.286	1.577	1.576	1.572	1.571

V. Übersicht über die Vollzeitäquivalente des Aufgabenbereichs 100 Staatsanwaltschaften

	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Beamtinnen und Beamte der Laufbahnguppe 1				100,50	100,50	100,50	100,50
Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter der Laufbahnguppe 2				257,50	257,50	257,50	257,50
Summe der Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter			361,22	358,00	358,00	358,00	358,00
Tarifbeschäftigte Äquivalent Laufbahnguppe 1				173,04	173,04	173,04	173,04
Tarifbeschäftigte Äquivalent Laufbahnguppe 2				6,00	6,00	6,00	6,00
Summe der Tarifbeschäftigten			176,87	179,04	179,04	179,04	179,04
Gesamtsumme			538,09	537,04	537,04	537,04	537,04

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 100 Staatsanwaltschaften
V.2 Übersicht über die Vollzeitäquivalente nach Wertigkeit – Beamtinnen/Beamte, Richterinnen/Richter

	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
<i>Laufbahngruppe 1</i>							
A 3				0,00	0,00	0,00	0,00
A 4				1,00	1,00	1,00	1,00
A 5				10,00	10,00	10,00	10,00
A 6				5,00	5,00	5,00	5,00
A 7				36,50	36,50	36,50	36,50
A 8				27,00	27,00	27,00	27,00
A 9				21,00	21,00	21,00	21,00
Nachwuchskräfte (ehemals: mittlerer Dienst)				0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Laufbahngruppe 1				100,50	100,50	100,50	100,50
<i>Laufbahngruppe 2</i>							
A 9				2,00	2,00	2,00	2,00
A 10				0,00	0,00	0,00	0,00
A 11				34,00	34,00	34,00	34,00
A 12				24,00	24,00	24,00	24,00
A 13				19,00	19,00	19,00	19,00
A 14				1,00	1,00	1,00	1,00
A 15				1,00	1,00	1,00	1,00
A 16				0,00	0,00	0,00	0,00
Nachwuchskräfte 1. Einstiegsamt (ehemals: gehobener Dienst)				0,00	0,00	0,00	0,00
Nachwuchskräfte 2. Einstiegsamt (ehemals: höherer Dienst)				0,00	0,00	0,00	0,00
B 1				0,00	0,00	0,00	0,00
B 2				0,00	0,00	0,00	0,00
B 3				0,00	0,00	0,00	0,00
B 4				0,00	0,00	0,00	0,00
B 5				0,00	0,00	0,00	0,00
B 6				0,00	0,00	0,00	0,00
B 7				0,00	0,00	0,00	0,00
B 8				0,00	0,00	0,00	0,00
B 9				0,00	0,00	0,00	0,00
B 10				0,00	0,00	0,00	0,00
B 11				0,00	0,00	0,00	0,00
R 1				126,50	126,50	126,50	126,50
R 2				45,00	45,00	45,00	45,00
R 3				3,00	3,00	3,00	3,00
R 4				0,00	0,00	0,00	0,00
R 5				1,00	1,00	1,00	1,00
R 6				1,00	1,00	1,00	1,00
R 7				0,00	0,00	0,00	0,00
R 8				0,00	0,00	0,00	0,00
W 1				0,00	0,00	0,00	0,00
W 2				0,00	0,00	0,00	0,00
W 3				0,00	0,00	0,00	0,00
C 1				0,00	0,00	0,00	0,00
C 2				0,00	0,00	0,00	0,00
C 3				0,00	0,00	0,00	0,00
C 4				0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Laufbahngruppe 2				257,50	257,50	257,50	257,50

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 100 Staatsanwaltschaften

Textfeld für eventuelle Erläuterungen

V.3 Übersicht über Vollzeitäquivalente nach Wertigkeit – Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer

	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
<i>Äquivalent Laufbahngruppe 1</i>							
E 1				0,00	0,00	0,00	0,00
E 2				7,00	7,00	7,00	7,00
E 2 Ü				0,00	0,00	0,00	0,00
E 3				7,50	7,50	7,50	7,50
E 4				0,00	0,00	0,00	0,00
E 5				11,50	11,50	11,50	11,50
E 6				102,39	102,39	102,39	102,39
E 7				0,00	0,00	0,00	0,00
E 8				41,65	41,65	41,65	41,65
E 9				3,00	3,00	3,00	3,00
Nachwuchskräfte				0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Äquivalent Laufbahngruppe 1				173,04	173,04	173,04	173,04
<i>Äquivalent Laufbahngruppe 2</i>							
E 9				0,00	0,00	0,00	0,00
E 10				4,00	4,00	4,00	4,00
E 11				2,00	2,00	2,00	2,00
E 12				0,00	0,00	0,00	0,00
E 13				0,00	0,00	0,00	0,00
E 13 Ü				0,00	0,00	0,00	0,00
E 14				0,00	0,00	0,00	0,00
E 15				0,00	0,00	0,00	0,00
E 15 Ü				0,00	0,00	0,00	0,00
Rechtsreferendare				0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Äquivalent Laufbahngruppe 2				6,00	6,00	6,00	6,00
Textfeld für eventuelle Erläuterungen							

VI. Wirtschaftspläne

Es gibt in diesem Aufgabenbereich keinen Wirtschaftsplan.

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 100 Staatsanwaltschaften

Einzelplan 2.0 Behörde für Justiz und Gleichstellung

I. Allgemeine Erläuterungen zum Aufgabenbereich

101 Gerichte

I.1 Politische Ziele

Die Ziele der Gerichte als Dritte Gewalt ergeben sich aus ihrer durch Verfassungsrecht und Gesetze vorgegebenen und ausgestalteten Aufgabe der Rechtsprechung; sie sind unabhängig von den politischen Zielen des jeweiligen Senats.

Die Gerichte sorgen für eine qualitativ hochwertige, effiziente und zügige Rechtsgewährung und -durchsetzung im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger.

I.2 Aufgabenschwerpunkt

Die ordentliche Gerichtsbarkeit ist zuständig für Straf- und Bußgeldsachen und alle zivilrechtlichen Streitigkeiten einschließlich der Familiensachen, das gerichtliche Mahnverfahren, die Zwangsvollstreckungssachen und die Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzverfahren. Hinzu kommen unter anderem die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, insbesondere die Betreuungs-, Grundbuch-, Nachlass- und Registersachen, wie z. B. Handelsregister und Vereinsregister.

Die ordentlichen Gerichte in Hamburg sind:

- das Hanseatische Oberlandesgericht,
- das Landgericht Hamburg,
- das Amtsgericht Hamburg und die Stadtteilgerichte Amtsgericht Hamburg-Altona, Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Amtsgericht Hamburg-Blankenese, Amtsgericht Hamburg-Harburg, Amtsgericht Hamburg-St. Georg und Amtsgericht Hamburg-Wandsbek.

Die Fachgerichtsbarkeiten sind zuständig für Verfahren aus dem Arbeits-, Sozial- und Verwaltungs-, Steuer- sowie Zoll- und Marktordnungsrecht.

Die Fachgerichte in Hamburg sind:

- das Landesarbeits- und Arbeitsgericht,
- das Finanzgericht,
- das Landessozial- und Sozialgericht,
- das Oberverwaltungs- und Verwaltungsgericht

I.3 Zugeordnete Produktgruppen

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Zentrale Ansätze Spezialbudget							
Erlöse	-133.886	-124.903	-138.837	-134.837	-134.837	-134.837	-134.837
Kosten	78.097	77.962	82.900	78.300	78.300	78.300	78.300
Saldo Produktgruppe Zentrale Ansätze Spezialbudget	-55.789	-46.941	-55.937	-56.537	-56.537	-56.537	-56.537
Aufgaben des Hanseatischen Oberlandesgerichts							
Erlöse	-682	-1.001	-556	-567	-567	-567	-567
Kosten	16.852	17.244	20.394	19.506	19.507	19.440	19.431
Saldo Produktgruppe Aufgaben des Hanseatischen Oberlandesgerichts	16.170	16.243	19.839	18.939	18.940	18.873	18.864
Aufgaben des Landgerichts Hamburg							
Erlöse	-494	-484	-230	-350	-350	-350	-350
Kosten	37.516	38.966	38.481	37.913	37.827	37.666	37.599
Saldo Produktgruppe Aufgaben des Landgerichts Hamburg	37.022	38.482	38.252	37.563	37.477	37.316	37.249

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 101 Gerichte

Aufgaben der Hamburger Amtsgerichte							
Erlöse	-1.673	-1.765	-637	-827	-887	-887	-887
Kosten	93.545	96.945	91.486	100.324	100.149	99.599	99.435
Saldo Produktgruppe Aufgaben der Hamburger Amtsgerichte	91.872	95.180	90.849	99.497	99.262	98.712	98.548
Aufgaben der Arbeitsgerichtsbarkeit							
Erlöse	-2	-1	0	0	0	0	0
Kosten	8.974	8.979	7.672	7.954	7.924	7.886	7.869
Saldo Produktgruppe Aufgaben der Arbeitsgerichtsbarkeit	8.972	8.978	7.672	7.954	7.924	7.886	7.869
Aufgaben der Finanzgerichtsbarkeit							
Erlöse	-160	-200	-100	-100	-100	-100	-100
Kosten	3.394	3.413	3.459	3.624	3.619	3.607	3.605
Saldo Produktgruppe Aufgaben der Finanzgerichtsbarkeit	3.234	3.213	3.359	3.524	3.519	3.507	3.505
Aufgaben der Sozialgerichtsbarkeit							
Erlöse	-6	-9	0	0	0	0	0
Kosten	7.305	7.328	9.116	10.141	10.133	10.110	10.088
Saldo Produktgruppe Aufgaben der Sozialgerichtsbarkeit	7.299	7.319	9.116	10.141	10.133	10.110	10.088
Aufgaben des Oberverwaltungsgerichts							
Erlöse	-4	-4	0	-17	-17	-17	-17
Kosten	3.212	3.224	2.773	3.025	3.024	3.017	3.014
Saldo Produktgruppe Aufgaben des Oberverwaltungsgerichts	3.208	3.220	2.773	3.008	3.007	3.000	2.997
Aufgaben des Verwaltungsgerichts							
Erlöse	-44	-37	-54	-14	-14	-14	-14
Kosten	6.720	6.941	7.695	7.225	7.215	7.172	7.168
Saldo Produktgruppe Aufgaben des Verwaltungsgerichts	6.676	6.904	7.642	7.211	7.201	7.158	7.154
Summe der Produktgruppenerlöse	-136.951	-128.404	-140.415	-136.712	-136.772	-136.772	-136.772
Summe Produktgruppenkosten	255.615	261.002	263.977	268.011	267.698	266.796	266.508
Saldo über alle Produktgruppen = Budgetzuweisung zum Regelbudget / Spezialbudget	118.664	132.598	123.562	131.299	130.926	130.024	129.736

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 101 Gerichte

I.4 Beteiligte Besondere Budgetbereiche

Intendantenaufgaben, das Gebäudemanagement, die Gemeinsame Personalverwaltung und Bezügeabrechnung der Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie die Gemeinsame Annahmestelle sind Aufgaben, die in dem Besonderen Budgetbereich Q 01 Behördenverwaltung der Justiz wahrgenommen werden.

I.5 Rechtsgrundlagen

Grundlage für die Aufgabenwahrnehmung der Gerichte ist die Gesamtheit des materiellen und formellen Rechts.

I.6 Grundkennzahlen

Wegen der Unterschiedlichkeit der einzelnen Gerichtsverfahren lassen sich keine für alle Gerichte gültigen Grundzahlen definieren. Die Kennzahlen sind in den einzelnen Produktgruppen ausgewiesen.

	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
-								

I.7 Vergleichskennzahlen

Die folgenden Vergleichskennzahlen sollen einen allgemeinen Eindruck über den Gerichtsstandort Hamburg im Verhältnis zu den Vergleichsstädten vermitteln. Die Daten zur Einwohnerzahl und Richterzahl basieren auf Informationen des statistischen Bundesamtes und des BMJ aus dem Jahr 2007. Die Zahl der Richter bildet die Personalverwendung in Rechtssachen der folgenden Gerichte in den jeweiligen Vergleichsstädte ab: Amtsgericht, Landgericht, Verwaltungsgericht, Sozialgericht und Arbeitsgericht (in München umfasst die Zahl der Richter lediglich das Amtsgericht, das Landgericht und das Arbeitsgericht). Die Daten zur Anzahl Rechtsanwälte stammen von der Bundesrechtsanwaltskammer mit Stand vom 01.01.2009.

	Einheit	Hamburg	Berlin	München	Frankfurt	Stuttgart	Köln
Einwohner	Anzahl	1.743.600	3.395.200	1.259.700	651.900	592.600	995.400
Richter 1. Instanz	Anzahl	505	950	325	307	277	380
Einwohner pro Richter	Anzahl	3.453	3.574	3.876	2.123	2.139	2.619
Rechtsanwälte	Anzahl	8.711	12.049	18.364	16.844	6.628	11.876
Einwohner pro Rechtsanwalt	Anzahl	200	282	69	39	89	84

II. Veranschlagung und Ermächtigung für den Aufgabenbereich 101 Gerichte

II.1 Veranschlagung der Budgetzuweisungen

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Budgetzuweisung zum Regelbudget	-174.454	-179.540	-179.499	-187.836	-187.463	-186.561	-186.273
Budgetzuweisung zum Spezialbudget	55.789	46.941	55.937	56.537	56.537	56.537	56.537
Budgetzuweisung zum Projektbudget							
Summe Budgetarten	-118.665	-132.599	-123.562	-131.299	-130.926	-130.024	-129.736
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Regelbudget				855			
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Spezialbudget							
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Projektbudget							

Anlage 1.2**Aufgabenbereich 101 Gerichte****II.2 Veranschlagung der Zuschussbedarfe**

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
-							

II.3 Im Besonderen Budgetbereich ermächtigte Budgetanteile (Teilfertiger)

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
-							

II.4 Ermächtigung der Budgetzuweisungen des Aufgabenbereichs

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Budgetzuweisung zum Regelbudget	-174.454	-179.540	-179.499	-187.836	-187.463	-186.561	-186.273
Budgetzuweisung zum Spezialbudget	55.789	46.941	55.937	56.537	56.537	56.537	56.537
Budgetzuweisung zum Projektbudget							
Summe Budgetarten	-118.665	-132.599	-123.562	-131.299	-130.926	-130.024	-129.736
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Regelbudget				855			
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Spezialbudget							
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Projektbudget							

II.5 Darin enthaltene Intendanz- und Dienstleistungen aus den Besonderen Budgetbereichen

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Bezeichnung Besonderer Budgetbereich Q01 Behördenverwaltung Justiz	-29.328	-30.337	-34.657	-34.240	-33.609	-32.818	-32.707
Summe	-29.328	-30.337	-34.657	-34.240	-33.609	-32.818	-32.707

II.6 Ermächtigung der Zuschussbedarfe des Aufgabenbereichs

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
-							

II.7 Haushaltrechtliche Regelungen

Die Spezialbudgets der Aufgabenbereiche 100 Staatsanwaltschaften und 101 Gerichte sind gegenseitig deckungsfähig. Das Regelbudget ist im Budgetbereich deckungsfähig zugunsten des Spezialbudgets und der Investitionsmittel, soweit die Erfüllung der Leistungszwecke sichergestellt ist und das Budget nur für bereits bezeichnete Leistungszwecke eingesetzt wird. Fünf vom Hundert des Regelbudgets sind deckungsfähig zugunsten des Regelbudgets der anderen Budgetbereiche im Einzelplan Justiz, soweit die Erfüllung der Leistungszwecke sichergestellt ist und das Budget nur für bereits bezeichnete Leistungszwecke eingesetzt wird. Die Deckungsfähigkeit von Verpflichtungsermächtigungen richtet sich nach der jeweiligen Budgetzuweisung oder dem jeweiligen Zuschuss zu Investitions- oder Darlehensmitteln, für die sie veranschlagt worden sind. Das Regelbudget ist übertragbar, soweit der Leistungszweck fortbesteht und die Ziele im Budgetbereich erreicht sind.
--

III Haushaltsplanung des Aufgabenbereichs 101 Gerichte

III.1 Besonderheiten des Ergebnisplans in den Planjahren

zu Position 1 „Erlöse aus Verwaltungstätigkeit“:

Die Differenz zwischen dem Planwert für 2010 und den Planwerten 2011 ff ist im Wesentlichen begründet durch geringere Erlöse vor allem bei den Mahnverfahren, die durch sinkende Eingangszahlen begründet sind.

zu Position 7 „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“:

Die Kostenplanung im Spezialbudget wurde den Mindererlösen unter Position 1 entsprechend angepasst.

Außerdem wurden Plankosten für die Forensisch medizinischen Dienste und für Gefangenentransport in den Aufgabenbereich Staatsanwaltschaften umgeschichtet.

Dass die Planlinie dieser Position dennoch in etwa gleichbleibend ist, liegt an veränderten Zuordnungen der Plankostenarten zu den Positionen 7, 9 und 12 im Ergebnisplan.

zu Position 8 „Personalkosten“:

Die ausgewiesenen Personalkosten sind das Produkt aus geplanten Vollzeitäquivalenten und zentral vorgegebenen Personalkostenverrechnungssätzen.

Diese Verrechnungssätze berücksichtigen die Tarif- und Besoldungsanpassungen 2010 und die Absenkung bzw. Streichung des Weihnachtsgeldes für Beamtinnen und Beamte.

Die Konsolidierungsverpflichtung aus dem November 2009 in Höhe von 2.910 Tsd.Euro ist bei der Planung der Personalkosten berücksichtigt worden.

zu Position 9 „Kosten für Transferleistungen“:

Hier waren nach der Überleitung die Kosten für Entschädigungen an Beschuldigte in Strafsachen geplant (Haushaltstitel 681.01). Diese Planwerte sind ab 2011 ff auf die Positionen 7 „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“ und 12 „Sonstige Kosten“ übertragen worden.

zu Position 12 „Sonstige Kosten“:

Im Vergleich zum Planwert 2010 weisen die Jahre 2011 ff geringere Planwerte aus. Es handelt sich um Umschichtungen innerhalb des Aufgabenbereiches Gerichte, insbesondere zu Gunsten der Position 7 „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“.

III.2 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
1. Erlöse aus Verwaltungstätigkeit	-135.844	-126.934	-139.714	-136.040	-136.100	-136.100	-136.100
2. + Erlöse aus Transferleistungen	0	0	0	0	0	0	0
3. + Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich	0	0	0	0	0	0	0
4. + Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0
5. + Sonstige Erlöse	-1.106	-1.470	-701	-672	-672	-672	-672
6. + Erlöse aus verrechneten Leistungen	0	0	0	0	0	0	0
7. + Kosten aus Verwaltungstätigkeit	82.690	82.560	82.527	82.228	82.188	82.186	82.161
8. + Personalkosten	143.196	147.687	142.716	149.788	150.286	150.429	150.467
a) Kosten für Entgelte	31.012	32.196	31.838	32.671	32.865	32.947	32.975
b) Kosten für Bezüge	76.272	78.370	76.375	80.741	80.932	80.961	80.965
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	0	0	0	0	0	0	0
d) Kosten für Sozialleistungen	10.574	11.224	9.108	9.559	9.605	9.624	9.627

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 101 Gerichte

e) Kosten für Versorgungsleistungen	25.338	25.898	25.395	26.817	26.884	26.897	26.900
9. + Kosten für Transferleistungen	0	0	1.005	0	0	0	0
10. + Kosten für den Länderfinanzausgleich	0	0	0	0	0	0	0
11. + Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	0	0	723	743	616	388	217
12. + Sonstige Kosten	348	380	2.014	724	724	724	724
13. + Kosten aus verrechneten Leistungen	29.328	30.337	34.657	34.240	33.609	32.818	32.707
14. = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	118.611	132.562	123.228	131.011	130.651	129.773	129.504
15. Erlöse aus Beteiligungen	0	0	0	0	0	0	0
16. + Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
17. + Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
18. + Abschreibungen aus Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0	0	0
19. + Zinsen und ähnliche Kosten	54	37	334	289	275	251	233
20. = Finanzergebnis	54	37	334	289	275	251	233
21. = Ordentliches Ergebnis	118.665	132.598	123.562	131.299	130.926	130.024	129.736
22. Außerordentliche Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
23. + Außerordentliche Kosten	0	0	0	0	0	0	0
24. = Außerordentliches Ergebnis	0						
25. = Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag vor pauschalen Vorgabeerfüllungen	118.665	132.598	123.562	131.299	130.926	130.024	129.736
26. + Pauschale Vorgabeerfüllung	0	0	0	0	0	0	0
27. = Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag nach pauschalen Vorgabeerfüllungen	118.665	132.598	123.562	131.299	130.926	130.024	129.736

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 101 Gerichte

III.3 Besonderheiten des Finanzplans in den Planjahren

--

III.4 Finanzplan des Aufgabenbereichs

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-136.950	-128.403	-140.413	-136.712	-136.772	-136.772	-136.772
2. + Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	200.950	204.767	202.967	202.793	203.176	203.303	203.313
3. = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	64.000	76.364	62.554	66.080	66.403	66.531	66.541
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen	0	0	0	0	0	0	0
5. + Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0	0	0	0	0	0	0
6. + Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0	0
7. + Sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
8. + Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse	0	0	0	0	0	0	0
9. + Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden	0	0	0	0	0	0	0
10. + Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0	0
11. + Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen	2.017	1.139	0	0	0	0	0
12. + Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0	0
13. + Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0
14. = Zuschussbedarf für Investitionsmittel	2.017	1.139	0	0	0	0	0
15. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen	0	0	0	0	0	0	0
16. + Auszahlungen aus gegebenen Darlehen	0	0	0	0	0	0	0
17. = Zuschussbedarf für Darlehen	0	0	0	0	0	0	0
18. = Finanzbedarf an liquiden Mitteln	66.017	77.502	62.554	66.081	66.404	66.531	66.541

Anlage 1.2**Aufgabenbereich 101 Gerichte****III.5 Erläuterung der Investitionsmaßnahmen**

Investitionsmaßnahmen	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
-							

Die Investitionen sind zentral im Besonderen Budgetbereich Q01 Behördenverwaltung der Justiz geplant worden.

III.6 Erläuterung der gesondert veranschlagten Projekte

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
-							

Es gibt im Aufgabenbereich Gerichte keine gesondert veranschlagten Projekte.

III.7 Erläuterung der im Haushalt veranschlagten Darlehen

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
-							

Es gibt im Aufgabenbereich Gerichte keine gesondert veranschlagten Darlehen.

IV. Abbildung der Ziele, Kennzahlen und Produktgruppen des Aufgabenbereichs 101 Gerichte**IV.1 Ziele und Kennzahlen des Aufgabenbereichs**

Die Ziele der Gerichte sind:

- Gewährleistung individuellen und kollektiven Rechtsschutzes
- Schaffung von Rechtssicherheit

Wesentliche Kennzahlen im Bereich der Gerichte sind die Zahl der Neuzugänge in den einzelnen Verfahrensarten. Der Geschäftsanfall ist nicht steuerbar.

Die Kennzahlen sind in den einzelnen Produktgruppen ausgewiesen.

	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014

IV.2 Ziele, Kennzahlen, Kosten und Erlöse der Produktgruppen

IV.2.0 Produktgruppe Zentrale Ansätze

Beschreibung der Produktgruppe

Das Spezialbudget setzt sich zusammen aus den Erlösen und Kosten in Rechtssachen und den Erlösen und Kosten der Gerichtsvollzieher. Im einzelnen sind dies

Erlöse:

- Gerichtsgebühren
- Einnahmen aus Mahnverfahren für Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern
- Geldstrafen und Geldbußen sowie Gerichtsgebühren aus diesen Verfahren
- Gebühreneinnahmen der Gerichtsvollzieher

Kosten:

- Prozesskostenhilfe und Pflichtverteidigerkosten
- Kosten in Betreuungsangelegenheiten
- Kosten für Sachverständige
- Kosten für Zeugen und Dolmetscher
- Zustellkosten Mahnverfahren
- Sonstige Kosten in Rechtssachen (einschl. Reisekosten)
- Kosten für Unterbringungen
- Kosten für Insolvenzverfahren
- Kosten für forensische Ambulanzen
- Entschädigung (auch aus Billigkeitsgründen) an Beschuldigte in Strafsachen und Erstattung außergerichtlicher Kosten an Verfahrensbeteiligte
- Erstattung notwendiger Auslagen an Beschuldigte in Berufsgerichtsverfahren
- Entschädigung für ehrenamtliche Richterinnen und Richter
- Anteilige Erstattung an Mecklenburg-Vorpommern aus Einnahmen des gemeinsamen Mahngerichts
- Kosten der Gerichtsvollzieher (Bürokostenpauschale u. a.)
- Verzinsung hinterlegter Gelder

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Gesamterlöse	-133.886	-124.903	-138.837	-134.837	-134.837	-134.837	-134.837
Gesamtkosten	78.097	77.962	82.900	78.300	78.300	78.300	78.300
Davon Erlöse aus dem Spezialbudget	-133.886	-124.903	-138.837	-134.837	-134.837	-134.837	-134.837
Davon Kosten aus dem Spezialbudget	78.097	77.962	82.900	78.300	78.300	78.300	78.300
Saldo	-55.789	-46.941	-55.937	-56.537	-56.537	-56.537	-56.537

IV.2.1 Produktgruppe Aufgaben des Hanseatischen Oberlandesgerichts

Beschreibung der Produktgruppe

Das Hanseatische Oberlandesgericht ist als Rechtsmittelgericht u.a. zuständig für Straf- und Bußgeldsachen, zivilrechtliche Streitigkeiten einschließlich der Familiensachen. In den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen wird das Hanseatische Oberlandesgericht auch erstinstanzlich tätig. Darüber hinaus hat der Anwaltsgerichtshof in der Freien und Hansestadt Hamburg seinen Sitz bei dem Hanseatischen Oberlandesgericht. Zudem ist das Oberlandesgericht für die Ausbildung und Prüfung des Juristennachwuchses zuständig.

Zugeordnete Produkte

- HOLG Zivilsachen
- HOLG Familiensachen
- HOLG Strafsachen
- HOLG Anwaltsgerichtshof und andere Verfahren
- HOLG Ausbildung und Prüfung des Juristennachwuchses

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 101 Gerichte

Ziele der Produktgruppe								
1. Gewährleistung individuellen Rechtsschutzes								
2. Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch zeitlich angemessene Rechtsprechung bzw. Maßnahmen in Strafverfahren, Zivil- und Familienrechtsstreitigkeiten,								
3. Erhaltung des hohen Standards bei der Ausbildung und Prüfung des Juristennachwuchses								

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
1. HOLG Zivil Berufungen Neuzugänge	Anz.	2.061	2.029	2.200	2.100	2.100	2.100	2.100
2. HOLG Zivil Berufungen Erledigungen	Anz.	2.093	1.928	2.200	2.100	2.100	2.100	2.100
3. HOLG Zivil Berufungen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Mon.	9,5	10,7	8,0	11,0	11,0	11,0	11,0
4. HOLG Zivil Berufungen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten Bundesdurchschnitt	Mon.	7,6	7,9	7,6				
5. HOLG Zivil Beschwerden Neuzugänge	Anz.	1.723	1.481	1.700	1.500	1.500	1.500	1.500
6. HOLG Familie Beschwerden gegen Endentscheidungen Neuzugänge	Anz.	504	543	510	650	650	650	650
7. HOLG Familie Beschwerden gegen Endentscheidungen Erledigungen	Anz.	519	447	510	650	650	650	650
8. HOLG Familie Beschwerden gegen Endentscheidungen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Mon.	7,4	7,6	8,5	7,5	7,5	7,5	7,5
9. HOLG Familie Beschwerden gegen Endentscheidungen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten Bundesdurchschnitt	Mon.	5,1	5,0	5,1				
10. HOLG Familie Sonstige Beschwerden	Anz.	637	665	680	750	750	750	750
11. HOLG Straf Revisionsverfahren Neuzugänge	Anz.	214	185	250	200	200	200	200
12. HOLG Straf Revisionsverfahren Erledigungen	Anz.	226	173	250	200	200	200	200
13. HOLG Straf Revisionsverfahren Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Mon.	1,8	2,2	1,7	2,0	2,0	2,0	2,0
14. HOLG Straf Revisionsverfahren Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten Bundesdurchschnitt	Mon.	1,5	1,4	1,5				
15. HOLG Straf Erstinstanzliche Verfahren	Anz.	0	0	0	0	0	0	0
16. HOLG Ehesachen §1309 BGB Neuzugänge	Anz.	691	768	720	800	800	800	800
17. Juristenausbildung Durchschn. Anzahl der Referendare	Anz.	742	739	745	625	625	625	625
18. Juristenausbildung I. Staatsexamen Anzahl Prüfungsanmeldungen	Anz.	480	398	500	450	450	450	450
19. Juristenausbildung I. Staatsexamen Bestandene Prüfungen in %	Proz.	73,2	78,4	72,5	72,5	72,5	72,5	72,5
20. Juristenausbildung I. Wiederholungsprüfungen zur Notenverbesserung	Anz.	60	67	70	75	75	75	75
21. Juristenausbildung II. Staatsexamen Anzahl Prüfungsanmeldungen	Anz.	914	915	920	910	890	880	880
22. Juristenausbildung II. Staatsexamen Bestandene Prüfungen in %	Proz.	86,7	79,0	86,5	86,5	86,5	86,5	86,5

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 101 Gerichte

23. Juristenausbildung II Wiederholungsprüfungen zur Notenverbesserung	Anz.		130	100	130	130	130	130
Kosten und Erlöse		Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Gesamterlöse		-682	-1.001	-556	-567	-567	-567	-567
Gesamtkosten		16.852	17.244	20.394	19.506	19.507	19.440	19.431
Davon Erlöse aus dem Spezialbudget								
Davon Kosten aus dem Spezialbudget								
Saldo		16.170	16.243	19.839	18.939	18.940	18.873	18.864

IV.2.2 Produktgruppe Aufgaben des Landgerichts Hamburg

Beschreibung der Produktgruppe

Das Landgericht ist zuständig für Strafsachen, zivilrechtliche Streitigkeiten und Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie Führungsaufsichtssachen.

Zugeordnete Produkte

- LG Zivilsachen I. Instanz
- LG Zivilsachen II. Instanz
- LG Kammern für Handelssachen
- LG Strafsachen
- LG Strafvollstreckungssachen/ Strafvollzugssachen
- LG Führungsaufsicht

Ziele der Produktgruppe

In der Referenzperiode werden folgende Ziele verfolgt:

1. Gewährleistung individuellen Rechtsschutzes
2. Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch zeitlich angemessene Rechtsprechung bzw. Maßnahmen in Strafverfahren, Zivilrechtsstreitigkeiten und Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Führungsaufsicht

Erläuterung zu den Kennzahlen

Bei den Kennzahlen 24 und 25 sind im Plan für 2010 auch die Zahlen für die Kammern für Handelssachen enthalten. Diese Darstellung wird mit dem Haushalt 2011/ 2012 verändert. Die Zahlen der Kammern für Handelssachen werden nun ausschließlich in den Kennzahlen 33 bis 36 dargestellt. Die Ist-Zahlen 2008/2009 wurden entsprechend angepasst.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
24. LG Civil Klagen Neuzugänge ohne Handelssachen	Anz.	14.039	14.565	17.000	14.000	14.000	14.000	14.000
25. LG Civil Klagen Erledigungen ohne Handelssachen	Anz.	14.137	13.000	17.500	14.000	14.000	14.000	14.000
26. LG Civil Klagen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Mon.	7,2	7,4	7,0	7,5	7,5	7,5	7,5
27. LG Civil Klagen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten Bundesdurchschnitt	Mon.	8,3	8,4	8,3				
28. LG Civil Berufungen Neuzugänge	Anz.	1.809	1.836	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800
29. LG Civil Berufungen Erledigungen	Anz.	1.800	1.744	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800
30. LG Civil Berufungen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Mon.	5,6	6,0	5,6	6,0	6,0	6,0	6,0

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 101 Gerichte

31. LG Zivil Berufungen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten Bundesdurchschnitt	Mon.	5,5	5,7	5,5				
32. LG Zivil Beschwerden Neuzugänge	Anz.	2.830	2.826	3.000	2.800	2.800	2.800	2.800
33. LG Zivil Kammern für Handels-sachen Klagen Neuzugänge	Anz.	2.884	2.546	3.000	2.800	2.800	2.800	2.800
34. LG Zivil Kammern für Handels-sachen Klagen Erledigungen	Anz.	3.101	2.620	3.150	2.800	2.800	2.800	2.800
35. LG Zivil Kammern für Handels-sachen Klagen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Mon.	6,5	6,8	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5
36. LG Zivil Kammern für Handels-sachen Klagen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten Bundesdurchschnitt	Mon.	6,5	6,5	6,5				
37. LG erstinstanzliche Strafsa-chen Neuzugänge	Anz.	317	326	400	320	320	320	320
38. LG erstinstanzliche Strafsa-chen Erledigungen	Anz.	336	325	400	320	320	320	320
39. LG erstinstanzliche Strafsa-chen Durchschn. Verfahrens-dauer in Monaten	Mon.	8,4	6,4	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0
40. LG erstinstanzliche Strafsa-chen Durchschn. Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten Bundesdurchschnitt	Mon.	6,3	6,2	6,3				
41. LG Berufungen in Strafsachen Neuzugänge	Anz.	1.747	1.510	2.000	1.600	1.600	1.600	1.600
42. LG Berufungen in Strafsachen Erledigungen	Anz.	1.720	1.581	2.000	1.650	1.650	1.650	1.650
43. LG Berufungen in Strafsachen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Mon.	3,5	3,7	3,8	3,6	3,6	3,6	3,6
44. LG Berufungen in Strafsachen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten Bundesdurchschnitt	Mon.	4,3	4,4	4,3				
45. LG Große Strafvollstreckungs-kammern Neuzugänge	Anz.	170	230	110	230	230	230	230
46. LG Kleine Strafvollstreckungs-kammern Neuzugänge	Anz.	3.701	4.225	4.500	4.000	4.000	4.000	4.000
47. LG Führungsaufsichtssachen Neuzugänge	Anz.	174	117	200	100	100	100	100
48. LG laufende Führungsauf-sichtssachen	Anz.	769	807	850	800	800	800	800
Kosten und Erlöse		Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Gesamterlöse		-494	-484	-230	-350	-350	-350	-350
Gesamtkosten		37.516	38.966	38.481	37.913	37.827	37.666	37.599
Davon Erlöse aus dem Spezialbudget								
Davon Kosten aus dem Spezialbudget								
Saldo		37.022	38.482	38.252	37.563	37.477	37.316	37.249

IV.2.3 Produktgruppe Aufgaben der Hamburger Amtsgerichte

Beschreibung der Produktgruppe

Die Amtsgerichte sind zuständig für Straf- und Bußgeldsachen und zivilrechtlichen Streitigkeiten einschließlich der Familiensachen, das gerichtliche Mahnverfahren, die Zwangsvollstreckungssachen und die Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzverfahren.

Hinzu kommen unter anderem die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, insbesondere die Betreuungs-, Grundbuch-, Nachlass- und Registersachen, wie z. B. Handelsregister und Vereinsregister.

Zugeordnete Produkte

- AG Zivil- und Zwangsvollstreckungssachen
- AG Strafsachen
- AG Familien-, Vormundschafts- und Betreuungssachen
- AG Sonstige Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

Ziele der Produktgruppe

In der Referenzperiode werden folgende Ziele verfolgt:

1. Gewährleistung individuellen Rechtsschutzes
2. Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch zeitlich angemessene Rechtsprechung bzw. Maßnahmen in Strafverfahren, Zivil- und Familienrechtsstreitigkeiten und Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
49. AG Zivil Klagen Neuzugänge	Anz.	41.731	40.224	41.000	40.000	40.000	40.000	40.000
50. AG Zivil Klagen Erledigungen	Anz.	41.542	40.126	41.000	40.000	40.000	40.000	40.000
51. AG Zivil Klagen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Mon.	4,2	4,5	4,2	4,5	4,5	4,5	4,5
52. AG Zivil Klagen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten Bundesdurchschnitt	Mon.	4,5	4,6	4,2				
53. AG Mahnsachen Anträge (Gemeinsames Mahngericht mit Mecklenburg-Vorpommern)	Anz.	594.777	521.834	600.000	525.000	525.000	525.000	525.000
54. AG Regelinsolvenz Anträge	Anz.	1.945	2.168	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
55. AG Verbraucherinsolvenz Anträge	Anz.	2.989	2.985	3.200	3.000	3.000	3.000	3.000
56. AG Strafrichter Neuzugänge	Anz.	15.193	15.662	16.500	15.000	15.000	15.000	15.000
57. AG Strafrichter Erledigungen	Anz.	16.532	15.329	16.500	15.000	15.000	15.000	15.000
58. AG Strafrichter Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Mon.	4,5	3,9	4,6	4,2	4,2	4,2	4,2
59. AG Straf Jugendrichter Neuzugänge	Anz.	5.493	5.174	6.000	5.000	5.000	5.000	5.000
60. AG Straf Jugendrichter Erledigungen	Anz.	5.820	5.147	6.000	5.000	5.000	5.000	5.000
61. AG Straf Jugendrichter Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Mon.	3,4	3,3	3,5	3,3	3,3	3,3	3,3
62. AG Straf insgesamt Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten Bundesdurchschnitt	Mon.	4,0	3,9	4,2				
63. AG Familiensachen Neuzugänge	Anz.	13.795	14.375	13.500	16.000	16.000	16.000	16.000
64. AG Familiensachen Erledigungen	Anz.	14.152	13.885	14.000	16.000	16.000	16.000	16.000
65. AG Familiensachen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Mon.	6,8	7,7	7,0	7,0	7,0	7,0	7,0
66. AG Familiensachen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten Bundesdurchschnitt	Mon.	8,0	7,9	8,5				

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 101 Gerichte

67. AG Anzahl laufende Betreuungen	Anz.	24.000	23.590	23.000	23.500	23.500	23.500	23.500
68. AG Anzahl eingereichte Urkunden in Grundbuchsachen	Anz.	80.099	79.380	80.000	75.000	75.000	75.000	75.000
69. AG Anzahl eingetragene Firmen im Handelsregister	Anz.	64.242	65.750	63.000	70.000	70.000	70.000	70.000
70. AG Anzahl eingetragene Seeschiffe	Anz.	5.152	5.348	5.000	5.400	5.400	5.400	5.400
Kosten und Erlöse		Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Gesamterlöse		-1.673	-1.765	-637	-827	-887	-887	-887
Gesamtkosten		93.545	96.945	91.486	100.324	100.149	99.599	99.435
Davon Erlöse aus dem Spezialbudget								
Davon Kosten aus dem Spezialbudget								
Saldo		91.872	95.180	90.849	99.497	99.262	98.712	98.548

IV.2.4 Produktgruppe Aufgaben der Landesarbeitsgerichts und des Arbeitsgerichts Hamburg

Beschreibung der Produktgruppe

Die Arbeitsgerichte gewähren den individuellen und kollektiven Rechtsschutz in Arbeitssachen und Zwangsvollstreckungsangelegenheiten.

Das Arbeitsgericht ist zuständig für die in §§ 2, 2a des Arbeitsgerichtsgesetzes aufgeführten Rechtsstreitigkeiten und Beschlusssachen. Das Landesarbeitsgericht entscheidet im zweiten Rechtszug über Berufungen gegen Urteile und Beschwerden gegen Beschlüsse des Arbeitsgerichts.

Wesentliche Kennzahlen im Bereich der Arbeitsgerichte sind die Zahl der Neuzugänge in den einzelnen Verfahrensarten sowie die durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Geschäftsanfall der Arbeitsgerichte nicht steuerbar ist. Der Geschäftsanfall des Arbeitsgerichts ist überwiegend von der Arbeitsmarktlage abhängig.

Zugeordnete Produkte

- ArbG Erstinstanzlicher Rechtsschutz in Arbeitsrechtssachen
- LArbG Zweitinstanzlicher Rechtsschutz in Arbeitsrechtssachen

Ziele der Produktgruppe

In der Referenzperiode werden folgende Ziele verfolgt:

1. Gewährleistung individuellen und kollektiven Rechtsschutzes
2. Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch zügige Rechtsprechung

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
71. ArbG Klagen in Arbeitsrechtssachen Neuzugänge	Anz.	12.506	13.968	12.506	12.500	12.500	12.500	12.500
72. ArbG Klagen in Arbeitsrechtssachen Erledigungen	Anz.	12.224	13.365	12.224	12.500	12.500	12.500	12.500
73. ArbG Klagen in Arbeitsrechtssachen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Mon.	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7
74. ArbG Klagen in Arbeitsrechtssachen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten Bundesdurchschnitt	Mon.	3,2	3,0	3,2				

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 101 Gerichte

75. ArbG Beschlussverfahren in Arbeitsrechtssachen Neuzugänge	Anz.	745	753	745	750	750	750	750
76. ArbG Beschlussverfahren in Arbeitsrechtssachen Erledigungen	Anz.	721	646	721	750	750	750	750
77. ArbG Beschlussverfahren in Arbeitsrechtssachen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Mon.	4,0	4,9	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0
78. ArbG Beschlussverfahren in Arbeitsrechtssachen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten Bundesdurchschnitt	Mon.	3,4	3,6	3,6				
79. LArbG Berufungen in Arbeitsrechtssachen Neuzugänge	Anz.	787	700	787	780	750	750	750
80. LArbG Berufungen in Arbeitsrechtssachen Erledigungen	Anz.	684	705	684	780	750	750	750
81. LArbG Berufungen in Arbeitsrechtssachen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Mon.	6,8	6,6	6,8	6,8	6,8	6,8	6,8
82. LArbG Berufungen in Arbeitsrechtssachen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten Bundesdurchschnitt	Mon.	6,3	6,4	6,3				
83. LArbG Beschwerden in Beschlussverfahren in Arbeitsrechtssachen Neuzugänge	Anz.	104	91	104	105	105	105	105
84. LArbG Beschwerden in Beschlussverfahren in Arbeitsrechtssachen Erledigungen	Anz.	106	85	106	105	105	105	105
85. LArbG Beschwerden in Beschlussverfahren in Arbeitsrechtssachen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Mon.	5,4	5,6	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4
86. LArbG Beschwerden in Beschlussverfahren in Arbeitsrechtssachen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten Bundesdurchschnitt	Mon.	5,2	6,0	5,2				
87. LArbG Beschwerden nach §§ 78, 83 Abs. 5 ArbGG Neuzugänge	Anz.	159	180	204	210	210	210	210
88. LArbG Beschwerden nach §§ 78, 83 Abs. 5 ArbGG Erledigungen	Anz.	253	179	238	210	210	210	210

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 101 Gerichte

Kosten und Erlöse	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Gesamterlöse	-2	-1	0	0	0	0	0
Gesamtkosten	8.974	8.979	7.672	7.954	7.924	7.886	7.869
Davon Erlöse aus dem Spezialbudget							
Davon Kosten aus dem Spezialbudget							
Saldo	8.972	8.978	7.672	7.954	7.924	7.886	7.869

IV.2.5 Produktgruppe Aufgaben des Finanzgerichts Hamburg

Beschreibung der Produktgruppe

Das Finanzgericht Hamburg ist für öffentlich-rechtliche Streitigkeiten über Steuer-, Zoll- und Marktordnungsrecht sowie Kindergeldsachen zuständig.

Der Geschäftsanfall wird durch die Änderungen in den jeweiligen Rechtsgebieten und die Ausführung der gesetzlichen Regelungen durch die Finanzämter, Hauptzollämter und Familienkassen beeinflusst.

Zugeordnete Produkte

- FG Rechtsschutz in Steuersachen sämtlicher Hamburger Finanzämter
- FG Rechtsschutz in Zoll- und Verbrauchssteuersachen sowie in Sachen des Marktordnungsrechts für den Bereich der Länder Freie und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein
- FG Rechtsschutz in Verfahren betreffend Familienleistungsausgleich (Kindergeldsachen)

Ziele der Produktgruppe

In der Referenzperiode werden folgende Ziele verfolgt:

1. Gewährleistung individuellen Rechtsschutzes des Bürgers gegenüber dem Staat
2. Herstellung von Rechtssicherheit sowie damit zusammenhängender Serviceleistungen

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
89. FG Klagen Neuzugänge	Anz.	1.407	1.305	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200
90. FG Klagen Erledigungen	Anz.	1.485	1.582	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200
91. FG Klagen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Mon.	10,9	10,8	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0
92. FG Klagen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten Bundesdurchschnitt	Mon.	18,0	18,1	18,5				
93. FG einstweiliger Rechtsschutz Neuzugänge	Anz.	212	272	220	220	220	220	220
94. FG einstweiliger Rechtsschutz Erledigungen	Anz.	221	276	220	220	220	220	220
95. FG einstweiliger Rechtsschutz Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Mon.	4,3	3,2	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8
96. FG einstweiliger Rechtsschutz Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten Bundesdurchschnitt	Mon.	4,0	4,1	4,0				

Kosten und Erlöse	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Gesamterlöse	-160	-200	-100	-100	-100	-100	-100
Gesamtkosten	3.394	3.413	3.459	3.624	3.619	3.607	3.605
Davon Erlöse aus dem Spezialbudget							
Davon Kosten aus dem Spezialbudget							
Saldo	3.234	3.213	3.359	3.524	3.519	3.507	3.505

IV.2.6 Produktgruppe Aufgaben des Landessozialgerichts und des Sozialgerichts Hamburg

Beschreibung der Produktgruppe

Die Sozialgerichte entscheiden über öffentlich-rechtliche Streitigkeiten in Angelegenheiten der Sozialversicherung (einschließlich private Pflegeversicherung und Kassenarztrecht), der Arbeitslosenversicherung und der übrigen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit, des sozialen Entschädigungsrechts sowie in Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende, der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 101 Gerichte

Zugeordnete Produkte

- SG Erstinstanzlicher Rechtsschutz in Sozialrechtssachen
- LSG Erstinstanzlicher Rechtsschutz (nach § 29 Abs. 2 SGG)
- LSG Zweitinstanzlicher Rechtsschutz in Sozialrechtssachen
- LSG/SG Rechtsantragsdienst

Ziele der Produktgruppe

In der Referenzperiode werden folgende Ziele verfolgt:

1. Gewährleistung individuellen Rechtsschutzes
2. Herstellung von Rechtssicherheit durch zügige Rechtsprechung

Erläuterung zu den Kennzahlen

Bei den Kennzahlen 113 bis 116 werden nur noch die Beschwerden im einstweiligen Rechtsschutz in Sozialrechtssachen dargestellt. Der Plan 2010 ist entsprechend angepasst worden. Ist-Werte für 2008 liegen nicht vor.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
97. SG Klagen in Sozialrechtssachen Neuzugänge	Anz.	7.262	7.321	7.262	7.300	7.300	7.300	7.300
98. SG Klagen in Sozialrechtssachen Erledigungen	Anz.	7.822	7.111	7.822	7.300	7.300	7.300	7.300
99. SG Klagen in Sozialrechtssachen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Mon.	16,6	16,9	16,6	16,5	16,5	16,5	16,5
100. SG Klagen in Sozialrechtssachen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten Bundesdurchschnitt	Mon.	13,5	14,0	13,5				
101. SG einstweiliger Rechtsschutz in Sozialrechtssachen Neuzugänge	Anz.	1.996	2.383	1.996	2.300	2.300	2.300	2.300
102. SG einstweiliger Rechtsschutz in Sozialrechtssachen Erledigungen	Anz.	1.930	2.361	1.930	2.300	2.300	2.300	2.300
103. SG einstweiliger Rechtsschutz in Sozialrechtssachen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Mon.	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
104. SG einstweiliger Rechtsschutz in Sozialrechtssachen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten Bundesdurchschnitt	Mon.	1,3	1,2	1,3				
105. LSG Berufungen in Sozialrechtssachen Neuzugänge	Anz.	561	545	561	500	500	500	500
106. LSG Berufungen in Sozialrechtssachen Erledigungen	Anz.	477	670	477	500	500	500	500
107. LSG Berufungen in Sozialrechtssachen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Mon.	16,7	18,6	16,7	20,0	20,0	20,0	20,0
108. LSG Berufungen in Sozialrechtssachen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten Bundesdurchschnitt	Mon.	14,3	16,1	14,3				
109. LSG einstweiliger Rechtsschutz in Sozialrechtssachen Neuzugänge	Anz.	74	28	74	25	25	25	25

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 101 Gerichte

110. LSG einstweiliger Rechtsschutz in Sozialrechtssachen Erledigungen	Anz.	79	35	79	25	25	25	25
111. LSG einstweiliger Rechtsschutz in Sozialrechtssachen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Mon.	1,9	2,0	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9
112. LSG einstweiliger Rechtsschutz in Sozialrechtssachen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten Bundesdurchschnitt	Mon.	2,4	2,7	2,4				
113. LSG Beschwerden im einstweiligen Rechtsschutz in Sozialrechtssachen Neuzugänge	Anz.		315	350	350	350	350	350
114. LSG Beschwerden im einstweiligen Rechtsschutz in Sozialrechtssachen Erledigungen	Anz.		318	350	350	350	350	350
115. LSG Beschwerden im einstweiligen Rechtsschutz in Sozialrechtssachen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Mon.		2,2	2,4	2,0	2,0	2,0	2,0
116. LSG Beschwerden im einstweiligen Rechtsschutz in Sozialrechtssachen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten Bundesdurchschnitt	Mon.		2,7	2,7				
Kosten und Erlöse		Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Gesamterlöse		-6	-9	0	0	0	0	0
Gesamtkosten		7.305	7.328	9.116	10.141	10.133	10.110	10.088
Davon Erlöse aus dem Spezialbudget								
Davon Kosten aus dem Spezialbudget								
Saldo		7.299	7.319	9.116	10.141	10.133	10.110	10.088

IV.2.7 Produktgruppe Aufgaben des Hamburgischen Oberverwaltungsgerichts

Beschreibung der Produktgruppe

Das Oberverwaltungsgericht ist die Rechtsmittelinstanz für Verwaltungsstreitverfahren und in Personalvertretungs-, Disziplinar- und Heilberufsangelegenheiten sowie erste Instanz für Normenkontroll- und Großverfahren. Neben der Rechtsprechung werden auch alternative Mittel der Streitbeilegung z.B. Mediation angeboten.

Zugeordnete Produkte

- OVG Erstinstanzlicher Rechtsschutz (Normenkontrollverfahren u. Großverfahren gem. § 48 Abs. 1 VwGO)
- OVG Zweitinstanzlicher Rechtsschutz (Berufungszulassungen//Berufungen sowie Beschwerden ohne Beschwerden in NC-Verfahren)
- OVG Beschwerden in einstweiligen Rechtsschutzverfahren in Hochschul-Zulassungsverfahren (NC-Verfahren)

Ziele der Produktgruppe

In der Referenzperiode werden folgende Ziele verfolgt:

1. Effektiver und rechtzeitiger Rechtsschutz gegenüber Akten öffentlicher Gewalt
2. Bewahrung und Herstellung von Rechtsfrieden und Rechtssicherheit auch durch Leitentscheidungen

Der Bundesdurchschnitt in Klageverfahren (Kennzahl 120) enthält kleine Normenkontrollverfahren, die in Hamburg nicht zulässig sind.

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 101 Gerichte

Die Kennzahlen 121 bis 125 (Berufungen und Berufungszulassungen) umfassen jetzt die allgemeinen Sachen, die Asyl- und die NC-Verfahren.

Die Kennzahlen 125 bis 128 sind entsprechend einer neuen bundeseinheitlichen Darstellung ohne die NC-Verfahren gebildet worden, da deren Verfahrensdauern durch die Zulassungsfristen der Hochschulen mitbestimmt sind und deshalb die Vergleichswerte verzerrt.

Die relativ langen Verfahrensdauern zu Kennzahl 130-132 sind auch dadurch begründet. Die Planwerte auch für 2010 sind entsprechend angepasst worden.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
117. OVG Klagen Neuzugänge	Anz.	14	11	10	12	12	12	12
118. OVG Klagen Erledigungen	Anz.	10	11	10	12	12	12	12
119. OVG Klagen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Mon.	41,7	24,8	27,4	35,0	30,0	25,0	25,0
120. OVG Klagen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten Bundesdurchschnitt	Mon.	14,0	14,6	14,0				
121. OVG Berufungen und Berufungszulassungen (inkl. Asyl- und NC-Verfahren) Neuzugänge	Anz.	577	479	500	450	450	450	450
122. OVG Berufungen und Berufungszulassungen (inkl. Asyl- und NC-Verfahren) Erledigungen	Anz.	498	459	500	450	450	450	450
123. OVG Berufungen und Berufungszulassungen (inkl. Asyl- und NC-Verfahren) Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Mon.	22,5	18,7	17,9	15,0	12,0	12,0	12,0
124. OVG Berufungen und Berufungszulassungen (inkl. Asyl- und NC-Verfahren) Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten Bundesdurchschnitt	Mon.	10,2	10,5	10,2				
125. OVG Beschwerden im einstweiligen Rechtsschutz (ohne NC-Verfahren) Neuzugänge	Anz.	243	279	285	270	270	270	270
126. OVG Beschwerden im einstweiligen Rechtsschutz (ohne NC-Verfahren) Erledigungen	Anz.	267	282	263	270	270	270	270
127. OVG Beschwerden im einstweiligen Rechtsschutz (ohne NC-Verfahren) Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Mon.	3,9	2,5	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6
128. OVG Beschwerden im einstweiligen Rechtsschutz (ohne NC-Verfahren) Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten Bundesdurchschnitt	Mon.	3,0	2,7	3,0				
129. OVG Beschwerden im einstweiligen Rechtsschutz in NC-Verfahren Neuzugänge	Anz.	258	136	133	250	250	250	250
130. OVG Beschwerden im einstweiligen Rechtsschutz in NC-Verfahren Erledigungen	Anz.	264	182	147	250	250	250	250

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 101 Gerichte

131. OVG Beschwerden im einstweiligen Rechtsschutz in NC-Verfahren Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten	Mon.	5,3	7,1	7,1	6,0	6,0	6,0	6,0
132. OVG sonstiger Geschäftsanfall Neuzugänge	Anz.	231	213	205	230	230	230	230
Kosten und Erlöse		Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Gesamterlöse		-4	-4	0	-17	-17	-17	-17
Gesamtkosten		3.212	3.224	2.773	3.025	3.024	3.017	3.014
Davon Erlöse aus dem Spezialbudget								
Davon Kosten aus dem Spezialbudget								
Saldo		3.208	3.220	2.773	3.008	3.007	3.000	2.997

IV.2.8 Produktgruppe Aufgaben des Verwaltungsgerichts Hamburg

Beschreibung der Produktgruppe

Das Verwaltungsgericht ist grundsätzlich die Eingangsinstanz für Verwaltungsstreitverfahren sowie in Disziplinar- und Personalvertretungsangelegenheiten. Dem Verwaltungsgericht ist das Berufsgericht für die Heilberufe angegliedert.

Neben der Rechtsprechungstätigkeit werden alternative Mittel der Streitbeilegung angeboten (z.B. Mediation).

Zugeordnete Produkte

- VG Rechtsschutz in allgemeinen Sachen
- VG Rechtsschutz in Asylsachen
- VG Rechtsschutz in Hochschul-Zulassungsverfahren (NC-Verfahren)

Ziele der Produktgruppe

In der Referenzperiode werden folgende Ziele verfolgt:

1. Gewährung von individuellem Rechtsschutz und Rechtsfrieden
2. Schaffung von Rechtssicherheit auch durch Leitentscheidungen für die Verwaltung durch zeitlich angemessene Rechtsprechung

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
133. VG Klagen in allgemeinen Sachen (inkl. NC) Neuzugänge	Anz.	2.315	2.160	2.184	2.200	2.200	2.200	2.200
134. VG Klagen in allgemeinen Sachen (inkl. NC) Erledigungen	Anz.	2.934	2.379	2.600	2.200	2.200	2.200	2.200
135. VG Klagen in allgemeinen Sachen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Mon.	14,6	15,3	14,6	14,6	14,6	14,6	14,6
136. VG Klagen in allgemeinen Sachen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten Bundesdurchschnitt	Mon.	11,9	11,1	13,7				
137. VG Klagen in Asylsachen Neuzugänge	Anz.	445	326	445	450	450	450	450
138. VG Klagen in Asylsachen Erledigungen	Anz.	847	469	600	450	450	450	450
139. VG Klagen in Asylsachen Durchschn. Verfahrensdauer in Monaten	Mon.	21,4	21,2	21,4	21,4	21,4	21,4	21,4
140. VG Klagen in Asylsachen Durchschn. Verfahrens-	Mon.	15,2	12,2	14,8				

Anlage 1.2

Aufgabenbereich 101 Gerichte

dauer in Monaten Bundesdurchschnitt								
141. VG Einstweiliger Rechts-schutz (inkl. NC) Neuzu-gänge	Anz.	3.055	3.409	3.400	3.400	3.400	3.400	3.400
142. VG Einstweiliger Rechts-schutz (inkl. NC) Erledi-gungen	Anz.	3.011	3.457	3.400	3.400	3.400	3.400	3.400
143. VG Einstweiliger Rechts-schutz (inkl. NC) Durchschn. Verfahrens-dauer in Monaten	Mon.	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7
144. VG Einstweiliger Rechts-schutz (inkl. NC) Durchschn. Verfahrens-dauer in Monaten Bundesdurchschnitt	Mon.	2,3	2,2	2,2				
145. VG Einstweiliger Rechts-schutz in NC-Verfahren Neuzugänge	Anz.	2.104	2.117	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200
146. VG Einstweiliger Rechts-schutz in NC-Verfahren Erledigungen	Anz.	2.033	2.190	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200
147. VG Einstweiliger Rechts-schutz in NC-Verfahren Durchschnittliche Verfah-rendauer in Monaten	Mon.	1,5	1,4	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
Kosten und Erlöse		Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Gesamterlöse		-44	-37	-54	-14	-14	-14	-14
Gesamtkosten		6.720	6.941	7.695	7.225	7.215	7.172	7.168
Davon Erlöse aus dem Spezialbudget								
Davon Kosten aus dem Spezialbudget								
Saldo		6.676	6.904	7.642	7.211	7.201	7.158	7.154

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 101 Gerichte

V. Übersicht über die Vollzeitäquivalente des Aufgabenbereichs 101 Gerichte

V.1 Übersicht über die Vollzeitäquivalente nach Laufbahngruppen

	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 1				706,54	706,54	706,54	706,54
Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter der Laufbahngruppe 2				1.007,08	1.007,08	1.007,08	1.007,08
Summe der Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter			1.651,93	1.713,62	1.713,62	1.713,62	1.713,62
Tarifbeschäftigte Äquivalent Laufbahngruppe 1				780,16	780,16	780,16	780,16
Tarifbeschäftigte Äquivalent Laufbahngruppe 2				637,97	637,97	637,97	637,97
Summe der Tarifbeschäftigteten			777,56	1.418,13	1.418,13	1.418,13	1.418,13
Gesamtsumme			2.429,48	3.131,75	3.131,75	3.131,75	3.131,75

V.2 Übersicht über die Vollzeitäquivalente nach Wertigkeit – Beamtinnen/Beamte, Richterinnen/Richter

	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
<i>Laufbahngruppe 1</i>							
A 3				0,00	0,00	0,00	0,00
A 4				17,00	17,00	17,00	17,00
A 5				45,50	45,50	45,50	45,50
A 6				49,85	49,85	49,85	49,85
A 7				222,37	221,87	221,87	221,87
A 8				195,82	196,32	196,32	196,32
A 9				176,00	176,00	176,00	176,00
Nachwuchskräfte (ehemals: mittlerer Dienst)				0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Laufbahngruppe 1				706,54	706,54	706,54	706,54
<i>Laufbahngruppe 2</i>							
A 9				27,03	27,03	27,03	27,03
A 10				74,50	74,50	74,50	74,50
A 11				111,73	111,73	111,73	111,73
A 12				62,15	62,15	62,15	62,15
A 13				27,00	27,00	27,00	27,00
A 14				0,00	0,00	0,00	0,00
A 15				0,00	0,00	0,00	0,00
A 16				0,00	0,00	0,00	0,00
Nachwuchskräfte 1. Einstiegsamt (ehemals: gehobener Dienst)				0,00	0,00	0,00	0,00
Nachwuchskräfte 2. Einstiegsamt (ehemals: höherer Dienst)				0,00	0,00	0,00	0,00
B 1				0,00	0,00	0,00	0,00
B 2				0,00	0,00	0,00	0,00
B 3				0,00	0,00	0,00	0,00
B 4				0,00	0,00	0,00	0,00
B 5				0,00	0,00	0,00	0,00
B 6				0,00	0,00	0,00	0,00
B 7				0,00	0,00	0,00	0,00
B 8				0,00	0,00	0,00	0,00
B 9				0,00	0,00	0,00	0,00
B 10				0,00	0,00	0,00	0,00
B 11				0,00	0,00	0,00	0,00
R 1				442,92	442,92	442,92	442,92
R 2				215,90	215,90	215,90	215,90
R 3				36,85	36,85	36,85	36,85
R 4				2,00	2,00	2,00	2,00
R 5				1,00	1,00	1,00	1,00

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 101 Gerichte

R 6				5,00	5,00	5,00	5,00
R 7				0,00	0,00	0,00	0,00
R 8				1,00	1,00	1,00	1,00
W 1				0,00	0,00	0,00	0,00
W 2				0,00	0,00	0,00	0,00
W 3				0,00	0,00	0,00	0,00
C 1				0,00	0,00	0,00	0,00
C 2				0,00	0,00	0,00	0,00
C 3				0,00	0,00	0,00	0,00
C 4				0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Laufbahngruppe 2				1.007,08	1.007,08	1.007,08	1.007,08
Textfeld für eventuelle Erläuterungen							

V.3 Übersicht über Vollzeitäquivalente nach Wertigkeit – Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer

	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
<i>Äquivalent Laufbahngruppe 1</i>							
E 1				0,00	0,00	0,00	0,00
E 2				42,67	42,67	42,67	42,67
E 2 Ü				1,00	1,00	1,00	1,00
E 3				17,00	17,00	17,00	17,00
E 4				1,00	1,00	1,00	1,00
E 5				134,60	134,60	134,60	134,60
E 6				404,00	404,00	404,00	404,00
E 7				0,00	0,00	0,00	0,00
E 8				116,85	116,85	116,85	116,85
E 9				63,04	63,04	63,04	63,04
Nachwuchskräfte				0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Äquivalent Laufbahngruppe 1				780,16	780,16	780,16	780,16
<i>Äquivalent Laufbahngruppe 2</i>							
E 9				13,78	13,78	13,78	13,78
E 10				6,69	6,69	6,69	6,69
E 11				14,50	14,50	14,50	14,50
E 12				3,00	3,00	3,00	3,00
E 13				0,00	0,00	0,00	0,00
E 13 Ü				0,00	0,00	0,00	0,00
E 14				0,00	0,00	0,00	0,00
E 15				0,00	0,00	0,00	0,00
E 15 Ü				0,00	0,00	0,00	0,00
Rechtsreferendare				600,00	600,00	600,00	600,00
Summe Äquivalent Laufbahngruppe 2				637,97	637,97	637,97	637,97
Textfeld für eventuelle Erläuterungen							

VI. Wirtschaftspläne

Es gibt in diesem Aufgabenbereich keinen Wirtschaftsplan.

Einzelplan 2.0 Behörde für Justiz und Gleichstellung

I. Allgemeine Erläuterungen zum Aufgabenbereich 102 Justizvollzug

I.1 Politische Ziele

Optimierung des Justizvollzugs im Hinblick auf die Vermeidung von Rückfällen in Straffälligkeit bei gleichzeitigem Schutz der Bevölkerung vor Straftäterinnen und Straftätern.

Folgende fachlichen Entwicklungen sollen 2011/2012 schwerpunktmaßig verfolgt werden:

- Neustrukturierung des Hamburgischen Justizvollzugs und Weiterentwicklung des offenen Vollzugs
- Optimierung der ambulanten und stationären Resozialisierung in Hamburg
- bedarfsgerechte Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme für Gefangene anbieten
- kontinuierliche Überprüfung der Sicherheitseinrichtungen der Vollzugsanstalten
- Gestaltung des Vollzugs der Sicherungsverwahrung nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes

I.2 Aufgabenschwerpunkt

Der Justizvollzug sichert die Durchsetzung von freiheitsentziehenden Maßnahmen mit Ausnahme des Maßregelvollzuges.

Je nach Haftart hat der Justizvollzug unterschiedliche Aufgaben:

Der Strafvollzug befasst sich mit dem Vollzug der Freiheitsstrafe, der Jugendstrafe und der Sicherungsverwahrung.

Der Vollzug der Freiheitsstrafe und der Jugendstrafe dienen dem Ziel, die Gefangenen zu befähigen, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen. Gleichermaßen hat er die Aufgabe, die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten zu schützen.

Im Vollzug der Jugendstrafe sind die Gefangenen darüber hinaus in der Entwicklung ihrer Fähigkeiten und Fertigkeiten so zu fördern, dass sie zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Lebensführung in Achtung der Rechte Anderer befähigt werden. Der Vollzug der Jugendstrafe bei weiblichen Gefangenen findet nicht in Hamburg statt.

Im Vollzug der Sicherungsverwahrung wird das Ziel verfolgt, die Sicherungsverwahrten zum Schutz der Allgemeinheit sicher unterzubringen und ihnen zu helfen, sich in das Leben in Freiheit einzugliedern.

Der Vollzug des Jugendarrestes soll das Ehrgefühl der Jugendlichen wecken und ihnen eindringlich zum Bewusstsein bringen, dass sie für das von ihnen begangene Unrecht einzustehen haben. Der Vollzug soll dabei erzieherisch gestaltet werden. Er soll den Jugendlichen helfen, die Schwierigkeiten zu bewältigen, die zur Begehung der Straftaten beigetragen haben.

Der Vollzug der Untersuchungshaft hat die Aufgabe, durch sichere Verwahrung der Untersuchungsgefangenen die Durchführung eines geordneten Strafverfahrens zu gewährleisten und den in den gesetzlichen Haftgründen zum Ausdruck kommenden Gefahren zu begegnen

Der Vollzug der Zivilhaft (Ordnungs-, Sicherungs-, Zwangs- und Erzwingungshaft) hat unterschiedliche Aufgaben. Ordnungshaft ist die wegen Ungehorsams oder Ungebühr angeordnete Haft, Sicherungshaft dient in der Regel der Sicherung einer gefährdeten Zwangsvollstreckung. Zwangshaft und Erzwingungshaft sollen ein vom Gesetz befohlernes Verhalten bewirken, etwa einen Zeugen zur Aussage veranlassen.

Der Vollzug der Auslieferungshaft befasst sich mit der sicheren Unterbringung der Inhaftierten zur Durchführung des Auslieferungsverfahrens und der Auslieferung.

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 102 Justizvollzug

Der in Amtshilfe für die Behörde für Inneres und Sport erfolgende Vollzug der Abschiebungshaft beinhaltet die sichere Unterbringung nicht aufenthaltsberechtigter männlicher Erwachsener bis zur Abschiebung.

Der Vollzug der Polizeihaft, der ebenfalls in Amtshilfe für die Behörde für Inneres und Sport durchgeführt wird, dient einer zeitlich kurzen sicheren Unterbringung von nach § 127 StPO vorläufig Festgenommenen.

Der Vollzug des Polizeigewahrsams hat die sichere Unterbringung von Personen zum Ziel, die aus Gründen der Gefahrenabwehr nach den §§ 13 ff. HmbSOG für mehr als 48 Stunden in Gewahrsam genommen wurden. Auch der Polizeigewahrsam wird in Amtshilfe für die Behörde für Inneres und Sport durchgeführt.

Gefangene mit Durchgangshaft befinden sich nur vorübergehend in Hamburg, weil sie während des Transportes gemäß der Gefangenentransportvorschrift in Hamburg umsteigen und gegebenenfalls übernachten müssen. Überstellungsgefangene werden zur Wahrnehmung von Gerichtsterminen in die Untersuchungshaftanstalt überstellt und werden nach Ende der Hauptverhandlungs- oder Zeugentermine wieder in die zuständige Justizvollzugsanstalt verlegt.

I.3 Zugeordnete Produktgruppen

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Zentrale Ansätze							
Erlöse	-624	-804	-32	0	0	0	0
Kosten	3.449	3.521	4.751	4.219	4.719	4.719	4.719
Saldo Produktgruppe Zentrale Ansätze	2.825	2.717	4.719	4.219	4.719	4.719	4.719
Geschlossener Strafvollzug							
Erlöse	-2.619	-2.067	-2.017	-1.611	-1.611	-1.611	-1.611
Kosten	73.360	74.145	75.865	79.416	78.526	77.912	77.952
Saldo Produktgruppe Geschlossener Strafvollzug	70.741	72.078	73.848	77.805	76.915	76.301	76.341
Offener Strafvollzug							
Erlöse	-306	-241	-238	-188	-188	-188	-188
Kosten	6.218	6.284	8.945	6.731	6.656	6.603	6.607
Saldo Produktgruppe Offener Strafvollzug	5.912	6.043	8.707	6.543	6.467	6.415	6.419
U-Haft und andere Haftarten							
Erlöse	-848	-669	-692	-522	-522	-522	-522
Kosten	26.182	26.462	26.014	28.343	28.025	27.806	27.821
Saldo Produktgruppe U-Haft und andere Haftarten	25.334	25.793	25.322	27.821	27.504	27.284	27.299
Ausbildung des Vollzugspersonals							

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 102 Justizvollzug

Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Kosten	1.864	1.884	2.170	2.017	1.995	1.979	1.980
Saldo Produktgruppe Ausbildung des Vollzugspersonals	1.864	1.884	2.170	2.017	1.995	1.979	1.980
Summe der Produktgruppenerlöse	-4.397	-3.782	-2.978	-2.321	-2.321	-2.321	-2.321
Summe Produktgruppenkosten	111.072	112.296	117.745	120.726	119.921	119.020	119.079
Saldo über alle Produktgruppen = Budgetzuweisung zum Regelbudget / Spezialbudget	106.675	108.514	114.767	118.405	117.600	116.699	116.758

I.4 Beteiligte Besondere Budgetbereiche

Einige Intendantzaufgaben und das Gebäudemanagement für das Strafvollzugsamt werden in dem Besonderen Budgetbereich Q 01 Behördenverwaltung der Justiz wahrgenommen.
--

I.5 Rechtsgrundlagen

Wesentliche Rechtsgrundlagen für die Aufgabenwahrnehmung des Justizvollzugs sind das Hamburgische Strafvollzugsgesetz, das Hamburgische Jugendstrafvollzugsgesetz, die Strafprozeßordnung, das Hamburgische Untersuchungshaftvollzugsgesetz, das Jugendgerichtsgesetz, die Verordnung über den Vollzug des Jugendarrestes und die Strafvollstreckungsordnung.

I.6 Grundkennzahlen

	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
1. Belegungsfähigkeit gesamt	Anz.	3.200	3.189	2.986	2.568	2.568	2.568	2.647
2. Tatsächliche Belegungsfähigkeit gesamt	Anz.	2.815	2.758	2.815	2.473	2.473	2.473	2.506
3. Durchschnittliche Belegung gesamt	Anz.	2.029	1.926	2.050	1.900	1.900	1.900	1.900

Anlage 1.2

Aufgabenbereich 102 Justizvollzug

I.7 Vergleichskennzahlen

Valide Zahlen überregionaler Benchmarks für den Justizvollzug liegen nicht vor.

	Hamburg	Berlin	München	Frankfurt	Stuttgart	Köln
-						

II. Veranschlagung und Ermächtigung für den Aufgabenbereich 102 Justizvollzug

II.1 Veranschlagung der Budgetzuweisungen

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Budgetzuweisung zum Regelbudget	-103.850	-105.797	-110.048	-114.186	-112.881	-111.980	-112.039
Budgetzuweisung zum Spezialbudget	-2.825	-2.717	-4.719	-4.219	-4.719	-4.719	-4.719
Budgetzuweisung zum Projektbudget							
Summe Budgetarten	-106.675	-108.514	-114.767	-118.405	-117.600	-116.699	-116.758
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Regelbudget	2.110	7.033	2.303	4.130	5.000		
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Spezialbudget							
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Projektbudget							

II.2 Veranschlagung der Zuschussbedarfe

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Zuschussbedarf für Investitionsmittel	7.418	6.813	4.595	9.594	13.712	13.389	8.093
Summe der investiven Verpflichtungsermächtigungen	4.599	14.046	4.937	31.274	20.692		
Zuschussbedarf für Darlehen							
Summe der Verpflichtungsermächtigungen für Darlehen							

II.3 Im Besonderen Budgetbereich ermächtigte Budgetanteile (Teilfertiger)

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
-							

II.4 Ermächtigung der Budgetzuweisungen des Aufgabenbereichs

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Budgetzuweisung zum Regelbudget	-103.850	-105.797	-110.048	-114.186	-112.881	-111.980	-112.039
Budgetzuweisung zum Spezialbudget	-2.825	-2.717	-4.719	-4.219	-4.719	-4.719	-4.719
Budgetzuweisung zum Projektbudget							
Summe Budgetarten	-106.675	-108.514	-114.767	-118.405	-117.600	-116.699	-116.758
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Regelbudget	2.110	7.033	2.303	4.130	5.000		
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Spezialbudget							
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Projektbudget							

II.5 Darin enthaltene Intendantz- und Dienstleistungen aus den Besonderen Budgetbereichen

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Bezeichnung Besonderer Budgetbereich Q01 Behördenverwaltung Justiz	-5.185	-5.357	-5.840	-6.047	-5.935	-5.796	-5.776
Summe	-5.185	-5.357	-5.840	-6.047	-5.935	-5.796	-5.776

II.6 Ermächtigung der Zuschussbedarfe des Aufgabenbereichs

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Zuschussbedarf für Investitionsmittel	7.418	6.813	4.595	9.594	13.712	13.389	8.093
Summe der investiven Verpflichtungsermächtigungen	4.599	14.046	4.937	31.274	20.692		
Zuschussbedarf für Darlehen							
Summe der Verpflichtungsermächtigungen für Darlehen							

II.7 Haushaltsrechtliche Regelungen

<p>Das Regelbudget ist im Budgetbereich deckungsfähig zugunsten des Spezialbudgets und der Investitionsmittel, soweit die Erfüllung der Leistungszwecke sichergestellt ist und das Budget nur für bereits bezeichnete Leistungszwecke eingesetzt wird.</p> <p>Fünf vom Hundert des Regelbudgets sind deckungsfähig zugunsten des Regelbudgets der anderen Budgetbereiche im Einzelplan 2.0, soweit die Erfüllung der Leistungszwecke sichergestellt ist und das Budget nur für bereits bezeichnete Leistungszwecke eingesetzt wird.</p> <p>Die Deckungsfähigkeit von Verpflichtungsermächtigungen richtet sich nach der jeweiligen Budgetzuweisung oder dem jeweiligen Zuschuss zu Investitions- oder Darlehensmitteln, für die sie veranschlagt worden sind.</p> <p>Investitionsmittel sind übertragbar, soweit die Investitionsmaßnahme nicht abgeschlossen ist. Nicht in Anspruch genommene Investitionsmittel können bis zu zwei Jahren nach Abschluss der jeweiligen Investitionsmaßnahme übertragen werden.</p> <p>Das Regelbudget ist übertragbar, soweit der Leistungszweck fortbesteht und die Ziele im Budgetbereich erreicht sind.</p> <p>Aus dem Regelbudget dürfen Leistungen aus Gründen der Billigkeit gewährt werden.</p>

Anlage 1.2

Aufgabenbereich 102 Justizvollzug

III. Haushaltsplanung des Aufgabenbereichs 102 Justizvollzug

III.1 Besonderheiten des Ergebnisplans in den Planjahren

zu Position 1 „Erlöse aus Verwaltungstätigkeit“:

Im Vergleich zum Planwert für 2010 werden in den Jahren 2011 ff. weniger Erlöse geplant. Dies ist begründet durch die Reduzierung der Anzahl der Dienstwohnungen und somit einer geringeren Mieteinnahme; weiterhin sind die Erlöse aus Dienstwohnungsvermietungen ab 2011 der Position 5 „Sonstige Erlöse“ zugeordnet worden. Aufgrund der Umstellung der Arbeitsbetriebe von Produktion auf Qualifikation sind weniger Einnahmen geplant worden.

zu Position 5 „Sonstige Erlöse“:

Im Vergleich zum Planwert für 2010 werden in den Jahren 2011 ff. mehr Erlöse geplant, da hierher die Erlöse aus der Vermietung von Dienstwohnungen umgeschichtet wurden (vgl. Anmerkung zu Position 1).

zu Position 7 „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“:

Im Vergleich zum Planwert für 2010 werden in den Jahren 2011 und 2012 mehr Kosten geplant. Dies ist im Wesentlichen begründet durch den Mehrbedarf an Bewirtschaftungskosten für die Gebäude.

zu Position 8 „Personalkosten“:

Die ausgewiesenen Personalkosten sind das Produkt aus geplanten Vollzeitäquivalenten und zentral vorgegebenen Personalkostenverrechnungssätzen.

Diese Verrechnungssätze berücksichtigen die Tarif- und Besoldungsanpassungen 2010 und die Absenkung bzw. Streichung des Weihnachtsgeldes für Beamtinnen und Beamte.

zu Position 26 „Pauschale Vorgabeerfüllung“:

Von der Konsolidierungsverpflichtung aus dem November 2009 in Höhe von 6.000 Tsd. Euro sind im Planjahr 2011 bei den Personalkosten 2.077 Tsd. Euro und bei den Sachkosten 900 Tsd. Euro berücksichtigt worden.

Die weitere Konkretisierung erfolgt im Haushaltsvollzug.

III.2 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
1. Erlöse aus Verwaltungstätigkeit	-3.353	-2.608	-2.185	-1.235	-1.235	-1.235	-1.235
2. + Erlöse aus Transferleistungen	-624	-804	0	0	0	0	0
3. + Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich	0	0	0	0	0	0	0
4. + Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0
5. + Sonstige Erlöse	-420	-370	-793	-1.086	-1.086	-1.086	-1.086
6. + Erlöse aus verrechneten Leistungen	0	0	0	0	0	0	0
7. + Kosten aus Verwaltungstätigkeit	23.212	22.968	18.012	19.485	18.587	17.652	17.652
8. + Personalkosten	79.208	80.307	76.398	78.430	78.609	78.634	78.521
a) Kosten für Entgelte	7.704	8.455	7.331	8.176	8.240	8.277	8.275
b) Kosten für Bezüge	50.433	50.449	49.679	50.145	50.219	50.204	50.123
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	253	202	0	225	225	225	225

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 102 Justizvollzug

d) Kosten für Sozialleistungen	4.448	4.805	3.271	3.590	3.606	3.613	3.609
e) Kosten für Versorgungsleistungen	16.370	16.396	16.117	16.294	16.319	16.315	16.289
9. + Kosten für Transferleistungen	3.449	3.521	4.771	4.248	4.748	4.748	4.748
10. + Kosten für den Länderfinanzausgleich	0	0	0	0	0	0	0
11. + Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	0	0	3.936	4.209	4.209	4.299	4.387
12. + Sonstige Kosten	19	144	235	10	10	10	10
13. + Kosten aus verrechneten Leistungen	5.185	5.357	5.840	6.047	5.935	5.796	5.776
14. = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	106.676	108.515	106.215	110.108	109.777	108.818	108.773
15. Erlöse aus Beteiligungen	0	0	0	0	0	0	0
Erlöse aus anderen Wertpapieren und 16. + Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
17. + Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen auf Ausleihungen des 18. + Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0	0	0
19. + Zinsen und ähnliche Kosten	0	0	8.552	11.320	11.326	11.381	11.483
20. = Finanzergebnis	0	0	8.552	11.320	11.326	11.381	11.483
21. = Ordentliches Ergebnis	106.676	108.515	114.767	121.428	121.103	120.199	120.256
22. Außerordentliche Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
23. + Außerordentliche Kosten	0	0	0	0	0	0	0
24. = Außerordentliches Ergebnis	0						
25. = Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag vor pauschalen Vorgabeerfüllungen	106.676	108.515	114.767	121.428	121.103	120.199	120.256
26. + Pauschale Vorgabeerfüllung	0	0	0	-3.023	-3.503	-3.500	-3.498
27. = Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag nach pauschalen Vorgabeerfüllungen	106.676	108.515	114.767	118.405	117.600	116.699	116.758

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 102 Justizvollzug

III.3 Besonderheiten des Finanzplans in den Planjahren

Im Aufgabenbereich des Justizvollzuges wurde für die Jahre 2011 ff. die Einzelinvestition „Investitionen im Zusammenhang mit der Neustrukturierung des Justizvollzuges“ mit 30 Mio. Euro berücksichtigt.

III.4 Finanzplan des Aufgabenbereichs

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-4.398	-3.781	-2.978	-2.321	-2.321	-2.321	-2.321
2. + Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	89.518	90.453	83.299	80.850	80.123	79.220	79.139
3. = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	85.120	86.672	80.321	78.529	77.802	76.899	76.818
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen	0	0	0	0	0	0	0
5. + Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0	0	0	0	0	0	0
6. + Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0	0
7. + Sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
8. + Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse	0	0	0	0	0	0	0
9. + Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden	0	0	0	0	0	0	0
10. + Auszahlungen für Baumaßnahmen	6.803	6.451	3.765	8.744	12.862	12.562	7.303
11. + Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen	615	362	830	850	850	827	790
12. + Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0	0
13. + Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0
14. = Zuschussbedarf für Investitionsmittel	7.418	6.813	4.595	9.594	13.712	13.389	8.093
15. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen	0	0	0	0	0	0	0
16. + Auszahlungen aus gegebenen Darlehen	0	0	0	0	0	0	0
17. = Zuschussbedarf für Darlehen	0	0	0	0	0	0	0
18. = Finanzbedarf an liquiden Mitteln	92.538	93.485	84.916	88.123	91.514	90.288	84.911

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 102 Justizvollzug

III.5 Erläuterung der Investitionsmaßnahmen

Investitionsmaßnahmen	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Investitionen im Zusammenhang mit der Neustrukturierung im Strafvollzug							
Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	5.000	10.000	10.000	5.000
Zuschussbedarf für die Investitionsmaßnahme	0	0	0	5.000	10.000	10.000	5.000
Verpflichtungsermächtigung für die Investitionsmaßnahme				25.000	15.000		
Nicht einzeln ausgewiesene Investitionsmaßnahmen							
Einzahlungen aus Investitionen	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für Investitionen	7.418	6.813	4.595	4.594	3.712	3.389	3.093
Zuschussbedarf für nicht einzeln ausgewiesenen Investitionsmaßnahmen	7.418	6.813	4.595	4.594	3.712	3.389	3.093
Verpflichtungsermächtigung für nicht einzeln ausgewiesene Investitionsmaßnahmen	4.599	14.046	4.937	6.274	5.692		
Zuschussbedarf für Investitionsmittel	7.418	6.813	4.595	9.594	13.712	13.389	8.093

Die Investitionsmaßnahmen dienen der baulichen Modernisierung und Verbesserung der Unterbringungsbedingungen in den Vollzugsanstalten, der Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und der Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen über 5.000 Euro in den Wirtschafts-, Haus- und Arbeitsbetrieben der Justizvollzugsanstalten.

III.6 Erläuterung der gesondert veranschlagten Projekte

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
-							

Es gibt im Justizvollzug keine gesondert veranschlagten Projekte.

III.7 Erläuterung der im Haushalt veranschlagten Darlehen

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
-							

Es gibt im Justizvollzug keine gesondert veranschlagten Darlehen.

IV. Abbildung der Ziele, Kennzahlen und Produktgruppen des Aufgabenbereichs 102 Justizvollzug

IV.1 Ziele und Kennzahlen des Aufgabenbereichs

Die strategischen Ziele des Justizvollzuges sind:

1. Grundversorgung erhalten
2. Differenzierte Behandlungs-/ Betreuungsangebote bzw. Maßnahmen zur Erziehung und Förderung zur Verfügung stellen bzw. ausweiten
3. Sichere Unterbringung gewährleisten und verbessern

Bei den nachfolgenden Kennzahlen handelt es sich um eine gegenüber dem Produkthaushalt 2009/2010 überarbeitete Fassung. Im Zuge der Erprobung und Überleitung haben Auswertungen der bislang vorhandenen Daten gezeigt, dass einige Kennzahlen zur Abbildung der Zielerreichung bzw. zu Steuerungszwecken ungeeignet sind und im Hinblick auf ihre Aussagekraft überarbeitet werden müssen. Dementsprechend sind einzelne Kennzahlen gestrichen worden.

Auch wurde den Beratungen mit den rechtspolitischen Sprechern der bürgerschaftlichen Fraktionen Rechnung getragen, indem der Kennzahlenblock „Zugänge/ darunter Erstaufnahmen/ darunter Eintritte“ sowie „Abgänge/ darunter Haftentlassungen“ nach Erprobung auf die Kennzahlen „Erstaufnahmen gesamt“ und „Haftentlassungen gesamt“ reduziert wurde.

Zur Klarstellung wird darauf hingewiesen, dass die Kennzahl „Haftentlassungen gesamt“ in „Entlassungen aus Strafhaft“ umbenannt wurde, weil nur die Entlassungen aus der Strafhaft statistisch erfasst werden, nicht aber die

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 102 Justizvollzug

Entlassungen aus Untersuchungs- und Abschiebungshaft.

Das System der Kennzahlen zur Abbildung der Qualifizierungsmaßnahmen im Vollzug wird derzeit überarbeitet.

Für die Kennzahl „Beschäftigte gesamt“ ist anzumerken, dass der Planwert für 2010 nur für den Aufgabenbereich gesamt vorliegt; eine Aufteilung auf die Produktgruppen erfolgte lediglich in den Quartalsberichten bezogen auf den fortgeschriebenen Plan, der im Wert dem Plan 2011 entspricht.

Der Produkthaushalt des Justizvollzuges enthält spezifische, auf die Kennzahlen und Ziele des Vollzuges ausgerichtete Kostenkennzahlen, die die Ergebnisse aus der Vollkostenrechnung und den zugeordneten Kostenstellen für Personal- und Sachkosten in einer Summe, bezogen auf den dargestellten Zweck (zum Beispiel „Kosten der Arbeitsbetriebe“, Kosten für Sicherheit“), umfasst. Diese Kostenkennzahlen werden nicht beplant, weil die für eine Fortschreibung erforderlichen Vergleichswerte aus den Vorjahren nicht vorliegen und um eine doppelte Kalkulation der Personalkosten auszuschließen (vgl. „III. Haushaltsplanung des Aufgabenbereichs 102 Justizvollzug“).

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 102 Justizvollzug

	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
4. Kosten für Grundversorgung gesamt	Tsd. EUR							
5. Kosten für Behandlung und Betreuung gesamt	Tsd. EUR							
6. Kosten für Sicherheit gesamt	Tsd. EUR							
7. Kosten für Ernährung je Gefangenen	EUR							
8. Kosten für Unterbringung je Gefangenen	EUR							
9. Kosten für medizinische Versorgung je Gefangenen	EUR							
10. Kosten Arzneimittel für die Behandlung von HIV	Tsd. EUR	321	310					
11. Belegungsfähigkeit gesamt	Anz.	3.200	3.189	2.986	2.568	2.568	2.568	2.647
12. tatsächliche Belegungsfähigkeit gesamt	Anz.	2.815	2.758	2.815	2.473	2.473	2.473	2.506
13. durchschnittliche Belegung gesamt	Anz.	2.029	1.926	2.050	1.900	1.900	1.900	1.900
14. Erstaufnahmen gesamt	Anz.	3.491	4.720	3.491	3.491	3.491	3.491	3.491
15. Entlassungen aus Strahaft	Anz.	2.252	2.171	2.252	2.252	2.252	2.252	2.252
16. Beschäftigte Gefangene gesamt	Anz.	1.089	1.150	1.500	1.300	1.300	1.310	1.310
17. Davon beschäftigte Gefangene außerhalb der Anstalt	Anz.	60	80	70	120	120	120	130
18. Kosten der Arbeitsbetriebe	Tsd. EUR							
19. Erlöse der Arbeitsbetriebe	Tsd. EUR							
20. Kosten für berufliche Qualifizierung	Tsd. EUR							
21. Kosten für schulische Qualifizierung	Tsd. EUR							
22. Kosten der Arbeitstherapie	Tsd. EUR							
23. Kosten der Sozialtherapie	Tsd. EUR							
24. Vollzugslockerungen	Anz.	20.086	24.351	20.086	20.086	20.086	20.086	20.500
25. Nichtrückkehrer aus Vollzugslockerungen	Anz.	10	17					
26. Straftaten während Vollzugslockerungen	Anz.	4	5					
27. Entweichungen	Anz.	10	10					
28. Tätliche Auseinandersetzungen unter Gefangenen	Anz.	74	69					
29. Angriffe auf Bedienstete	Anz.	5	8					
30. Suizide	Anz.	1	2					
31. Suizidversuche	Anz.	11	8					

Anlage 1.2

Aufgabenbereich 102 Justizvollzug

IV.2 Ziele, Kennzahlen, Kosten und Erlöse der Produktgruppen

IV.2.0 Produktgruppe Zentrale Ansätze

Beschreibung der Produktgruppe

Das Spezialbudget setzt sich zusammen aus den Arbeitsentgelten der Gefangenen und den Beiträgen zur Bundesanstalt für Arbeit für die Gefangenen.

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Gesamterlöse	-624	-804	-32	0	0	0	0
Gesamtkosten	3.449	3.521	4.751	4.219	4.719	4.719	4.719
Davon Erlöse aus dem Spezialbudget	-624	-804	-32	0	0	0	0
Davon Kosten aus dem Spezialbudget	3.449	3.521	4.751	4.219	4.719	4.719	4.719
Saldo	2.825	2.717	4.719	4.219	4.719	4.719	4.719

IV.2.1 Produktgruppe Geschlossener Strafvollzug

Beschreibung der Produktgruppe

Der geschlossene Strafvollzug gewährleistet bei gefährlichen Gefangenen und bei Gefangenen, bei denen Fluchtgefahr besteht, neben der auch bei diesen Gefangenen gebotenen Behandlung bzw. Erziehung in besonderem Maße den Schutz der Bevölkerung.

Zugeordnete Produkte:

Geschlossener Strafvollzug erwachsene Männer

Geschlossener Strafvollzug erwachsene Frauen

Geschlossener Strafvollzug männliche Jugendliche

Geschlossener Strafvollzug weibliche Jugendliche (nur Erstattungszahlungen an Niedersachsen)

Ziele der Produktgruppe

1. Grundversorgung erhalten
2. Differenzierte Behandlungs-/ Betreuungsangebote bzw. Maßnahmen zur Erziehung und Förderung zur Verfügung stellen bzw. ausweiten durch:
 - 2.1. Stabilisierung der Beschäftigungsangebote
 - 2.2. Beibehaltung der Qualifikationsangebote
 - 2.3. Aufrechterhaltung des Therapieangebots
 - 2.4. Umstrukturierung des sozialtherapeutischen Angebots
 - 2.5. Ausbau der Maßnahmen zur Resozialisierung
3. Sicherheit gewährleisten und verbessern durch:
 - 3.1. Reduzierung der Anzahl der Nichtrückkehrer
 - 3.2. Verminderung von Straftaten während Vollzugslockerungen
 - 3.3. Verhinderung von Entweichungen
 - 3.4. Eindämmung der Gewalt gegen Personen innerhalb der Vollzugsanstalten
 - 3.5. Verhinderung von Suiziden und Selbstverletzungen
 - 3.6. Reduzierung von Rückfällen bei besonders gefährlichen Sexual- und Gewaltverbrechern (Konzept „Täterorientierte Prävention“ (T.O.P.))

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 102 Justizvollzug

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
32. Geschlossener Vollzug Kosten für Grundversorgung	Tsd. EUR							
33. Geschlossener Vollzug Kosten für Ernährung je Gefangenen	EUR							
34. Geschlossener Vollzug Kosten für Unterbringung je Gefangenen	EUR							
35. Geschlossener Vollzug Kosten für medizinische Versorgung je Gefangenen	EUR							
36. Geschlossener Vollzug Kosten für Behandlung und Betreuung	Tsd. EUR							
37. Geschlossener Vollzug Beschäftigte Gefangene gesamt	Anz.	837	907	1.040	1.040	1.040	1.040	981
38. Geschlossener Vollzug Davon beschäftigte Gefangene außerhalb der Anstalt (nur Außenstelle Bergedorf)	Anz.		26	20	20	20	20	20
39. Geschlossener Vollzug Kosten der Arbeitsbetriebe	Tsd. EUR							
40. Geschlossener Vollzug Erlöse der Arbeitsbetriebe	Tsd. EUR							
41. Geschlossener Vollzug Kosten der Arbeitstherapie	Tsd. EUR							
42. Geschlossener Vollzug Kosten der Sozialtherapie	Tsd. EUR							
43. Geschlossener Vollzug Kosten für Sicherheit	Tsd. EUR							
44. Geschlossener Vollzug Belegungsfähigkeit	Anz.	2.002	1.973	2.095	1.534	1.534	1.534	1.501
45. Geschlossener Vollzug Tatsächliche Belegungsfähigkeit	Anz.	1.759	1.732	1.852	1.533	1.533	1.533	1.476
46. Geschlossener Vollzug Durchschnittliche Belegung	Anz.	1.354	1.246	1.290	1.140	1.140	1.140	1.031
47. Geschlossener Vollzug Vollzugslockerungen	Anz.	10.535	10.437	10.535	10.535	10.535	10.535	10.000
48. Geschlossener Vollzug Nichtrückkehrer aus Vollzugslockerungen	Anz.	3	3					
49. Geschlossener Vollzug Straftaten während Vollzugslockerungen	Anz.	2	1					
50. Geschlossener Vollzug Entweichungen	Anz.	1	0					
51. Geschlossener Vollzug Tättliche Auseinandersetzungen unter Gefangenen	Anz.	48	48					
52. Geschlossener Vollzug Angriffe auf Bedienstete	Anz.	3	5					
53. Geschlossener Vollzug Suizide	Anz.	0	0					
54. Geschlossener Vollzug Suizidversuche	Anz.	6	5					
Kosten und Erlöse		Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Gesamterlöse		-2.619	-2.067	-2.017	-1.611	-1.611	-1.611	-1.611
Gesamtkosten		73.360	74.145	75.865	79.416	78.526	77.912	77.952

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 102 Justizvollzug

Davon Erlöse aus dem Spezialbudget							
Davon Kosten aus dem Spezialbudget							
Saldo	70.741	72.078	73.848	77.805	76.915	76.301	76.341

IV.2.2 Produktgruppe Offener Strafvollzug

Beschreibung der Produktgruppe

Der offene Strafvollzug kennzeichnet sich durch den nach außen gerichteten Charakter seiner Behandlungsmaßnahmen. Vor allem von hier aus ist Freigang (Beschäftigung in einem Arbeitsverhältnis bzw. Ausbildung außerhalb der JVA) möglich. Die Gefangenen können ihre persönlichen Angelegenheiten in Vollzugslockerungen außerhalb der JVA regeln. Im offenen Vollzug werden Gefangene untergebracht, die hierfür geeignet sind. Daher können bauliche und technische Sicherungsvorkehrungen gegen ein Entweichen reduziert werden.

Zugeordnete Produkte:

Offener Strafvollzug erwachsene Männer

Offener Strafvollzug erwachsene Frauen

Offener Strafvollzug männliche Jugendliche

Offener Strafvollzug weibliche Jugendliche (nur Erstattungszahlungen an Niedersachsen)

Ziele der Produktgruppe

1. Grundversorgung erhalten
2. Differenzierte Behandlungs-/Betreuungsangebote bzw. Maßnahmen zur Erziehung und Förderung zur Verfügung stellen bzw. ausweiten durch:
 - 2.1 Stabilisierung der Beschäftigungsangebote
 - 2.2 Ausbau der Maßnahmen zur Resozialisierung
 - 2.3 Intensivierung der Freigängerbetreuung
3. Sicherheit gewährleisten und verbessern durch:
 - 3.1 Reduzierung der Anzahl der Nichtrückkehrer
 - 3.2 Verminderung von Straftaten während Vollzugslockerungen
 - 3.3 Verhinderung von Entweichungen
 - 3.4 Eindämmung der Gewalt gegen Personen innerhalb der Vollzugsanstalten

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
55. Offener Vollzug Kosten für Grundversorgung	Tsd. EUR							
56. Offener Vollzug Kosten für Ernährung je Gefangenen	EUR							
57. Offener Vollzug Kosten für Unterbringung je Gefangenen	EUR							
58. Offener Vollzug Kosten für medizinische Versorgung je Gefangenen	EUR							
59. Offener Vollzug Kosten für Behandlung und Betreuung	Tsd. EUR							
60. Offener Vollzug Beschäftigte Gefangene gesamt	Anz.	128	127	156	156	156	156	215
61. Offener Vollzug Davon beschäftigte Gefangene außerhalb der Anstalt	Anz.		54	50	100	100	100	110

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 102 Justizvollzug

62. Offener Vollzug Kosten der Arbeitsbetriebe	Tsd. EUR							
63. Offener Vollzug Erlöse der Arbeitsbetriebe	Tsd. EUR							
64. Offener Vollzug Kosten für Sicherheit	Tsd. EUR							
65. Offener Vollzug Belegungsfähigkeit	Anz.	248	248	248	230	230	230	315
66. Offener Vollzug Tatsächliche Belegungsfähigkeit	Anz.	248	248	248	225	225	225	315
67. Offener Vollzug Durchschnittliche Belegung	Anz.	166	192	171	171	171	171	280
68. Offener Vollzug Vollzugslockerungen	Anz.	9.551	13.914	9.551	9.551	9.551	9.551	10.500
69. Offener Vollzug Nichtrückkehrer aus Vollzugslockerungen	Anz.	7	14					
70. Offener Vollzug Straftaten während Vollzugslockerungen	Anz.	2	4					
71. Offener Vollzug Entweichungen	Anz.	9	10					
72. Offener Vollzug Tägliche Auseinandersetzungen unter Gefangenen	Anz.	0	0					
73. Offener Vollzug Angriffe auf Bedienstete	Anz.	-	0					
74. Offener Vollzug Suizide	Anz.	-	0					
75. Offener Vollzug Suizidversuche	Anz.	-	0					

Kosten und Erlöse	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Gesamterlöse	-306	-241	-238	-188	-188	-188	-188
Gesamtkosten	6.218	6.284	8.945	6.731	6.656	6.603	6.607
Davon Erlöse aus dem Spezialbudget							
Davon Kosten aus dem Spezialbudget							
Saldo	5.912	6.043	8.707	6.543	6.467	6.415	6.419

IV.2.3 Produktgruppe U-Haft und andere Haftarten

Beschreibung der Produktgruppe

In dieser Produktgruppe sind solche Haftarten zusammengefasst, in denen die Sicherung und Grundversorgung der Gefangenen im Vordergrund steht. Behandlungs- oder Betreuungsmaßnahmen sind nur für männliche Jugendliche in der Untersuchungshaft vorgesehen.

Zugeordnete Produkte:

U-Haft erwachsene Männer

U-Haft erwachsene Frauen

U-Haft männliche Jugendliche

U-Haft weibliche Jugendliche

Abschiebungshaft erwachsene Männer

Jugendarrest

Sonstige Haftarten

Anlage 1.2**Aufgabenbereich 102 Justizvollzug**

(Zivilhaft (Ordnungs-, Sicherungs-, Zwangs- und Erzwingungshaft), Auslieferungshaft, Überstellungs- u. Durchgangshaft, Polizeihalt und Polizeigewahrsam)

Ziele der Produktgruppe

1. Grundversorgung erhalten
2. Für das Produkt U-Haft männliche Jugendliche werden ebenfalls Behandlungsangebote unter anderem durch berufliche und schulische Qualifikation zur Verfügung gestellt
3. Sicherheit gewährleisten und verbessern durch:
 - 3.1. Verhinderung von Entweichungen
 - 3.2. Eindämmung der Gewalt gegen Personen innerhalb der Vollzugsanstalten
 - 3.3. Verhinderung von Suiziden und Selbstverletzungen

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
76. Untersuchungshaft und andere Haftarten Kosten für Grundversorgung	Tsd. EUR							
77. Untersuchungshaft und andere Haftarten Kosten für Ernährung je Gefangenen	EUR							
78. Untersuchungshaft und andere Haftarten Kosten für Unterbringung je Gefangenen	EUR							
79. Untersuchungshaft und andere Haftarten Kosten für medizinische Versorgung je Gefangenen	EUR							
80. Untersuchungshaft und andere Haftarten Kosten für Behandlung und Betreuung	Tsd. EUR							
81. Untersuchungshaft und andere Haftarten Beschäftigte Gefangene	Anz.	124	116	104	104	104	104	114
82. Untersuchungshaft und andere Haftarten Kosten der Arbeitsbetriebe	Tsd. EUR							
83. Untersuchungshaft und andere Haftarten Erlöse der Arbeitsbetriebe	Tsd. EUR							
84. Untersuchungshaft und andere Haftarten Kosten für Sicherheit	Tsd. EUR							
85. Untersuchungshaft und andere Haftarten Belegungsfähigkeit	Anz.	950	968	857	804	804	804	831
86. Untersuchungshaft und andere Haftarten Tatsächliche Belegungsfähigkeit	Anz.	808	778	715	715	715	715	715
87. Untersuchungshaft und andere Haftarten Durchschnittliche Belegung	Anz.	508	488	589	589	589	589	589
88. Untersuchungshaft und andere Haftarten Entweichungen	Anz.	0	0					

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 102 Justizvollzug

89. Untersuchungshaft und andere Haftarten Tätliche Auseinandersetzungen unter Gefangenen	Anz.	26	21					
90. Untersuchungshaft und andere Haftarten Angriffe auf Bedienstete	Anz.	2	3					
91. Untersuchungshaft und andere Haftarten Suizide	Anz.	1	2					
92. Untersuchungshaft und andere Haftarten Suizidversuche	Anz.	5	3					

Kosten und Erlöse	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Gesamterlöse	-848	-669	-692	-522	-522	-522	-522
Gesamtkosten	26.182	26.462	26.014	28.343	28.025	27.806	27.821
Davon Erlöse aus dem Spezialbudget							
Davon Kosten aus dem Spezialbudget							
Saldo	25.334	25.793	25.322	27.821	27.504	27.284	27.299

IV.2.4 Produktgruppe Ausbildung des Vollzugspersonals

Beschreibung der Produktgruppe

Die Vollzugsschule stellt die bedarfsgerechte Ausbildung des Personals für den Justizvollzug sicher.

Zugeordnete Produkte:

Ausbildung des Vollzugspersonals

Ziele der Produktgruppe

Bedarfsgerechte Ausbildung für das Personals des Justizvollzugs

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
93. Ausbildung des Vollzugspersonals errechneter Bedarf an AVD	Anz.	23	20	20	20	20	20	20
94. Ausbildung des Vollzugspersonals Teilnehmer AVD Abschlusslehrgang	Anz.	15	19	20	20	0	0	0
95. Ausbildung des Vollzugspersonals erfolgreiche Abschlüsse AVD	Anz.	15	19	20	20	0	0	0

Kosten und Erlöse	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Gesamterlöse	0	0	0	0	0	0	0
Gesamtkosten	1.864	1.884	2.170	2.017	1.995	1.979	1.980
Davon Erlöse aus dem Spezialbudget							
Davon Kosten aus dem Spezialbudget							
Saldo	1.864	1.884	2.170	2.017	1.995	1.979	1.980

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 102 Justizvollzug
V. Übersicht über die Vollzeitäquivalente des Aufgabenbereichs 102 Justizvollzug
V.1 Übersicht über die Vollzeitäquivalente nach Laufbahngruppen

	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Beamtinnen und Beamte der Laufbahnguppe 1				1.223,66	1.223,66	1.223,66	1.223,66
Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter der Laufbahnguppe 2				147,42	147,42	147,42	147,42
Summe der Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter			1.460,46	1.371,08	1.371,08	1.371,08	1.371,08
Tarifbeschäftigte Äquivalent Laufbahnguppe 1				119,83	119,83	119,83	119,83
Tarifbeschäftigte Äquivalent Laufbahnguppe 2				96,80	96,80	96,80	96,80
Summe der Tarifbeschäftigten			201,13	216,63	216,63	216,63	216,63
Gesamtsumme			1.661,59	1.587,71	1.587,71	1.587,71	1.587,71

V.2 Übersicht über die Vollzeitäquivalente nach Wertigkeit – Beamtinnen/Beamte, /Richterinnen/Richter

	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
<i>Laufbahnguppe 1</i>							
A 3				0,00	0,00	0,00	0,00
A 4				0,00	0,00	0,00	0,00
A 5				26,00	26,00	26,00	26,00
A 6				6,50	6,50	6,50	6,50
A 7				515,50	515,50	515,50	515,50
A 8				411,66	411,66	411,66	411,66
A 9				264,00	264,00	264,00	264,00
Nachwuchskräfte (ehemals mittlerer Dienst)				0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Laufbahnguppe 1				1.223,66	1.223,66	1.223,66	1.223,66
<i>Laufbahnguppe 2</i>							
A 9				11,00	11,00	11,00	11,00
A 10				15,00	15,00	15,00	15,00
A 11				62,65	62,65	62,65	62,65
A 12				18,60	18,60	18,60	18,60
A 13				14,42	14,42	14,42	14,42
A 14				12,75	12,75	12,75	12,75
A 15				8,00	8,00	8,00	8,00
A 16				3,00	3,00	3,00	3,00
Nachwuchskräfte 1. Einstiegsamt (ehemals: gehobener Dienst)				0,00	0,00	0,00	0,00
Nachwuchskräfte 2. Einstiegsamt (ehemals: höherer Dienst)				0,00	0,00	0,00	0,00
B 1				0,00	0,00	0,00	0,00
B 2				0,00	0,00	0,00	0,00
B 3				1,00	1,00	1,00	1,00
B 4				0,00	0,00	0,00	0,00
B 5				0,00	0,00	0,00	0,00
B 6				1,00	1,00	1,00	1,00
B 7				0,00	0,00	0,00	0,00
B 8				0,00	0,00	0,00	0,00
B 9				0,00	0,00	0,00	0,00
B 10				0,00	0,00	0,00	0,00
B 11				0,00	0,00	0,00	0,00
R 1				0,00	0,00	0,00	0,00
R 2				0,00	0,00	0,00	0,00
R 3				0,00	0,00	0,00	0,00

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 102 Justizvollzug

R 4				0,00	0,00	0,00	0,00
R 5				0,00	0,00	0,00	0,00
R 6				0,00	0,00	0,00	0,00
R 7				0,00	0,00	0,00	0,00
R 8				0,00	0,00	0,00	0,00
W 1				0,00	0,00	0,00	0,00
W 2				0,00	0,00	0,00	0,00
W 3				0,00	0,00	0,00	0,00
C 1				0,00	0,00	0,00	0,00
C 2				0,00	0,00	0,00	0,00
C 3				0,00	0,00	0,00	0,00
C 4				0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Laufbahnguppe 2				147,42	147,42	147,42	147,42

V.3 Übersicht über Vollzeitäquivalente nach Wertigkeit – Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer

	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Äquivalent Laufbahngruppe 1							
E 1				0,00	0,00	0,00	0,00
E 2				0,00	0,00	0,00	0,00
E 2 Ü				0,00	0,00	0,00	0,00
E 3				1,00	1,00	1,00	1,00
E 4				0,00	0,00	0,00	0,00
E 5				9,07	9,07	9,07	9,07
E 6				38,73	38,73	38,73	38,73
E 7				34,28	34,28	34,28	34,28
E 8				36,75	36,75	36,75	36,75
E 9				0,00	0,00	0,00	0,00
Nachwuchskräfte				0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Äquivalent Laufbahngruppe 1				119,83	119,83	119,83	119,83
Äquivalent Laufbahngruppe 2							
E 9				30,00	30,00	30,00	30,00
E 10				13,66	13,66	13,66	13,66
E 11				6,00	6,00	6,00	6,00
E 12				3,00	3,00	3,00	3,00
E 13				9,41	9,41	9,41	9,41
E 13 Ü				11,48	11,48	11,48	11,48
E 14				15,24	15,24	15,24	15,24
E 15				6,01	6,01	6,01	6,01
E 15 Ü				2,00	2,00	2,00	2,00
Rechtsreferendare				0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Äquivalent Laufbahngruppe 2				96,80	96,80	96,80	96,80

VI. Wirtschaftsplan der Landwirtschaft der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand

Siehe Vorwort zum Einzelplan 2.0.

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 102 Justizvollzug

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 104 Regierungs- und Fachaufgaben
der Justizbehörde

Einzelplan 2 Behörde für Justiz und Gleichstellung

I. Allgemeine Erläuterungen zum Aufgabenbereich 104
Regierungs- und Fachaufgaben

I.1 Politische Ziele

- Gewährleistung der Funktionsfähigkeit der Hamburger Gerichte und Staatsanwaltschaften in ihrer Rolle als Garant des Rechtsstaats
- Förderung der gerichtlichen Mediation in allen Bereichen
- Neustrukturierung des Hamburger Strafvollzugs und Weiterentwicklung des offenen Vollzugs
- Unterstützung und Förderung des aktiven Opferschutzes
- Förderung der Gleichstellung
- Stärkung des Rechtsstandorts Hamburg durch die Förderung des Informationsaustausches der am Rechtsstandort Hamburg Interessierten, die Förderung des internationalen Rechtsdialoges, die Förderung Hamburgs als ein internationales Zentrum auch außergerichtlichen Konfliktmanagements, insbesondere der Schiedsgerichtsbarkeit und der Mediation sowie durch Veranstaltungen und Marketingmaßnahmen

I.2 Aufgabenschwerpunkt

- Rechtliche und fachliche Betreuung der Bundes- und Landesgesetzgebung
- Rechtsprüfung in Angelegenheiten des Senats sowie der hamburgischen Behörden und Ämter
- Entwicklung und Begleitung von justizpolitischen Konzepten und Projekten, bspw. zur Bekämpfung von Jugendgewalt
- Erarbeitung eines gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms

I.3 Zugeordnete Produktgruppen

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Produktgruppe Politikgestaltung und -vermittlung, Ministerielle Begleitung von Normsetzungsverfahren							
Erlöse							
Kosten	2.154	2.228	2.765	3.749	2.478	2.420	2.412
Saldo Produktgruppe Politikgestaltung und -vermittlung, Ministerielle Begleitung von Normsetzungsverfahren	2.154	2.228	2.765	3.749	2.478	2.420	2.412
Produktgruppe Besondere Regierungsaufgaben							
Erlöse							
Kosten	5.697	5.892	11.521	10.433	7.031	6.878	6.898
Saldo Produktgruppe Besondere Regierungsaufgaben	5.697	5.892	11.521	10.433	7.031	6.878	6.898
Summe der Produktgruppenerlöse	0	0	0	0	0	0	0
Summe Produktgruppenkosten	7.851	8.120	14.286	14.182	9.509	9.298	9.310
Saldo über alle Produktgruppen = Budgetzuweisung zum Regelbudget / Spezialbudget	7.851	8.120	14.286	14.182	9.509	9.298	9.310

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 104 Regierungs- und Fachaufgaben
der Justizbehörde

I.4 Beteiligte Besondere Budgetbereiche

Intendantzaufgaben, das Gebäudemanagement, sowie die Gemeinsame Annahmestelle sind Aufgaben, die in dem Besonderen Budgetbereich Q01 Behördenverwaltung Justiz wahrgenommen werden.

I.5 Rechtsgrundlagen

Grundlage für die Aufgabenwahrnehmung ist die Gesamtheit des materiellen und formellen Rechts.

I.6 Grundkennzahlen

-

	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
-							

I.7 Vergleichskennzahlen

-

	Hamburg	Berlin	München	Frankfurt	Stuttgart	Köln
-						

II. Veranschlagung und Ermächtigung für den Aufgabenbereich 104 Regierungs- und Fachaufgaben

II.1 Veranschlagung der Budgetzuweisungen

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Budgetzuweisung zum Regelbudget	-7.851	-8.120	-14.287	-14.182	-9.509	-9.298	-9.310
Budgetzuweisung zum Spezialbudget	-	-	-	-	-	-	-
Budgetzuweisung zum Projektbudget	-	-	-	-	-	-	-
Summe Budgetarten	-7.851	-8.120	-14.287	-14.182	-9.509	-9.298	-9.310
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Regelbudget							
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Spezialbudget							
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Projektbudget							

II.2 Veranschlagung der Zuschussbedarfe

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Zuschussbedarf für Investitionsmittel	0	0	217	0	0	0	0
Summe der investiven Verpflichtungsermächtigungen							
Zuschussbedarf für Darlehen							
Summe der Verpflichtungsermächtigungen für Darlehen							

II.3 Im Besonderen Budgetbereich ermächtigte Budgetanteile (Teilfertiger)

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Besonderer Budgetbereich Q01							

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 104 Regierungs- und Fachaufgaben
der Justizbehörde

Behördenverwaltung Justiz							
Budgetzuweisung zum Regelbudget	-7.851	-8.120	-8.860	-9.720	-9.509	-9.298	-9.310
Budgetzuweisung zum Projektbudget							
Summe Budgetarten	-7.851	-8.120	-8.860	-9.720	-9.509	-9.298	-9.310
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Regelbudget							
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Projektbudget							
Zuschussbedarf für Investitionsmittel							
Summe der investiven Verpflichtungsermächtigungen							

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 104 Regierungs- und Fachaufgaben
der Justizbehörde

II.4 Ermächtigung der Budgetzuweisungen des Aufgabenbereichs

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Budgetzuweisung zum Regelbudget	0	0	-5.427	-4.462			
Budgetzuweisung zum Spezialbudget							
Budgetzuweisung zum Projektbudget							
Summe Budgetarten	0	0	-5.427	-4.462			
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Regelbudget							
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Spezialbudget							
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Projektbudget							

II.5 Darin enthaltene Intendanz- und Dienstleistungen aus den Besonderen Budgetbereichen

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
-							

II.6 Ermächtigung der Zuschussbedarfe des Aufgabenbereichs

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Zuschussbedarf für Investitionsmittel	0	0	217	0	0	0	0
Summe der investiven Verpflichtungsermächtigungen							
Zuschussbedarf für Darlehen							
Summe der Verpflichtungsermächtigungen für Darlehen							

II.7 Haushaltsrechtliche Regelungen

Das Regelbudget des Aufgabenbereichs 104 Regierungsaufgaben der Justiz ist deckungsfähig zugunsten der Regelbudgets der anderen Budgetbereiche im Einzelplan 2.0, soweit das Budget nur für die dort bereits bezeichneten Leistungszwecke eingesetzt wird.

Das Regelbudget ist im Budgetbereich deckungsfähig zugunsten des Spezialbudgets und der Investitionsmittel, soweit die Erfüllung der Leistungszwecke sichergestellt ist und das Budget nur für bereits bezeichnete Leistungszwecke eingesetzt wird.

Das Regelbudget ist übertragbar, soweit der Leistungszweck fortbesteht und die Ziele im Budgetbereich erreicht sind.

Aus dem Regelbudget dürfen Leistungen aus Gründen der Billigkeit gewährt werden.

III Haushaltsplanung des Aufgabenbereichs 104 Regierungs- und Fachaufgaben

III.1 Besonderheiten des Ergebnisplans in den Planjahren

Der Aufgabenbereich „Regierungs- und Fachaufgaben“ ist nicht mit einer eigenen Organisation ausgestattet. Die Abbildung der Produktkosten des Aufgabenbereiches findet über eine Leistungsverrechnung mit dem

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 104 Regierungs- und Fachaufgaben
der Justizbehörde

Besonderen Budgetbereich „Behördenverwaltung Justiz“ statt, wobei es sich im Wesentlichen um Personal- und Gebäudekosten handelt. Hinsichtlich der Primärkosten wird auf den Ergebnisplan des Besonderen Budgetbereiches „Behördenverwaltung Justiz“ verwiesen.

III.2 Ergebnisplan des Aufgabenbereichs

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
1. Erlöse aus Verwaltungstätigkeit	-	-	-	-	-	-	-
2. + Erlöse aus Transferleistungen	-	-	-	-	-	-	-
3. + Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich	-	-	-	-	-	-	-
4. + Aktivierte Eigenleistungen	-	-	-	-	-	-	-
5. + Sonstige Erlöse	-	-	-	-	-	-	-
6. + Erlöse aus verrechneten Leistungen	-	-	-	-	-	-	-
7. + Kosten aus Verwaltungstätigkeit	-	-	-	4.462	-	-	-
8. + Personalkosten	-	-	5.427	-	-	-	-
a) Kosten für Entgelte	-	-	962	-	-	-	-
b) Kosten für Bezüge	-	-	3.034	-	-	-	-
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	-	-	-	-	-	-	-
d) Kosten für Sozialleistungen	-	-	431	-	-	-	-
e) Kosten für Versorgungsleistungen	-	-	1.000	-	-	-	-
9. + Kosten für Transferleistungen	-	-	-	-	-	-	-
10. + Kosten für Länderfinanzausgleich	-	-	-	-	-	-	-
11. + Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	-	-	-	-	-	-	-
12. + Sonstige Kosten	-	-	-	-	-	-	-
13. + Kosten aus verrechneten Leistungen	7.851	8.120	8.860	9.720	9.509	9.298	9.310
14. = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	7.851	8.120	14.287	14.182	9.509	9.298	9.310
15. Erlöse aus Beteiligungen	-	-	-	-	-	-	-
16. + Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
17. + Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse	-	-	-	-	-	-	-
18. + Abschreibungen auf Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens	-	-	-	-	-	-	-
19. + Zinsen und ähnliche Kosten	-	-	-	-	-	-	-

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 104 Regierungs- und Fachaufgaben
der Justizbehörde

20. = Finanzergebnis	-	-	-				
21. = Ordentliches Ergebnis	7.851	8.120	14.287	14.182	9.509	9.298	9.310
22. Außerordentliche Erlöse	-	-	-	-	-	-	-
23. + Außerordentliche Kosten	-	-	-	-	-	-	-
24. = Außerordentliches Ergebnis	-	-	-	-	-	-	-
25. = Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag vor pauschalen Vorgabeerfüllungen	7.851	8.120	14.287	14.182	9.509	9.298	9.310
26. + Pauschale Vorgabeerfüllung	-	-	-	-	-	-	-
27. = Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag nach pauschalen Vorgabeerfüllungen	7.851	8.120	14.287	14.182	9.509	9.298	9.310

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 104 Regierungs- und Fachaufgaben
der Justizbehörde

III.3 Besonderheiten des Finanzplans in den Planjahren

In diesem Aufgabenbereich sind zentrale Ansätze des Einzelplans 2 für die Jahre 2010 und 2011 ausgewiesen. Die unter Position 11 „Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen“ geplanten investiven Beschaffungen sind ab 2011 in den Besonderen Budgetbereich „Behördenverwaltung Justiz“ verlagert worden.

III.4 Finanzplan des Aufgabenbereichs

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit							
2. + Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-	-	4.427	4.462	-	-	-
3. = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-	-	4.427	4.462	-	-	-
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen	-	-	-	-	-	-	-
5. + Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-	-	-	-	-	-	-
6. + Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	-	-	-	-	-	-	-
7. + Sonstige Investitionseinzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
8. + Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse	-	-	-	-	-	-	-
9. + Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden	-	-	-	-	-	-	-
10. + Auszahlungen für Baumaßnahmen	-	-	-	-	-	-	-
11. + Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen	-	-	217	-	-	-	-
12. + Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	-	-	-	-	-	-	-
13. + Sonstige Investitionsauszahlungen	-	-	-	-	-	-	-
14. = Zuschussbedarf für Investitionsmittel	-	-	217	-	-	-	-
15. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen	-	-	-	-	-	-	-
16. + Auszahlungen aus gegebenen Darlehen	-	-	-	-	-	-	-
17. = Zuschussbedarf für Darlehen	-	-	0	0	0	0	0
18. = Finanzbedarf an liquiden Mitteln	-	-	4.644	4.462	0	0	0

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 104 Regierungs- und Fachaufgaben
der Justizbehörde

III.5 Erläuterung der Investitionsmaßnahmen

Investitionsmaßnahmen	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Nicht einzeln ausgewiesene Investitionsmaßnahmen							
Einzahlungen aus Investitionen							
Auszahlungen für Investitionen			217				
Zuschussbedarf für nicht einzeln ausgewiesenen Investitionsmaßnahmen			217				
Verpflichtungsermächtigung für nicht einzeln ausgewiesene Investitionsmaßnahmen							
Zuschussbedarf für Investitionsmittel			217				

Die Investitionen sind ab 2011 zentral im Besonderen Budgetbereich Q01 Behördenverwaltung der Justiz geplant worden.

III.6 Erläuterung der gesondert veranschlagten Projekte

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
-							

Es gibt im Aufgabenbereich Regierungsaufgaben keine gesondert veranschlagten Projekte.

III.7 Erläuterung der im Haushalt veranschlagten Darlehen

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
-							

Es gibt im Aufgabenbereich Regierungsaufgaben keine veranschlagten Darlehen.

IV. Abbildung der Ziele, Kennzahlen und Produktgruppen des Aufgabenbereichs 104 Regierungs- und Fachaufgaben der Justizbehörde

IV.1 Ziele und Kennzahlen des Aufgabenbereichs

S. Politische Ziele und Ziele der Produktgruppen.

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
-							

Anlage 1.2
Aufgabenbereich 104 Regierungs- und Fachaufgaben
der Justizbehörde

IV.2 Ziele, Kennzahlen, Kosten und Erlöse der Produktgruppen

IV.2.1 Produktgruppe Politikgestaltung und -vermittlung, Ministerielle Begleitung von Normsetzungsverfahren

Beschreibung der Produktgruppe

Politikgestaltung und Vermittlung von politischen Inhalten sowie Begleitung von Normsetzungsverfahren

Zugeordnete Produkte:

Materielles Zivilrecht, Zivilverfahrensrecht, etc.
 Präsidialstab, Amtsleitung
 Öffentliches Recht und Rechtsprüfung
 Strafrecht

Ziele der Produktgruppe

- Rechtliche und fachliche Betreuung der Bundes- und Landesgesetzgebung sowie des EU-Rechts
- Rechtsprüfung in Angelegenheiten des Senats sowie der hamburgischen Behörden und Ämter

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
1. Anzahl der betreuten Verfahren im Bundesrat und in seinem Rechtsausschuss	Anz.	140	140	140	140	140	140	140
2. Anzahl der Rechtsprüfungen (ohne Anfragen nach Art. 18 HV)	Anz.	710	600	700	600	600	600	600
3. Anzahl der betreuten Verfahren beim Bundesverfassungsgericht	Anz.	57	60	60	60	60	60	60

Kosten und Erlöse	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Gesamterlöse							
Gesamtkosten	2.154	2.228	2.765	3.749	2.478	2.420	2.412
Davon Erlöse aus dem Spezialbudget							
Davon Kosten aus dem Spezialbudget							
Saldo	2.154	2.228	2.765	3.749	2.478	2.420	2.412

IV.2.2 Produktgruppe Besondere Regierungs- und Fachaufgaben

Beschreibung der Produktgruppe

Wahrnehmung besonderer Regierungsaufgaben

Zugeordnete Produkte:

Vorbehaltsbereiche der Behördenleitungen (z.B. Innenrevision)
 Stiftungsangelegenheiten
 Gnadenangelegenheiten
 Aufsicht über die Hamburger Staatsanwaltschaften
 Internationale Rechtshilfe
 Sonstige zentrale Fachaufgaben der Verwaltungsämter in den Fachbehörden (z.B. Sammelfond für Bußgelder; Justizkasse)
 Darstellung der Zentralen Ansätze des Einzelplans

Ziele der Produktgruppe

- Förderung des Hamburger Stiftungswesens
- Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Alter,

Anlage 1.2**Aufgabenbereich 104 Regierungs- und Fachaufgaben
der Justizbehörde**

Gesinnung, Religion und sexueller Identität in Hamburg

- Sicherstellung des Kassengeschäfts einschließlich des Forderungsmanagements der Justiz
- Gewährleistung einer sachgerechten Rechtshilfe

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
4. Justizkasse Forderungseingänge	Anz.	297.347	261.272	300.000	260.000	260.000	260.000	260.000
5. Justizkasse Vollstreckungsanträge	Anz.	26.574	45.597	29.000	45.000	45.000	45.000	45.000
6. Anzahl von Anträgen auf Rechtshilfe in Strafsachen	Anz.	273	234	300	300	300	300	300
7. Neu errichtete Stiftungen	Anz.	67	45	40	45	45	45	45
8. Beaufsichtigte Stiftungen	Anz.	1.077	1.162	1.207	1.207	1.207	1.207	1.207
9. Betreute rechtsfähige Vereine	Anz.	69	69	69	69	69	69	69
10. Anzahl zu bearbeitender Gnadensachen	Anz.	351	427	500	400	400	400	400

Kosten und Erlöse	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Gesamterlöse							
Gesamtkosten	5.697	5.892	11.521	10.433	7.031	6.878	6.898
Davon Erlöse aus dem Spezialbudget							
Davon Kosten aus dem Spezialbudget							
Saldo	5.697	5.892	11.521	10.433	7.031	6.878	6.898

V. Übersicht über die Vollzeitäquivalente des Aufgabenbereichs 104 Regierungs- und Fachaufgaben der Justizbehörde

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Die Vollzeitäquivalente sind im Besonderen Budgetbereich abgebildet							

VI. Wirtschaftspläne

Es gibt in diesem Aufgabenbereich keinen Wirtschaftsplan.

Anlage 1.2
**Aufgabebereich 105 Hamburger Beauftragter für
 Datenschutz und Informationsfreiheit**

Einzelplan 2.0 Behörde für Justiz und Gleichstellung

I. Allgemeine Erläuterungen zum Aufgabebereich 105

**Hamburger Beauftragter für
 Datenschutz und Informationsfreiheit**

I.1 Politische Ziele

Die politischen Ziele sind:

- Gewährleistung des Grundrechts der Bürgerinnen und Bürger auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 Abs.1 i. V. m. Art.1 Abs.1 GG)
- Schutz des Einzelnen vor Beeinträchtigung seines Persönlichkeitsrechts durch den Umgang der öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen mit seinen personenbezogenen Daten
- Implementierung und Durchsetzung des Informationsfreiheitsanspruchs der Bürgerinnen und Bürger auf voraussetzungslosen Informationszugang bei allen hamburgischen Behörden und öffentlich-rechtlichen Einrichtungen

I.2 Aufgabenschwerpunkt

Die Aufgabenschwerpunkte sind:

- Überwachung der Behörden auf Einhaltung der Vorschriften des Hamburgischen Datenschutzgesetzes und sowie weiterer Vorschriften über den Datenschutz bei der Verarbeitung personenbezogener Daten
- als Aufsichtsbehörde über die nichtöffentlichen Stellen gemäß §38 des Bundesdatenschutzgesetzes Kontrolle der Ausführung der Vorschriften über den Datenschutz im Bereich der Hamburger Wirtschaft
- Stärkung und Kontrolle des Anspruchs der Bürgerinnen und Bürger auf Informationszugang bei den hamburgischen Behörden

I.3 Zugeordnete Produktgruppen

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Produktgruppe Hamburger Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit							
Erlöse	-12	-29	-22	-22	-22	-22	-22
Kosten	1.278	1.363	1.370	1.486	1.484	1.477	1.476
Saldo Produktgruppe Hamburger Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	1.266	1.334	1.348	1.464	1.462	1.455	1.454
Summe der Produktgruppenerlöse	-12	-29	-22	-22	-22	-22	-22
Summe Produktgruppenkosten	1.278	1.363	1.370	1.486	1.484	1.477	1.476
Saldo über alle Produktgruppen = Budgetzuweisung zum Regelbudget / Spezialbudget	1.266	1.334	1.348	1.464	1.462	1.455	1.454

I.4 Beteiligte Besondere Budgetbereiche

Intendantzaufgaben sowie das Gebäudemanagement sind Aufgaben, die in dem Besonderen Budgetbereich Q 01 Behördenverwaltung der Justiz wahrgenommen werden.

I.5 Rechtsgrundlagen

Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs.1 GG), Hamburgisches Datenschutzgesetz, Bundesdatenschutzgesetz, bereichsspezifische landes- und bundesdatenschutzrechtliche Vorschriften, Hamburgisches Informationsfreiheitsgesetz.
--

I.6 Grundkennzahlen

-								
	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Summe der Zahl der Eingaben über alle Produkte								

Anlage 1.2**Aufgabebereich 105 Hamburgischer Beauftragter für
Datenschutz und Informationsfreiheit****I.7 Vergleichskennzahlen**

Es gibt derzeit keine überregionalen Vergleichsdaten.

	Hamburg	Berlin	München	Frankfurt	Stuttgart	Köln
-						

**II. Veranschlagung und Ermächtigung für den Aufgabebereich 105 Hamburgischer Beauftragter für
Datenschutz und Informationsfreiheit****II.1 Veranschlagung der Budgetzuweisungen**

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Budgetzuweisung zum Regelbudget	-1.266	-1.334	-1.348	-1.464	-1.462	-1.455	-1.454
Budgetzuweisung zum Spezialbudget	0	0	0	0	0	0	0
Budgetzuweisung zum Projektbudget	0	0	0	0	0	0	0
Summe Budgetarten	-1.266	-1.334	-1.348	-1.464	-1.462	-1.455	-1.454
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Regelbudget							
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Spezialbudget							
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Projektbudget							

II.2 Veranschlagung der Zuschussbedarfe

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
-							

II.3 Im Besonderen Budgetbereich ermächtigte Budgetanteile (Teilfertiger)

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
-							

II.4 Ermächtigung der Budgetzuweisungen des Aufgabebereichs

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Budgetzuweisung zum Regelbudget	-1.266	-1.334	-1.348	-1.464	-1.462	-1.455	-1.454
Budgetzuweisung zum Spezialbudget	0	0	0	0	0	0	0
Budgetzuweisung zum Projektbudget	0	0	0	0	0	0	0
Summe Budgetarten	-1.266	-1.334	-1.348	-1.464	-1.462	-1.455	-1.454
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Regelbudget							
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Spezialbudget							
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Projektbudget							

Anlage 1.2**Aufgabebereich 105 Hamburger Beauftragter für
Datenschutz und Informationsfreiheit****II.5 Darin enthaltene Intendanz- und Dienstleistungen aus den Besonderen Budgetbereichen**

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Bezeichnung Besonderer Budgetbereich Q01 Behördenverwaltung Justiz	-159	-164	-179	-185	-182	-177	-177
Summe	-159	-164	-179	-185	-182	-177	-177

II.6 Ermächtigung der Zuschussbedarfe des Aufgabenbereichs

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
-							

II.7 Haushaltsrechtliche Regelungen

Fünf vom Hundert des Regelbudgets sind deckungsfähig zugunsten der Regelbudgets der anderen Budgetbereiche im Einzelplan der Justizbehörde, soweit die Erfüllung der Leistungszwecke sichergestellt ist und das Budget nur für bereits bezeichnete Leistungszwecke eingesetzt wird.

Das Regelbudget ist übertragbar, soweit der Leistungszweck fortbesteht und die Ziele im Budgetbereich erreicht sind.

Aus dem Regelbudget dürfen Leistungen aus Gründen der Billigkeit gewährt werden.

Anlage 1.2

Aufgabebereich 105 Hamburgischer Beauftragter für

Datenschutz und Informationsfreiheit

III Haushaltsplanung des Aufgabebereichs 105 Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

III.1 Besonderheiten des Ergebnisplans in den Planjahren

zu Position 8 „Personalkosten“:

Die ausgewiesenen Personalkosten sind das Produkt aus geplanten Vollzeitäquivalenten und zentral vorgegebenen Personalkostenverrechnungssätzen.

Diese Verrechnungssätze berücksichtigen die Tarif- und Besoldungsanpassungen 2010 und die Absenkung bzw. Streichung des Weihnachtsgeldes für Beamtinnen und Beamte.

III.2 Ergebnisplan des Aufgabebereichs

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
1. Erlöse aus Verwaltungstätigkeit	-12	-29	-21	-22	-22	-22	-22
2. + Erlöse aus Transferleistungen	0	0	0	0	0	0	0
3. + Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich	0	0	0	0	0	0	0
4. + Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0
5. + Sonstige Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
6. + Erlöse aus verrechneten Leistungen	0	0	0	0	0	0	0
7. + Kosten aus Verwaltungstätigkeit	73	66	69	79	79	79	80
8. + Personalkosten	1.045	1.128	1.114	1.216	1.217	1.215	1.213
a) Kosten für Entgelte	92	116	72	152	153	154	154
b) Kosten für Bezüge	686	735	754	757	756	754	752
c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	0	0	0	0	0	0	0
d) Kosten für Sozialleistungen	45	42	45	60	61	61	61
e) Kosten für Versorgungsleistungen	223	236	243	247	247	246	246
9. + Kosten für Transferleistungen	0	0	0	0	0	0	0
10. + Kosten für den Länderfinanzausgleich	0	0	0	0	0	0	0
11. + Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	0	0	0	0	0	0	0
12. + Sonstige Kosten	0	4	6	6	6	6	6
13. + Kosten aus verrechneten Leistungen	159	164	179	185	182	177	177
14. = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	1.266	1.334	1.347	1.464	1.462	1.455	1.454
15. Erlöse aus Beteiligungen	0	0	0	0	0	0	0
16. + Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0
17. + Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse	0	0	0	0	0	0	0

Anlage 1.2
Aufgabereich 105 Hamburgischer Beauftragter für
Datenschutz und Informationsfreiheit

18. + Abschreibungen auf Ausleihungen des Finanzanlagevermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0	0	0
19. + Zinsen und ähnliche Kosten	0	0	1	0	0	0	0
20. = Finanzergebnis	0	0	1	0	0	0	0
21. = Ordentliches Ergebnis	1.266	1.334	1.348	1.464	1.462	1.455	1.454
22. Außerordentliche Erlöse	0	0	0	0	0	0	0
23. + Außerordentliche Kosten	0	0	0	0	0	0	0
24. = Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0	0
25. = Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag vor pauschalen Vorgabeerfüllungen	1.266	1.334	1.348	1.464	1.462	1.455	1.454
26. + Pauschale Vorgabeerfüllung	0	0	0	0	0	0	0
27. = Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag nach pauschalen Vorgabeerfüllungen	1.266	1.334	1.348	1.464	1.462	1.455	1.454

Anlage 1.2**Aufgabereich 105 Hamburgischer Beauftragter für
Datenschutz und Informationsfreiheit****III.3 Besonderheiten des Finanzplans in den Planjahren****III.4 Finanzplan des Aufgabenbereichs**

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-12	-29	-22	-22	-22	-22	-22
2. + Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	896	963	946	1.024	1.024	1.023	1.022
3. = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	884	934	924	1.002	1.002	1.001	1.000
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen	0	0	0	0	0	0	0
5. + Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0	0	0	0	0	0	0
6. + Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0	0
7. + Sonstige Investitionseinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
8. + Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse	0	0	0	0	0	0	0
9. + Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden	0	0	0	0	0	0	0
10. + Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0	0
11. + Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen	4	9	0	0	0	0	0
12. + Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0	0
13. + Sonstige Investitionsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0
14. = Zuschussbedarf für Investitionsmittel	4	9	0	0	0	0	0
15. Einzahlungen aus gegebenen Darlehen	0	0	0	0	0	0	0
16. + Auszahlungen aus gegebenen Darlehen	0	0	0	0	0	0	0
17. = Zuschussbedarf für Darlehen	0	0	0	0	0	0	0
18. = Finanzbedarf an liquiden Mitteln	888	943	924	1.002	1.002	1.001	1.000

Anlage 1.2
**Aufgabebereich 105 Hamburgischer Beauftragter für
 Datenschutz und Informationsfreiheit**

III.5 Erläuterung der Investitionsmaßnahmen

Investitionsmaßnahmen	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
-							

Die Investitionen sind zentral im Besonderen Budgetbereich Q01 Behördenverwaltung der Justiz geplant worden.

III.6 Erläuterung der gesondert veranschlagten Projekte

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
-							

Es gibt im Aufgabenbereich Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit keine gesondert veranschlagten Projekte.

III.7 Erläuterung der im Haushalt veranschlagten Darlehen

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
-							

Es gibt im Aufgabenbereich Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit keine veranschlagten Darlehen.

IV. Abbildung der Ziele, Kennzahlen und Produktgruppen des Aufgabenbereichs 105 Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

IV.1 Ziele und Kennzahlen des Aufgabenbereichs

Wesentliche Kennzahlen des Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit sind:

- die Zahl der Beratungen in rechtlichen, technischen und organisatorischen Fragen
- die Zahl der Eingaben und Prüfungen im Zusammenhang mit der Überwachung der datenverarbeitenden Stellen und
- die Zahl der Beteiligung an Rechtsetzungsverfahren

Die Kennzahlen sind in der Produktgruppe ausgewiesen.

	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
-								

IV.2 Ziele, Kennzahlen, Kosten und Erlöse der Produktgruppen

IV.2.1 Produktgruppe Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

Beschreibung der Produktgruppe

Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit strebt Schutz des Persönlichkeitsrechts und der Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger vor den Gefährdungen und Angriffen von Seiten des Staates und der Wirtschaft bei der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten an. Die Entwicklung ist geprägt durch zunehmende personenbezogene Überwachungen und Datensammlungen sowohl im öffentlichen wie im privatwirtschaftlichen Bereich. Dies führt zu einem erhöhten Bedarf an datenschutzrechtlichen und datenschutztechnischen Prüfungen und der Verfolgung von Datenschutzverstößen.

Ziel ist es, im staatlichen Bereich eine Ausweitung heimlicher und verdachtsunabhängiger Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen zu verhindern und den Schutz des unantastbaren Kernbereichs privater Lebensgestaltung durchzusetzen. Bei der Kontrolle der Datenverarbeitung in der Privatwirtschaft ist insbesondere die Einhaltung der Vorschriften der Datensicherheit der eingesetzten IT-Technik durchzusetzen.

Die verstärkte Nutzung neuer Medien (z.B. E-Maildienste, Internet, sozialer Netzwerke) und Überwachungstechniken (z.B. Videoüberwachung) führt zu einer steigenden Zahl von Eingaben und erhöht den Bedarf an Beratungen und Aufsichtstätigkeiten des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten.

Die Übernahme der Aufgabe des Informationsfreiheitsbeauftragten wird zu einer besseren Durchsetzung des

Anlage 1.2

Aufgabebereich 105 Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

Informationszugangsrechts führen. Das öffentliche Bewusstsein für Informationsfreiheit soll durch die Information der Bürgerinnen und Bürger über Fragen des Informationsfreiheitsrechts gestärkt werden.

Zugeordnete Produkte

1. Aufgabe Landesdatenschutzbeauftragter: Überwachung der Einhaltung der Vorschriften des Datenschutzes durch die Behörden
2. Aufgabe Aufsichtsbehörde gemäß § 38 Bundesdatenschutzgesetz: Kontrolle der Datenverarbeitung in der Hamburger Wirtschaft
3. Aufgabe Informationsfreiheitsbeauftragter: Förderung und Durchsetzung des Anspruchs auf Informationszugang bei allen öffentlichen Stellen

Ziele der Produktgruppe

- Sicherstellung des Schutzes der Persönlichkeitsrechte und der Privatsphäre vor unzulässigem staatlichen Eingriff (Kennzahl 1)
- Weiterentwicklung der Kontrolltätigkeit der Datenverarbeitung in der Hamburger Wirtschaft (Kennzahl 2)
- Förderung von Ansprüchen nach dem Informationsfreiheitsgesetz (Kennzahl 4)

Kennzahlen	Einheit	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
1. Zahl der Beratungen in rechtlichen, technischen und organisatorischen Fragen	Anz.	2.644	2.867	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
2. Zahl der Prüfungen datenverarbeitender Stellen	Anz.	448	436	400	500	500	400	400
3. Zahl der Stellungnahmen zu Rechtsetzungsverfahren	Anz.	39	71	40	40	40	40	40
4. Eingaben von Bürgern beim Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit	Anz.	867	1.115	1.250	1.250	1.250	1.250	1.250

Kosten und Erlöse	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Gesamterlöse	-12	-29	-22	-22	-22	-22	-22
Gesamtkosten	1.278	1.363	1.370	1.486	1.484	1.477	1.476
Davon Erlöse aus dem Spezialbudget	0	0	0	0	0	0	0
Davon Kosten aus dem Spezialbudget	0	0	0	0	0	0	0
Saldo	1.266	1.334	1.348	1.464	1.462	1.455	1.454

V. Übersicht über die Vollzeitäquivalente des Aufgabebereichs 105 Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

V.1 Übersicht über die Vollzeitäquivalente nach Laufbahngruppen

	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppe 1				0,00	0,00	0,00	0,00
Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter der Laufbahngruppe 2				12,95	12,95	12,95	12,95
Summe der Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter			13,63	12,95	12,95	12,95	12,95
Tarifbeschäftigte Äquivalent Laufbahngruppe 1				2,00	2,00	2,00	2,00
Tarifbeschäftigte Äquivalent Laufbahngruppe 2				1,75	1,75	1,75	1,75
Summe der Tarifbeschäftigten			3,14	3,75	3,75	3,75	3,75
Gesamtsumme			16,77	16,70	16,70	16,70	16,70

Anlage 1.2
**Aufgabebereich 105 Hamburger Beauftragter für
 Datenschutz und Informationsfreiheit**

V.2 Übersicht über die Vollzeitäquivalente nach Wertigkeit – Beamtinnen/Beamte, Richterinnen/Richter

	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
<i>Laufbahnguppe 1</i>							
A 3				0,00	0,00	0,00	0,00
A 4				0,00	0,00	0,00	0,00
A 5				0,00	0,00	0,00	0,00
A 6				0,00	0,00	0,00	0,00
A 7				0,00	0,00	0,00	0,00
A 8				0,00	0,00	0,00	0,00
A 9				0,00	0,00	0,00	0,00
Nachwuchskräfte (ehemals: mittlerer Dienst)				0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Laufbahnguppe 1				0,00	0,00	0,00	0,00
<i>Laufbahnguppe 2</i>							
A 9				0,00	0,00	0,00	0,00
A 10				1,00	1,00	1,00	1,00
A 11				0,00	0,00	0,00	0,00
A 12				3,00	3,00	3,00	3,00
A 13				0,95	0,95	0,95	0,95
A 14				1,00	1,00	1,00	1,00
A 15				5,00	5,00	5,00	5,00
A 16				1,00	1,00	1,00	1,00
Nachwuchskräfte 1. Einstiegsamt (ehemals: gehobener Dienst)				0,00	0,00	0,00	0,00
Nachwuchskräfte 2. Einstiegsamt (ehemals: höherer Dienst)				0,00	0,00	0,00	0,00
B 1				0,00	0,00	0,00	0,00
B 2				0,00	0,00	0,00	0,00
B 3				0,00	0,00	0,00	0,00
B 4				1,00	1,00	1,00	1,00
B 5				0,00	0,00	0,00	0,00
B 6				0,00	0,00	0,00	0,00
B 7				0,00	0,00	0,00	0,00
B 8				0,00	0,00	0,00	0,00
B 9				0,00	0,00	0,00	0,00
B 10				0,00	0,00	0,00	0,00
B 11				0,00	0,00	0,00	0,00
R 1				0,00	0,00	0,00	0,00
R 2				0,00	0,00	0,00	0,00
R 3				0,00	0,00	0,00	0,00
R 4				0,00	0,00	0,00	0,00
R 5				0,00	0,00	0,00	0,00
R 6				0,00	0,00	0,00	0,00
R 7				0,00	0,00	0,00	0,00
R 8				0,00	0,00	0,00	0,00
W 1				0,00	0,00	0,00	0,00
W 2				0,00	0,00	0,00	0,00
W 3				0,00	0,00	0,00	0,00
C 1				0,00	0,00	0,00	0,00
C 2				0,00	0,00	0,00	0,00
C 3				0,00	0,00	0,00	0,00
C 4				0,00	0,00	0,00	0,00

Anlage 1.2**Aufgabebereich 105 Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit**

Summe Laufbahngruppe 2				12,95	12,95	12,95	12,95
Textfeld für eventuelle Erläuterungen							

V.3 Übersicht über Vollzeitäquivalente nach Wertigkeit – Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer

	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
<i>Äquivalent Laufbahngruppe 1</i>							
E 1				0,00	0,00	0,00	0,00
E 2				0,00	0,00	0,00	0,00
E 2 Ü				0,00	0,00	0,00	0,00
E 3				0,00	0,00	0,00	0,00
E 4				0,00	0,00	0,00	0,00
E 5				0,00	0,00	0,00	0,00
E 6				0,00	0,00	0,00	0,00
E 7				0,00	0,00	0,00	0,00
E 8				2,00	2,00	2,00	2,00
E 9				0,00	0,00	0,00	0,00
Nachwuchskräfte				0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Äquivalent Laufbahngruppe 1				2,00	2,00	2,00	2,00
<i>Äquivalent Laufbahngruppe 2</i>							
E 9				0,00	0,00	0,00	0,00
E 10				0,75	0,75	0,75	0,75
E 11				0,00	0,00	0,00	0,00
E 12				0,00	0,00	0,00	0,00
E 13				0,00	0,00	0,00	0,00
E 13 Ü				0,00	0,00	0,00	0,00
E 14				1,00	1,00	1,00	1,00
E 15				0,00	0,00	0,00	0,00
E 15 Ü				0,00	0,00	0,00	0,00
Rechtsreferendare				0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Äquivalent Laufbahngruppe 2				1,75	1,75	1,75	1,75
Textfeld für eventuelle Erläuterungen							

VI. Wirtschaftspläne des Aufgabebereichs 105 Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

Es gibt in diesem Aufgabebereich keinen Wirtschaftsplan.
--

1.3 Wirtschaftspläne der Besonderen Budgetbereiche für Teifertiger bzw. Intendanz- und Dienstleister

Besonderer Budgetbereich Q01 Behördenverwaltung Justiz

I. Allgemeine Erläuterungen zum Besonderen Budgetbereich Q01 Behördenverwaltung Justiz

I.1 Aufgabenschwerpunkt

- | |
|--|
| <ul style="list-style-type: none"> - Justizverwaltung: u.a. Gebäudemanagement und Ressourcensteuerung (Erprobung des Neuen doppischen Haushalts) - Gemeinsame Personalverwaltung und Bezügeabrechnung der Gerichte - Gemeinsame Annahmestelle |
|--|

I.2 Zugeordnete Aufgabenbereiche

- | |
|--|
| <ul style="list-style-type: none"> - 100 Staatsanwaltschaften - 101 Gerichte - 102 Justizvollzug - 104 Regierungs- und Fachaufgaben - 105 Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit |
|--|

I.3 Rechtsgrundlagen

Die Gesamtheit des materiellen und formellen Rechts.
--

I.4 Grundkennzahlen

Die Kennzahlen der Justiz sind in den Teilplänen der Aufgabenbereiche aufgeführt.

	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
-							

I.5 Vergleichskennzahlen

Die Kennzahlen der Justiz sind in den Teilplänen der Aufgabenbereiche aufgeführt.

	Hamburg	Berlin	München	Frankfurt	Stuttgart	Köln
-						

II. Ermächtigung für den Besonderen Budgetbereich Q01 Behördenverwaltung Justiz

II.1 Ermächtigung der Budgetzuweisungen des Besonderen Budgetbereichs

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Budgetzuweisung zum Regelbudget	-7.851	-8.120	-8.860	-9.720	-9.509	-9.298	-9.310
Budgetzuweisung zum Projektbudget							
Summe Budgetarten	-7.851	-8.120	-8.860	-9.720	-9.509	-9.298	-9.310
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Regelbudget							
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Projektbudget							

Anlage 1.3
Besonderer Budgetbereich Q 01
Behördenverwaltung Justiz

II.2 Darin enthaltene Intendantz- und Dienstleistungen für Aufgabenbereiche

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Aufgabenbereich 100 Staatsanwaltschaften	-4.520	-4.675	-5.182	-5.277	-5.179	-5.058	-5.040
Aufgabenbereich 101 Gerichte	-29.328	-30.337	-34.612	-34.240	-33.609	-32.818	-32.707
Aufgabenbereich 102 Justizvollzug	-5.185	-5.357	-5.814	-6.047	-5.935	-5.796	-5.776
Aufgabenbereich 105 HBDI	-159	-164	-179	-185	-182	-177	-177
Summe	-39.192	-40.533	-45.787	-45.749	-44.905	-43.849	-43.700

II.3 Ermächtigung der Zuschussbedarfe des Besonderen Budgetbereichs

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Zuschussbedarf für Investitionsmittel				232	256	235	227
Summe der investiven Verpflichtungsermächtigungen							

II.4 Budgetanteile je Aufgabenbereich für Teilstiftigerleistungen

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
Aufgabenbereich 104 Regierungs- und Fachaufgaben der Justizbehörde							
Budgetzuweisung zum Regelbudget	-7.851	-8.120	-8.860	-9.720	-9.509	-9.298	-9.310
Budgetzuweisung zum Projektbudget							
Summe Budgetbereich	-7.851	-8.120	-8.860	-9.720	-9.509	-9.298	-9.310
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Regelbudget							
Summe der konsumtiven Verpflichtungsermächtigungen Projektbudget							
Zuschussbedarf für Investitionsmittel							
Summe der investiven Verpflichtungsermächtigungen							

II.5 Haushaltrechtliche Regelungen

<p>Das Regelbudget ist im Budgetbereich deckungsfähig zugunsten der Investitionsmittel, soweit die Erfüllung der Leistungszwecke sichergestellt ist und das Budget nur für bereits bezeichnete Leistungszwecke eingesetzt wird. Fünf vom Hundert des Regelbudgets sind deckungsfähig zugunsten des Regelbudgets der anderen Budgetbereiche im Einzelplan Justiz, soweit die Erfüllung der Leistungszwecke sichergestellt ist und das Budget nur für bereits bezeichnete Leistungszwecke eingesetzt wird.</p> <p>Das Regelbudget ist übertragbar, soweit der Leistungszweck fortbesteht und die Ziele im Budgetbereich erreicht sind.</p> <p>Die Investitionsmittel sind deckungsfähig zugunsten der Investitionsmittel der anderen Budgetbereiche im Einzelplan der Justizbehörde.</p> <p>Investitionsmittel sind übertragbar, soweit die Investitionsmaßnahme nicht abgeschlossen ist. Nicht in Anspruch genommene Investitionsmittel können bis zu zwei Jahren nach Abschluss der jeweiligen Investitionsmaßnahme übertragen werden.</p> <p>Aus dem Regelbudget dürfen Leistungen aus Gründen der Billigkeit gewährt werden.</p>
--

III Haushaltsplanung des Besonderen Budgetbereichs Behördenverwaltung Justiz

III.1 Besonderheiten des Ergebnisplans in den Planjahren

zu Position 7: „Kosten aus Verwaltungstätigkeit“:

Im Besonderen Budgetbereich wird (u. a.) die Miete für die Objekte Sievekingplatz 1 bis 3 gezahlt. In die Mietverträge sollen in Abstimmung mit der Vermieterin KG VHG durch Nachträge folgende 2 Veränderungen vorgenommen werden:

- Umstellung von bisher einjähriger Kündigungsfrist auf eine Festlaufzeit von 30 Jahren
- Vereinbarung einer Mietindexierung: Bisher kann der Mietzins alle drei Jahre auf Marktangemessenheit im Verhandlungswege überprüft werden. Künftig soll eine Mietindexierung vorgenommen werden: nach jeweils 2 Jahren soll die Miethöhe angepasst werden, wenn der Verbraucherpreisindex ohne Energiekosten sich um 5 Prozentpunkte nach oben oder unten verändert hat. Dabei sollen die ersten 5 Jahre ohne Anwendung der Überprüfungsklausel vereinbart werden.

Mit der Verlängerung der Mietverträge soll die ohnehin beabsichtigte langfristige Nutzung der Objekte auch mietvertraglich nachvollzogen werden. Sie wurden bei der Vorbereitung der Verkäufe im Rahmen des Projektes Immobilienmobilisierung (PRIMO) ausgeklammert, um sie dauerhaft für öffentliche Zwecke bei der FHH zu belassen. Die Indexierung ist eine Anpassung an marktübliche Mietverträge.

Der in 2011 im Vergleich zu 2010 geringere Planwert ist im Wesentlichen geprägt durch Umschichtungen des Budgets für Portokosten in die einzelnen Aufgabenbereiche.

zu Position 8 „Personalkosten“:

Die ausgewiesenen Personalkosten sind das Produkt aus geplanten Vollzeitäquivalente und zentral vorgegebenen Personalkostenverrechnungssätzen.

Diese Verrechnungssätze berücksichtigen die Tarif- und Besoldungsanpassungen 2010 und die Absenkung bzw. Streichung des Weihnachtsgeldes für Beamtinnen und Beamte.

zu Position 9 „Kosten für Transferleistungen“:

Der in 2011 im Vergleich zu 2010 höhere Planwert ist im Wesentlichen geprägt durch die Zuwendungen aus dem Bereich der Arbeitsstelle Vielfalt.

zu Position 26 „Pauschale Vorgabebeerfüllung“:

Hier ist die Konsolidierungsverpflichtung aus dem November 2009 abgebildet. Die Konkretisierung erfolgt im Haushaltsvollzug.

III.2 Ergebnisplan des Besonderen Budgetbereichs

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
1. Erlöse aus Verwaltungstätigkeit	-161	-162	-106	-106	-106	-106	-106
2. + Erlöse aus Transferleistungen	-	-	-	-	-	-	-
3. + Erlöse aus dem Länderfinanzausgleich	-	-	-	-	-	-	-
4. + Aktivierte Eigenleistungen	-	-	-	-	-	-	-
5. + Sonstige Erlöse	-1.064	-692	-537	-616	-615	-614	-614
6. + Erlöse aus verrechneten Leistungen	-47.043	-48.653	-54.728	-55.468	-54.415	-53.147	-53.010
7. + Kosten aus Verwaltungstätigkeit	34.257	34.732	39.503	38.183	38.183	38.183	38.183
8. + Personalkosten	12.837	13.363	13.767	17.680	17.515	17.619	17.107
a) Kosten für Entgelte	3.309	3.575	3.225	4.204	4.256	4.185	4.163
b) Kosten für Bezüge	6.487	6.619	7.227	9.216	9.048	9.188	8.831

Anlage 1.3
Besonderer Budgetbereich Q 01
Behördenverwaltung Justiz

	c) Sonstige Kosten mit Entgelt- oder Bezugscharakter	-	-	-	-	-	-	-
	d) Kosten für Sozialleistungen	867	953	905	1.181	1.184	1.176	1.157
	e) Kosten für Versorgungsleistungen	2.175	2.216	2.410	3.079	3.027	3.070	2.956
9.	+ Kosten für Transferleistungen	71	96	124	627	587	587	627
10.	+ Kosten für den Länderfinanzausgleich	-	-	-	-	-	-	-
11.	+ Kosten für Abnutzung - Abschreibungen	-	-	626	635	662	685	712
12.	+ Sonstige Kosten	1.102	1.316	995	1.018	1.018	1.009	983
13.	+ Kosten aus verrechneten Leistungen	7.851	8.120	8.860	9.720	9.509	9.298	9.310
14.	= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	7.851	8.120	8.503	11.673	12.338	13.513	13.192
15.	Erlöse aus Beteiligungen	-	-	-	-	-	-	-
16.	Erlöse aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-	-	-	-	-	-	-
17.	+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erlöse	-	-	-	-	-	-	-
18.	Abschreibungen auf Ausleihungen des Finanzvermögens und Wertpapiere des Umlaufvermögens	-	-	-	-	-	-	-
19.	+ Zinsen und ähnliche Kosten	-	-	357	367	371	375	378
20.	= Finanzergebnis	-	-	357	367	371	375	378
21.	= Ordentliches Ergebnis	7.851	8.120	8.860	12.040	12.709	13.888	13.570
22.	Außerordentliche Erlöse	-	-	-	-	-	-	-
23.	+ Außerordentliche Kosten	-	-	-	-	-	-	-
24.	= Außerordentliches Ergebnis	-	-	-	-	-	-	-
25.	= Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag vor pauschalen Vorgabebeerfüllungen	7.851	8.120	8.860	12.040	12.709	13.888	13.570
26.	+ Pauschale Vorgabebeerfüllung			-	-2.320	-3.200	-4.590	-4.260
27.	= Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag nach pauschalen Vorgabebeerfüllungen	7.851	8.120	8.860	9.720	9.509	9.298	9.310

Anlage 1.3
Besonderer Budgetbereich Q 01
Behördenverwaltung Justiz

III.3 Besonderheiten des Finanzplans in den Planjahren

Zu Position 11. „Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen“ siehe Berichtsblock III.5.

III.4 Finanzplan des Besonderen Budgetbereichs

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
1. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-1.225	-854	-643	-680	-680	-680	-680
2. + Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	46.092	47.291	51.979	51.742	50.715	49.372	49.332
3. = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	44.868	46.437	51.336	51.062	50.035	48.692	48.652
4. Einzahlungen aus empfangenen Investitionszuschüssen	-	-	-	-	-	-	-
5. + Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	-	-	-	-	-	-	-
6. + Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	-	-	-	-	-	-	-
7. + Sonstige Investitionseinzahlungen	-	-	-	-	-	-	-
8. + Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse	-	-	-	-	-	-	-
9. + Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden	-	-	-	-	-	-	-
10. + Auszahlungen für Baumaßnahmen	-	-	-	-	-	-	-
11. + Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	76	6	-	232	256	235	227
12. + Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	-	-	-	-	-	-	-
13. + Sonstige Investitionsauszahlungen	-	-	-	-	-	-	-
14. = Zuschussbedarf für Investitionsmittel	76	6	-	232	256	235	227
18. = Finanzbedarf an liquiden Mitteln	44.944	46.443	51.336	51.294	50.291	48.927	48.879

Anlage 1.3
Besonderer Budgetbereich Q 01
Behördenverwaltung Justiz

III.5 Erläuterung der Investitionsmaßnahmen

Investitionsmaßnahmen	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
-			0	232	256	235	227

Die Investitionsmittel für die Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen über 5.000 Euro für die Aufgabenbereiche Regierungs- und Fachaufgaben der Justizbehörde, Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit, Staatsanwaltschaften und Gerichte sind zentral im Besonderen Budgetbereich Behördenverwaltung Justiz ausgewiesen worden, da eine Zuordnung der Mittel auf die Aufgabenbereiche erst im Zuge der Bewirtschaftung erfolgen kann.

III.6 Erläuterung der gesondert veranschlagten Projekte

	Ist 2008 Tsd. EUR	Ist 2009 Tsd. EUR	Plan 2010 Tsd. EUR	Plan 2011 Tsd. EUR	Plan 2012 Tsd. EUR	Plan 2013 Tsd. EUR	Plan 2014 Tsd. EUR
-							

Es gibt in der Behörde für Justiz und Gleichstellung keine gesondert veranschlagten Projekte.

IV. Übersicht über die Vollzeitäquivalente des Besonderen Budgetbereichs Q01 Behördenverwaltung Justiz

IV.1 Übersicht über die Vollzeitäquivalente nach Laufbahngruppen

	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
Beamtinnen und Beamte der Laufbahnguppe 1				74,00	40,75	64,50	64,50
Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter der Laufbahnguppe 2				88,65	88,65	88,65	88,65
Nachwuchskräfte				137,75	127,83	137,10	118,08
Summe der Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter			151,98	300,40	287,23	289,25	271,23
Tarifbeschäftigte Äquivalent Laufbahnguppe 1				77,30	77,38	77,38	77,38
Tarifbeschäftigte Äquivalent Laufbahnguppe 2				31,88	31,57	31,57	31,57
Nachwuchskräfte				31,00	34,00	22,67	20,00
Summe der Tarifbeschäftigten			96,26	140,18	142,95	131,62	128,95
Gesamtsumme			248,24	440,58	430,18	421,87	400,18

IV.2 Übersicht über die Vollzeitäquivalente nach Wertigkeit – Beamtinnen/Beamte, Richterinnen/Richter

	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
<i>Laufbahnguppe 1</i>							
A 3				0,00	0,00	0,00	0,00
A 4				9,00	9,00	9,00	9,00
A 5				14,00	14,00	14,00	14,00
A 6				6,00	6,00	6,00	6,00
A 7				11,00	4,50	0,00	0,00
A 8				4,50	7,75	6,00	6,00
A 9				29,50	29,50	29,50	29,50
Nachwuchskräfte (ehemals: mittlerer Dienst)				102,75	100,83	110,25	94,33
Summe Laufbahnguppe 1				176,75	171,58	174,75	158,83
<i>Laufbahnguppe 2</i>							
A 9				0,00	0,00	0,00	0,00
A 10				8,60	8,60	8,60	8,60
A 11				22,00	22,00	22,00	22,00
A 12				20,50	20,50	20,50	20,50
A 13				8,00	8,00	8,00	8,00

Anlage 1.3
Besonderer Budgetbereich Q 01
Behördenverwaltung Justiz

A 14				5,00	5,00	5,00	5,00
A 15				5,70	5,70	5,70	5,70
A 16				2,00	2,00	2,00	2,00
Nachwuchskräfte 1. Einstiegsamt (ehemals: gehobener Dienst)				35,00	27,00	26,85	23,75
Nachwuchskräfte 2. Einstiegsamt (ehemals: höherer Dienst)				0,00	0,00	0,00	0,00
B 1				0,00	0,00	0,00	0,00
B 2				0,00	0,00	0,00	0,00
B 3				2,00	2,00	2,00	2,00
B 4				0,00	0,00	0,00	0,00
B 5				0,00	0,00	0,00	0,00
B 6				1,00	1,00	1,00	1,00
B 7				0,00	0,00	0,00	0,00
B 8				0,00	0,00	0,00	0,00
B 9				0,00	0,00	0,00	0,00
B 10				0,00	0,00	0,00	0,00
B 11				0,00	0,00	0,00	0,00
R 1				9,35	9,35	9,35	9,35
R 2				4,50	4,50	4,50	4,50
R 3				0,00	0,00	0,00	0,00
	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
R 4				0,00	0,00	0,00	0,00
R 5				0,00	0,00	0,00	0,00
R 6				0,00	0,00	0,00	0,00
R 7				0,00	0,00	0,00	0,00
R 8				0,00	0,00	0,00	0,00
W 1				0,00	0,00	0,00	0,00
W 2				0,00	0,00	0,00	0,00
W 3				0,00	0,00	0,00	0,00
C 1				0,00	0,00	0,00	0,00
C 2				0,00	0,00	0,00	0,00
C 3				0,00	0,00	0,00	0,00
C 4				0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Laufbahnguppe 2				123,65	115,65	115,50	112,40
Textfeld für eventuelle Erläuterungen							

IV.3 Übersicht über Vollzeitäquivalente nach Wertigkeit – Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer

	Ist 2008	Ist 2009	Plan 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Plan 2014
<i>Äquivalent Laufbahngruppe 1</i>							
E 1				0,00	0,00	0,00	0,00
E 2				4,00	4,00	4,00	4,00
E 2 Ü				0,00	0,00	0,00	0,00
E 3				13,00	13,00	13,00	13,00
E 4				0,00	0,00	0,00	0,00
E 5				3,88	3,75	3,75	3,75
E 6				22,87	22,87	22,87	22,87
E 7				0,00	0,00	0,00	0,00
E 8				10,50	10,50	10,50	10,50
E 9				23,05	23,26	23,26	23,26

Anlage 1.3
Besonderer Budgetbereich Q 01
Behördenverwaltung Justiz

Nachwuchskräfte				31,00	34,00	22,67	20,00
Summe Äquivalent Laufbahnguppe 1				108,30	111,38	100,05	97,38
<i>Äquivalent Laufbahnguppe 2</i>							
E 9				0,00	0,00	0,00	0,00
E 10				5,90	6,00	6,00	6,00
E 11				5,16	4,75	4,75	4,75
E 12				1,00	1,00	1,00	1,00
E 13				9,31	9,31	9,31	9,31
E 13 Ü				3,01	3,01	3,01	3,01
E 14				6,50	6,50	6,50	6,50
E 15				1,00	1,00	1,00	1,00
E 15 Ü				0,00	0,00	0,00	0,00
Rechtsreferendare				0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Äquivalent Laufbahnguppe 2				31,88	31,57	31,57	31,57
Textfeld für eventuelle Erläuterungen							

1.4 Wirtschaftspläne der Besonderen Budgetbereiche für bisher netto-veranschlagte Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO

Die Justizbehörde hat zurzeit keine Wirtschaftspläne von Besonderen Budgetbereichen für bisher netto-veranschlagte Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO.

Anlage 1.4

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltssjahre 2011/2012 2012/2013

Wirtschaftsplan
der Landwirtschaft der Justizvollzugsanstalt
Hahnöfersand
(§ 26 Abs. 1 LHO)

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Die Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan durch Minderausgaben bei Investitionen bedarf der Einwilligung der Bürgerschaft, wenn im laufenden Wirtschaftsjahr auf die Durchführung einer Investitionsmaßnahme mit Gesamtkosten von über 500.000 EUR verzichtet werden soll.
2. Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan einzeln veranschlagten Investitionsmaßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 250.000 EUR steigen. Bei laufenden Bauvorhaben können die Mehrkosten aufgrund von vertraglich vereinbarten Lohn- und Materialpreiserhöhungen der Bürgerschaft mit den nächstjährigen Erläuterungen nachgewiesen und begründet werden.
3. Investitionsausgaben für Zwecke, für die im Finanzierungsplan keine Mittel veranschlagt sind, bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme die Höhe von 250.000 EUR übersteigen.
4. Jahresfehlbeträge dürfen, soweit sie nicht durch nicht verbrauchte Deckungsmittel ausgeglichen werden können, als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Jahresfehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.
5. Die Verwendung nicht veranschlagter Einnahmen aus der Abgabe von Grundstücken bedarf der Einwilligung der Bürgerschaft.

Anlage 1.5
Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2008/9	Ansatz 2010/11	Ansatz 2011/12	Ansatz 2012/13
1	In Tsd. EUR			
2	3	4	5	
A. Erfolgsplan				
Erträge				
1. Umsatzerlöse				
300 Erträge aus Bodennutzung	1	0	0	0
340 Erträge aus Viehhaltung	492	595	503	503
Summe 1.	493	595	503	503
2. Bestandsveränderungen an unfertigen und fertigen Erzeugnissen				
390 Mehrbestände	69	0	0	0
591 Minderbestände	0	0	0	0
Summe 2.	69	0	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen				
...				
...				
Summe 3.	0	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge				
260 Betriebsfremde Haus- und Grundstückserträge	8	0	18	18
380 Sonstige Betriebserträge	65	60	60	60
Summe 4.	73	60	78	78
5. Zinserträge und ähnliche Erträge				
270 Zinserträge	14	4	0	
Summe 5.	14	4	0	
6. Außerordentliche Erträge				
158 Gewährleistung der Versorgungszusagen durch die FHH	0	0	0	0
280 Betriebliche außerordentliche Erträge	0	2	0	0
250 Betriebsfremde u. außerordentliche Erträge	0	0	0	0
Summe 6.	0	2		
Gesamterträge	649	661	581	581

Anlage 1.5
Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2008/9	Ansatz 2010/11	Ansatz 2011/12	Ansatz 2012/13
1	In Tsd. EUR			
2	3	4	5	
A. Erfolgsplan				
Aufwendungen				
1. Materialaufwendungen				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren				
500 Saatgut, Sämereien	14	8	12	12
502 Düngemittel	22	8	14	14
520 Futtermittel	150	130	150	150
525 Viehzukauf	111	58	5	5
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen				
503 Allgemeine Kosten der Feldwirtschaft	7	4	7	7
507 Lohnmaschineneinsatz	58	50	50	50
529 Allgemeine Kosten der Viehhaltung	44	35	90	90
Summe 1.	406	293	328	328
2. Personalaufwendungen				
2.1 Gehälter und Löhne				
401 Vergütungen Beschäftigte	147	165	150	150
403 Gefangenens-, Insassenlöhne	10	17	10	10
442 Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung und zu Gemeinschaftsveranstaltungen	0	0	0	0
Summe 2.1	157	182	160	160
2.2 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung				
401 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung Beschäftigte	26	33	27	27
411 Versorgungsaufwendungen Beschäftigte	2	0	2	2
413 Pensionsrückstellung (Zuführung)	-2	3	0	0
440 Beihilfe, Unterstützung, Fürsorgeleistungen	0	0	0	0
... Beiträge zur Landesunfallkasse				
Summe 2.2	26	36	29	29
Summe 2.	183	218	189	189

Anlage 1.5
Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2008/9	Ansatz 2010/11	Ansatz 2011/12	Ansatz 2012/13
1	In Tsd. EUR			
2	3	4	5	
3. Abschreibungen auf Anlagevermögen				
590 Abschreibungen	57	60	60	60
Summe 3.	57	60	60	60
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen				
4.1 Personalbedingte Aufwendungen				
562 Dienstreisen	0	1	0	0
Summe 4.1	0	1	0	0
4.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung				
506 Großpachten	13	11	15	15
530 Energie, Brennstoffe u. dgl.	37	33	35	35
540 Instandhaltungen	42	20	30	30
Summe 4.2	92	64	80	80
4.3 Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb				
550 Versicherungen	13	13	13	13
560 Geschäftsbedarf	2	1	2	2
561 Post- und Fernmeldegebühren	1	1	1	1
563 Allgemeine Betriebskosten	5	2	2	2
580 Verwaltungskostenerstattung	7	6	7	7
Summe 4.3	28	23	25	25
4.4 Übrige sonstige Aufwendungen				
230 Betriebliche außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
240 Betriebliche periodenfremde Aufwendungen	0	0	0	0
Summe 4.4	0	0	0	0
Summe 4.	120	88	105	105
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen				
520	0	0	0	0
Summe 5.	0	0	0	0
6. Außerordentliche Aufwendungen				
010	21	0	0	0
Summe 6.	21	0	0	0
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				
Summe 7.	0	0	0	0
8. Sonstige Steuern				
550 Grundsteuer	2	1	1	1
Summe 8.	2	1	1	1
Gesamtaufwendungen	789	660	683	683
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-140	1	-102	-102

Anlage 1.5
Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2008/9	Ansatz 2010/11	VE 2010/11	Ansatz 2011/12	VE 2011/12	Ansatz 2012/13
	– in Tsd. EUR –					
1	2	3	4	5	6	7
B. Finanzierungsplan						
I. Finanzbedarf						
1. Investitionen						
001 Bebaute Grundstücke	0	0		0		0
... Gebäude	166	0		0		0
010 Maschinen und Anlagen	2	61		30		30
020 Fahrzeuge	0	0		0		0
039 Geringwertige Wirtschaftsgüter	1	0		0		0
Summe 1.	169	61		30		30
2. Sonstiger Finanzbedarf						
050 Genossenschaftsanteile	2	0		0		0
072 Abdeckung des im Vorjahr nicht gedeckten Finanzbedarfs	0	0		0		0
182 Ablieferung an den Haushalt	0	0		0		0
989 Jahresfehlbetrag	140	0		102		102
Summe 2.	142	0		102		102
Gesamtsumme Finanzbedarf	311	61		132		132
II. Deckungsmittel						
072 Im Vorjahr nicht verbrauchte Deckungsmittel	441	0		4 ¹		0 ¹
590 Abschreibungen	78	60		60		60
989 Jahresüberschuss	0	1		0		0
Summe Deckungsmittel	519	61		64		60
III. Noch verfügbare Deckungsmittel (+)	208	0		0		0
Nicht gedeckter Finanzbedarf (-)	0	0		68		72

¹ Die voraussichtliche Höhe der Deckungsmittel steht im Zusammenhang mit den zu erwartenden Ergebnissen der Wirtschaftsjahre 2009/2010 und 2010/2011, die auch noch geringer ausfallen können. Der Betrieb schätzt den jeweiligen Jahresfehlbetrag auf 102.000 €.

Erläuterungen

Erläuterungen zum Wirtschaftsplan 2011/2012, 2012/2013 der Landwirtschaft der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand

Allgemeines

Erläuterungen:

Der nach § 26 LHO eingerichtete landwirtschaftliche Betrieb der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand bewirtschaftet die landwirtschaftlichen Flächen der früheren Elbinsel sowie weitere Pachtflächen außerhalb dieses Bereiches. Er wird auf der früheren Elbinsel auf den nicht von den Gebäuden und dem Freigelände der Anstalt unmittelbar belegten Flächen betrieben, liegt aber innerhalb des Sicherheitsbereiches und dient somit auch zur Abschirmung nach außen. Sein weiterer Zweck liegt in der Bereitstellung von Arbeitsplätzen für erwachsene weibliche Gefangene der Justizvollzugsanstalt. Der Landwirtschaftsbetrieb verfügt diesbezüglich über 10 Arbeitsplätze.

Derzeit nutzbare Flächen des landwirtschaftlichen Betriebes	129,5 ha
davon landwirtschaftliche Nutzfläche	127,5 ha

Die landwirtschaftliche Nutzfläche besteht aus

- eigener Fläche auf der Elbinsel	28,5 ha
- Pachtflächen von der Liegenschaft	38,6 ha
- Pachtflächen von Privat	49,5 ha
- zur vorübergehenden Nutzung überlassene Flächen von der Liegenschaft	10,9 ha

Erläuterungen des Erfolgs- und Finanzierungsplanes

Für die Wirtschaftsjahre 2011/2012 und 2012/2013 sind vorsorglich Investitionen in einem reduzierten Umfang von 30 Tsd. EUR geplant.

Wenn die wirtschaftliche Lage des Betriebes es zulässt, sollen die in den Vorjahren geplanten Investitionen durchgeführt werden:

- 2010/11	Erneuerung des Futtermischwagens Anschaffung von tiergerechten Kälberhütten	50 Tsd. EUR 11 Tsd. EUR
- vor 2010/2011:		
•	Ersatzbeschaffung Schlepper und Stoppelgrubber	69.000
•	Modernisierung Düngerlager	20.500
•	Modernisierung Pflanzenschutz und Melktechnik	46.500
•	Anschaffung eines Transportfahrzeuges für wirtschaftseigene Düngemittel	20.000
•	Wärmerückgewinnung und therapeutische Tierhaltung	18.000

Ausweisung der noch zur Verfügung stehenden Deckungsmittel mit

Stand per 30.06.2009: **208.530,83 EUR**

Lagebericht
für das Wirtschaftsjahr 2008/2009

1. Zielbild:

Der landwirtschaftliche Betrieb Hahnöfersand ist ein Bestandteil des Arbeitskonzeptes für erwachsene weibliche Gefangene in der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand. Danach soll der Betrieb Gefangene im Rahmen der landwirtschaftlichen Tätigkeit beschäftigen. Der Betrieb wird als eigenständiger § 26 LHO-Betrieb geführt, um seine wirtschaftliche Ausrichtung zu unterstreichen und zu dokumentieren.

2. Erläuterung zum Geschäftsjahres:

Das laufende Wirtschaftsjahr schloss im Gegensatz zum Plan mit einem Verlust von 140 Tsd. Euro ab. Der wesentliche Grund lag im Rückgang der Erlöse aus Milchverkäufen um rund 25% p.a.. Der Verlust wurde aus Abschreibungen und Rücklagen gedeckt.

Die Milchproduktion lag bei ausgeschöpfter Milchquote von rd. 1,5 Mio. Litern.

Die Hauptproduktion an Winterfutter in Form von Grassilage fand auf den Pachtflächen statt. Die Erträge bei der Silagebereitung waren mengenmäßig gut, die Qualität war witterungsbedingt durchschnittlich.

Die Photovoltaikanlage ging im April 2009 in Betrieb, sodass lediglich Erlöse von rd. 8.000 € für die Monate April bis Juni realisiert werden konnten.

3. Erläuterungen zur künftigen Entwicklung des Betriebes

Trotz der angespannten Erlössituation für die Milchverkäufe soll versucht werden, kostendeckend zu wirtschaften.

Gleichwohl wird vor dem Hintergrund des Verlustes aus dem Geschäftsjahr 2008/2009 geprüft, ob und ab welchem Jahresfehlbetrag sich die Vollzugsziele noch in einem vernünftigen Verhältnis zu den damit möglicherweise verbundenen Bezuschussungen aus dem Haushalt für die Aufrechterhaltung des Betriebes vereinbaren lassen. Im Ergebnis kann nicht ausgeschlossen werden, dass der Betrieb zu schließen wäre.

4. Risiken für die nächsten Jahre

Der Betrieb ist aufgrund seiner einseitigen Ausrichtung auf die Milchproduktion in vollem Umfang den Erlösschwankungen in diesem Bereich ausgesetzt.

Das aktuelle Milchpreisniveau ist für eine wirtschaftliche Aufrechterhaltung des Betriebes nicht ausreichend und kann damit auch die derzeit gestiegenen Energie- und Kraftfuttermittelpreise nicht kompensieren. Die bisherige Milchpreisentwicklung zeigte aber, dass sich der Milchpreis zukünftig stärker am Weltmarktgescchehen orientieren und somit möglicherweise auch häufiger größeren Preisschwankungen ins obere Preissegment als in der Vergangenheit unterliegen könnte.

**Einzelplan LAN
Kapitel 2304**

**Landesbetriebe
Landwirtschaft der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand**

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 12	1,00			1,00	
E 8	1,00			1,00	
E 3	1,00			1,00	
Summe:	3,00			3,00	
Summe (ohne *) insgesamt	3,00			3,00	

II. Erläuterungen

Frei aus redaktionellen Gründen

1.6 Wirtschaftspläne der Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO

Die Justizbehörde hat zurzeit keine Wirtschaftspläne der Sondervermögen nach § 26 Abs. 2 LHO.

**1.7 Wirtschaftspläne der bisher netto-veranschlagten Einrichtungen nach § 15
Abs. 2 LHO (Übergangslösung)**

Die Justizbehörde hat zurzeit keine Wirtschaftspläne von bisher netto-veranschlagten Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO.

Übersicht über Gutachten und Untersuchungen

AB	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2010		2011		2012	
		Ansatz Tsd. Euro	VE Tsd. Euro	Ansatz Tsd. Euro	VE Tsd. Euro	Ansatz Tsd. Euro	VE Tsd. Euro
102 Justizvollzug	Kosten für Gutachten	20		55		55	
Q01 Besonderer Budgetbereich Behördenverwaltung Justiz	Mittel für wissenschaftliche Untersuchungen	49		14		14	

Übersicht über Zuwendungen

Die Justizbehörde leistet zurzeit keine Zuwendungen.

Anlage 3

**Haushaltsplan
Freie und Hansestadt Hamburg**

Haushaltsjahr 2011/2012

**Stellenplan und
Stellenübersichten**

Einzelplan 2

Behörde für Justiz und Gleichstellung

Einzelplan 2

Justizbehörde

I. Stellenbestand

kw 2011/12	kw 2013	kw 2014	kw 2015	kw >2015	kw o.T.	Vermerke
16,00 1,00	2,00 2,00			2,50 9,39	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Richterinnen/ Richter und Beamten/ Beamte Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer	
17,00	0,00	4,00	0,00	0,00	11,89	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamten/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte ¹⁾		Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer		Gesamt	
			Planstellen	andere Amtsstellen	Stellen- nachwuchs*	Stellen	Stellen- nachwuchs*	ohne *		
1	2	3	4	5	6	7	8	9		
2000	JB JVerwAmt	2011/12	150,50		242,00	108,80			259,30	
		2010	156,00		242,00	104,09			260,09	
2050	HmbBfDI	2011/12	13,45			3,25			16,70	
		2010	11,95			2,75			14,70	
2110	Ordentliche Gerichte	2011/12	1.496,96	0,00	600,00	699,70			2.196,66	
		2010	1.489,69	1,00	700,00	704,99			2.195,68	
2120	Verwaltungsgerichte	2011/12	97,50			29,50			127,00	
		2010	93,50			33,50			127,00	
2150	Finanzgericht	2011/12	31,50			10,53			42,03	
		2010	30,50			11,53			42,03	
2160	Arbeitsgerichte	2011/12	55,00			49,04			104,04	
		2010	58,00			46,23			104,23	
2170	Sozialgerichte	2011/12	79,50	0,00		66,13			145,63	
		2010	81,00	1,00		65,13			147,13	
2180	Staatsanwaltschaften	2011/12	357,00	0,00		181,86			538,86	
		2010	357,00	0,00		177,04			534,04	
2300	Strafvollzugsamt	2011/12	1.478,01			185,70			1.663,71	
		2010	1.481,19			187,80			1.668,99	
gesamt:		2011/12	3.759,42	0,00	842,00	1.334,51	0,00	5.093,93		
		2010	3.758,83	2,00	942,00	1.333,06	0,00	5.093,89		

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Februar 2011) für die Drucklegung des Haushaltplan-Entwurfs 2011/12.

Die vom Senat beantragten Stellenveränderungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten; sie werden im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Mit vorgesehenen Einsparungen konkret verbundene Stellenabgänge werden – soweit sie im vorliegenden Druck nicht bereits vollzogen sind – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Stellen, deren Streichung aus haushaltrechtlichen Gründen (z.B. Stellen noch besetzt) bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung nicht vollzogen werden können, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Einzelplan 2

Justizbehörde

II. Erläuterungen

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kapitel	Anzahl der Stellen 2010	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2010				Stellenplan 2011/ 12	Diffe- renz
				Zugang	Abgang	Neue Stellen	Stellen- abgänge		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
2	2000 JB JVVerwAmt	260,09	-7,00	16,92	-21,64	21,03	-10,10	259,30	-0,79
	2050 HmbBfDI	14,70				3,50	-1,50	16,70	2,00
	2110 Ordentliche Gerichte	2195,68		9,64	-6,26	122,80	-121,20	2196,66	0,98
	2120 Verwaltungsgerichte	127,00		1,00	-1,00			127,00	0,00
	2150 Finanzgericht	42,03		1,00	-1,00			42,03	0,00
	2160 Arbeitsgerichte	104,23		1,00	-1,00			104,04	-0,19
	2170 Sozialgerichte	147,13		1,00	-2,00	0,50	-1,00	145,63	-1,50
	2180 Staatsanwaltschaften	534,04		2,00	-3,50	9,00	-1,68	538,86	4,82
	2300 Strafvollzugsamt	1668,99		2,00	-3,86	4,75	-8,17	1663,71	-5,28
	Summe:	5093,89		-12,00	+34,56	-40,26	+161,58	-143,84	5093,93

kw 2011/ 12	kw 2013	kw 2014	kw 2015	kw >2015	kw o.T.	Vermerke
1,00		1,00			0,50	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Richterinnen/ Richter und Beamten/ Beamte
		2,00			3,00	Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
1,00	0,00	3,00	0,00	0,00	3,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Aus der hier ausgewiesenen Kapazität in den Entgeltgruppen Richtl. hD und gD können auch teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte in den Kapiteln 2110 und 2300 bezahlt werden.

In fünf Planstellen Justizamtmfrau/Justizamtmann BesGr. A 11 können Beamten/ Beamte nur für die Dauer ihrer Teilnahme an Ausbildungslehrgängen für Anwältinnen und Anwälte geführt werden.

In fünf Planstellen Justizhauptsekretärin/Justizhauptsekretär BesGr. A 8 und in acht Planstellen Justizobersekretärin/Jusitzobersekretär BesGr. A 7 können Beamten/ Beamte nur für die Dauer ihrer Teilnahme an Ausbildungslehrgängen für Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher geführt werden.

I. Stellenbestand

2011/ 12			2010	Vermerke	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamten/ Beamte Planstellen					
B 6	1,00			1,00	
B 3	3,00	2,00	1)	3,00	Besoldung nach R 3 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
R 1	1,50			0,00	
A 16	1,00	1,00	2)	1,00	Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 15	15,00	14,00	3)	14,00	Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
		1,00	14)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/Regierungsdirektor zum 31.12.2011 nach Beendigung des Projekts Einrichtung und Aufbau der Arbeitsstelle Vielfalt in der Justizbehörde, spätestens zum 31.12.2011</i>
A 14	11,50	8,00	4)	9,00	<i>Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle</i>
A 13	4,50	3,00	5)	5,00	<i>Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle</i>

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
R 1					1,50					1,50 Verlagerung von Kapitel 2180; Übertragung im Zusammenhang mit der Verlagerung der Gnadenangelegenheiten
A 15			1,00							1,00 gem. Art. 11 Nr. 7 Haushaltbeschluss für das Projekt -Einrichtung und Aufbau der Arbeitsstelle Vielfalt-
A 14				-1,00						-1,00 Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 14				-1,00						-1,00 Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 14		1,00								1,00 Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 14		1,00								1,00 Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 14			-1,00							-1,00 Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
A 14		1,00								1,00 Interne organisatorische Maßnahme (Aufhebung von Stellenteilungen)
A 14		2,50								2,50 gem. Art. 11 Nr. 7 Haushaltbeschluss für das Projekt -Einrichtung und Aufbau der Arbeitsstelle Vielfalt-
A 14				1,00						1,00 Verlagerung von Kapitel 4440; Stellenverlagerung von Kapitel 4440 zum Kapitel 2000 - Senatsbeschluss zur Einrichtung der Arbeitsstelle Vielfalt
A 14				1,00						1,00 Verlagerung von Kapitel 2300; Personalwirtschaftliche Maßnahme
A 14					-1,00					-1,00 Verlagerung an Kapitel 2300; Personalwirtschaftliche Maßnahme
A 14	-2,50									-2,50 Vollzug eines Haushaltsermerks im Bereich der Arbeitsstelle Vielfalt
A 14							1,00			1,00 SPL 2009; Anpassung an den Bedarf nach Aufhebung der Quoten für Eingangs- und erstes Beförderungsamt
A 13		2,00								2,00 gem. Art. 11 Nr. 7 Haushaltbeschluss für das Projekt -Einrichtung und Aufbau der Arbeitsstelle Vielfalt-
A 13	-2,00									-2,00 Vollzug eines Haushaltsermerks im Bereich der Arbeitsstelle Vielfalt

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2011/ 12	alter Vermerk 2010
A 14	4) 8,00 Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle	6,00 Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 15	14) kw: 1,00 BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor zum 31.12.2011 nach Beendigung des Projekts Einrichtung und Aufbau der Arbeitsstelle Vielfalt in der Justizbehörde, spätestens zum 31.12.2011	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 13	8,00			8,00	
A 12	20,00	1,00	12)	14,50	<i>kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat zum 31.12.2014 nach Beendigung des Projekts Neues Haushaltswesen Hamburg und Neues Ressourcenverfahren Hamburg im Bereich der Justizbehörde, spätestens zum 31.12.2014</i>
A 11	27,00			30,50	
A 10	6,00			5,00	
A 9	4,00			5,00	
A 9	22,00	0,50	6)	24,00	<i>kw: 0,50 BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor bei Rückgang des Geschäftsanfalls von Mahnverfahren aus dem Lande Mecklenburg-Vorpommern</i>
A 8	10,00	1,00	20)	20,00	<i>ku: 1,00 BesGr. A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär nach BesGr. E 6 zum 30.09.2011</i>

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-4,50	8,50	-3,00	3,50	-1,00		1,00		4,50	
A 13							-1,00		-1,00	StPL 2009; Anpassung an den Bedarf nach Aufhebung der Quoten für Eingangs- und erstes Beförderungssamt
A 12		1,00			1,00				1,00	gem. Art. 8 Nr. 8 Haushaltbeschluss
A 12					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 2110; Stellentausch zwischen dem Justizverwaltungsamt und dem Landgericht aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 12					1,00		1,00		1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltbeschluss
A 12					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 2110; Personalwirtschaftliche Maßnahme
A 12					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 2300; Verlagerung in die IT-Abteilung
A 11			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 11		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 11					-1,50				-1,50	Verlagerung an Kapitel 2110; Personalwirtschaftliche Maßnahme
A 11					-1,00		-1,00		-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
A 11									-1,00	Verlagerung an Kapitel 2110; Übertragung im Zusammenhang mit der Verlagerung von IT-Aufgaben zum Amtsgericht Hamburg (Zentrale Serviceleistungen Sijus/Unix)
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2170; personalwirtschaftliche Maßnahme
A 9		1,00							1,00	gem. Art. 11 Nr. 7 Haushaltbeschluss für das Projekt -Einrichtung und Aufbau der Arbeitsstelle Vielfalt-
A 9		-1,00							-1,00	Vollzug eines Haushaltsermerks im Bereich der Arbeitsstelle Vielfalt
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2180; Personalwirtschaftliche Maßnahme
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2150; Personalwirtschaftliche Gründe
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2300; Personalwirtschaftliche Maßnahme

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2011/ 12	alter Vermerk 2010
A 12	12) kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat zum 31.12.2014 nach Beendigung des Projekts Neues Haushaltswesen Hamburg und Neues Ressourcenverfahren Hamburg im Bereich der Justizbehörde, spätestens zum 31.12.2014	

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
A 13	7,00	Regierungsrätin/Regierungsrat	Oberamtsrätin/ Oberamtsrat	Umsetzung Dienstrechtsreform – Neuregelung Besoldungsrecht (Drucksache 19/4246)
A 13	1,00	Baurätin/Baurat	Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat	Umsetzung Dienstrechtsreform – Neuregelung Besoldungsrecht (Drucksache 19/4246)

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 7	9,00	1,00	19)	8,00	ku: 1,00 BesGr. A 7 Regierungsobersekretärin/Regierungsobersekretär nach BesGr. E 6 zum 30.09.2011
A 6	2,00			1,00	
A 6	0,00			2,00	
A 5	5,00			4,00	
A 4	0,00			1,00	
Summe:	150,50			156,00	

B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
 B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (3,00)
 R 1 Staatsanwältin/ Staatsanwalt (1,50)
 A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (15,00)
 A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (10,50), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (1,00)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (3,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst (1,50)
 A 13 Baurätin/Baurat (1,00), Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (0,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (7,00), Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (0,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (18,00), Justizamtsrätin/ Justizamtsrat (1,00), Verwaltungamsrätin/ Verwaltungamsrat (1,00)
 A 11 Justizamtfrau/ Justizamtmann (5,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (21,00), Verwaltungsamtfrau/ Verwaltungsamtman (1,00)
 A 10 Bibliotheksoberinspektorin/ Bibliotheksoberinspektor (0,00), Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (6,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinpektor (4,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (22,00)
 A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (5,00), Justizvollstreckungshauptsekretärin/ Justizvollstreckungshauptsekretär (0,00), Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (5,00)
 A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (8,00), Obersekretärin/ Obersekretär im Strafvollzugsdienst (0,00), Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)
 A 6 Justizsekretärin/ Justizsekretär (2,00), Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (0,00)
 A 6 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (0,00)
 A 5 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (5,00)
 A 4 Justizhauptwachtmeisterin/ Justizhauptwachtmeister (0,00)

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 15	1,00			1,00	
A 11	1,00			0,00	
A 8	0,00			2,00	
Summe:	2,00			3,00	

A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (1,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängig	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-5,50	11,50	-4,00	7,50	-6,50				3,00	
A 8						-11,00			-11,00	Verlagerung an Kapitel 9025; Verlagerungen der Vollziehungsbeamten
A 7					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 2150; Personalwirtschaftliche Gründe
A 5					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 2110; Personalwirtschaftliche Maßnahme
A 4						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 2110; Personalwirtschaftliche Maßnahme
<i>Summe Beamteninnen/ Beamte</i>	<i>-5,50</i>	<i>11,50</i>	<i>-4,00</i>	<i>9,50</i>	<i>-18,50</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>-7,00</i>	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>-0,66</i>	<i>1,66</i>	<i>0,00</i>	<i>0,50</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>1,50</i>	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	
<i>Summe Beamteninnen/ Beamte insgesamt</i>	<i>-5,50</i>	<i>11,50</i>	<i>-4,66</i>	<i>11,16</i>	<i>-18,50</i>	<i>0,50</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>-5,50</i>	

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	ausgebracht gemäß	
				Anzahl	§ 50a (1)	
A 15	1,00			1,00	Nr. 2	
A 11	1,00			0,00	Nr. 7	
A 8	0,00			1,00	Nr. 6	
A 8	0,00			1,00	Nr. 7	
gesamt:	2,00			3,00		

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2011/ 12		Vermerk Nr.	2010	Anzahl	Vermerke
	Anzahl	davon				
Nachwuchskräfte (Beamten- nen/ Beamte)*						
Nachwuchs gD	48,00			48,00		
Nachwuchs mD	194,00			194,00		
Summe:	242,00			242,00		

Nachwuchs gD Rechtsanwälte-Rechtsanwältin (40,00), Verwaltungsinspektor-Anwärterin/ Verwaltungsinspektor-Anwärter (8,00)
Nachwuchs mD Justizsekretärinnen/ Justizsekretäre (74,00), Obersekretärinnen/ Obersekretäre (Strafvz) (120,00)

II. Erläuterungen

Frei aus redaktionellen Gründen

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 14	5,00	2,00	24)	2,00	<i>kw: 2,00 EntgGr. E 14 zum 31.12.2014 nach Beendigung des Projekts Neues Haushaltswesen Hamburg und Neues Ressourcenverfahren Hamburg im Bereich der Justizbehörde, spätestens zum 31.12.2014</i>
E 13 ü	0,24			0,00	
E 13	4,50			2,50	
E 12	1,00			2,00	
E 11	4,75			3,45	
E 10	7,00	1,00	8)	5,00	Freigestelltes Personalratsmitglied

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängig	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 14		2,50							2,50	gem. Art. 11 Nr. 7 Haushaltbeschluss für das Projekt -Einrichtung und Aufbau der Arbeitsstelle Vielfalt-
E 14					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 4440; Stellenverlagerung von Kapitel 4440 zum Kapitel 2000 - Senatsbeschluss zur Einrichtung der Arbeitsstelle Vielfalt
E 14		1,00							1,00	Für die Vertretung der FHH beim Bund zur Wahrnehmung der Aufgaben der Rechtspolitik und Rechtsangelegenheiten für den Bereich der Justizbehörde
E 14	-1,50								-1,50	Vollzug eines Haushaltswerks im Bereich der Arbeitsstelle Vielfalt
E 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4600 zum Kapitel 2000 - Senatsbeschluss zur Einrichtung der Arbeitsstelle Vielfalt
E 13		1,00							1,00	Projekt Autonomie der Hamburger Justiz
E 12	1,00								1,00	Personalwirtschaftliche Maßnahme
E 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2110; Stellenauswahl zwischen dem Justizverwaltungsamt und dem Landgericht aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 12									1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
E 12									-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltbeschluss
E 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2110; Übertragung im Zusammenhang mit der Verlagerung von IT-Aufgaben zum Amtsgericht Hamburg (Zentrale Serviceleistungen Sijus/Unix)
E 11								1,00	1,00	Tarifrechtl. Neubewertung
E 11								1,00	1,00	Tarifrechtl. Neubewertung
E 11								-1,00	-1,00	Verlagerung an Kapitel 2110; Übertragung im Zusammenhang mit der Verlagerung von IT-Aufgaben zum Amtsgericht Hamburg (Zentrale Serviceleistungen Sijus/Unix)
E 10								-1,00	-1,00	Tarifrechtl. Neubewertung
E 10								1,00	1,00	Tarifrechtl. Neubewertung
E 10								-1,00	-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltbeschluss
E 10					2,00			2,00	2,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
E 10		1,00							1,00	Kapazitätsausgleich im IT-Bereich

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2011/ 12	alter Vermerk 2010
E 14	24) kw: 2,00 EntgGr. E 14 zum 31.12.2014 nach Beendigung des Projekts Neues Haushaltswesen Hamburg und Neues Ressourcenverfahren Hamburg im Bereich der Justizbehörde, spätestens zum 31.12.2014	kw: 2,00 EntgGr. E 14 zum 31.12.2013 nach Beendigung des Projekts Neues Haushaltswesen Hamburg und Neues Ressourcenverfahren Hamburg im Bereich der Justizbehörde, spätestens zum 31.12.2013

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 9	3,00			3,00	
E 8	15,86			17,00	
E 6	27,25	1,00	9)	28,25	kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
E 5	4,75	1,00	10)	5,44	kw: 1,00 EntgGr. E 5 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
E 4	2,00			2,00	
E 3	6,00	1,00	11)	4,00	kw: 1,00 EntgGr. E 3 nach Freiwerden der Stelle
E 2	4,00			6,00	
Richtl. hD	6,69			6,69	
Richtl. gD	16,76			16,76	
Summe:	108,80			104,09	
Summe (ohne *) insgesamt	259,30			260,09	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängig	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,50	6,50		2,00	-3,00	1,00	2,00		7,00	
E 9		1,00								1,00 Einrichtung der Fachlichen Leitstelle Eldorado
E 8				1,00						1,00 Verlagerung von Kapitel 2180; Personalwirtschaftliche Maßnahme
E 8		1,25								1,25 Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
E 8			-1,25							-1,25 Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
E 8			-1,00							-1,00 Projekt Eldorado
E 8			-1,00							-1,00 Organisatorische Maßnahme im Bereich der Personalabteilung der Justizbehörde
E 6				1,00						1,00 Verlagerung von Kapitel 2300; Personalwirtschaftliche Maßnahme
Summe Arbeitnehmer	-1,50	8,75	-3,25	4,00	-3,00	1,00	2,00	0,00	8,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,78	-2,19	1,76	-0,14	-0,50	0,00	0,00	-0,29	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	-2,00	0,00	-3,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	-1,50	9,53	-5,44	5,76	-3,14	-0,50	0,00	0,00	4,71	
Summe (ohne *) insgesamt	-7,00	21,03	-10,10	16,92	-21,64	0,00	0,00	0,00	-0,79	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
B 4	1,00			1,00	
A 16	1,00	1,00	1)	1,00	Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 15	5,00	3,00	2)	4,00	Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 14	2,00	1,00	3)	1,00	Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 13	0,95			0,95	
A 12	2,50			3,00	
A 10	1,00			1,00	
Summe:	13,45			11,95	

B 4 Hamburgische Datenschutzbeauftragte/ Hamburgischer Datenschutzbeauftragter (1,00)
A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (5,00)
A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (2,00)
A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,95)
A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (2,50)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 15			1,00						1,00	Gesetz zum Neuerlass des Hamburgischen Informationsfreiheitsgesetzes
A 14			1,00						1,00	Gesetz zum Neuerlass des Hamburgischen Informationsfreiheitsgesetzes
A 12			1,00						1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 12			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>				0,00	3,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	2,00
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>				0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	-0,50
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>				0,00	3,00	-1,50	0,00	0,00	0,00	1,50

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2011/ 12		Vermerk Nr.	2010	Vermerke
	Anzahl	davon			
Arbeitnehmer					
E 13	0,50			0,00	
E 10	0,75			0,75	
E 6	2,00			2,00	
Summe:	3,25			2,75	
Summe (ohne *) insgesamt	16,70			14,70	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

kw 2011/ 12	kw 2013	kw 2014	kw 2015	kw >2015	kw o.T.	Vermerke
15,00					2,00 4,50	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Richterinnen/ Richter und Beamten/ Beamte Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
15,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Für die Dauer ihres Amtes erhalten eine Zuwendung:

a) die / der Vorsitzende des Richterdienstsenats und ihre / seine Stellvertretungen sowie die / der Vorsitzende der Richterdienstkammer und ihre / seine Stellvertretungen in Höhe von 27,61 EUR monatlich,

b) die weiteren Mitglieder der Richterdienstgerichte in Höhe von 22,50 EUR monatlich.

Die Direktorinnen/Direktoren der Amtsgerichte Altona, Barmbek, Bergedorf, Blankenese, Harburg, St. Georg und Wandsbek erhalten eine Amtszulage

I. Stellenbestand

2011/ 12			2010	Vermerke	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermrk Nr.	Anzahl	
Richterinnen/ Richter					
R 8	1,00			1,00	
R 6	2,00			2,00	
R 4	1,00			1,00	
R 3	16,00			16,00	
R 2	162,50	1,00	1)	162,50	kw: 1,00 BesGr. R 2 Richter/ Richter am Oberlandesgericht nach Beendigung der Lehrtätigkeit an der Universität Hamburg
R 1	348,54	3,00	27)	343,54	kw: 3,00 BesGr. R 1 Richterin/ Richter am Amtsgericht zum 30.09.2012 nach Beendigung des Projekts forumSTAR im Bereich der ordentlichen Gerichte, spätestens zum 30.09.2012
		0,50	2)		kw: 0,50 BesGr. R 1 Richterin/ Richter am Landgericht zum 31.12.2012 nach Beendigung des Projekts -Modernisierung der Organisationsstruktur und der Ablauforganisation im Servicebereich des Landgerichts Hamburg-
		1,00	28)		kw: 1,00 BesGr. R 1 Richterin/ Richter am Landgericht zum 30.09.2012 nach Beendigung des Projekts forumSTAR im Bereich der ordentlichen Gerichte, spätestens zum 30.09.2012
Summe:	531,04			526,04	

R 8	Präsidentin/ Präsident des HansOLG (1,00)
R 6	Präsidentin/ Präsident des Amtsgerichtes (1,00), Präsidentin/ Präsident des Landgerichtes (1,00)
R 4	Vizepräsidentin/ Vizepräsident des HansOLG (1,00)
R 3	Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Amtsgerichtes (1,00), Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Landgerichtes (1,00), Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht (14,00)
R 2	Direktorin/ Direktor des Amtsgerichtes (7,00), Richterin/ Richter am Amtsgericht (30,00), Richterin/ Richter am Oberlandesgericht (42,00), Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Landgericht (83,50)
R 1	Richterin/ Richter am Amtsgericht (222,25), Richterin/ Richter am Landgericht (126,29)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
R 2		6,85							6,85	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
R 2				-6,85					-6,85	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
R 1				-22,10					-22,10	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
R 1		22,10							22,10	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
R 1		3,00							3,00	gem. Art. 11 Nr. 7 Haushaltsbeschluss 2009/2010 für das Projekt forumSTAR (Einführung der Fachsoftware forumSTAR bei den Ordentlichen Gerichten)
R 1				-4,79					-4,79	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)
R 1		4,79							4,79	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)
R 1		1,00							1,00	StPl 2009; Weitere Umsetzung des Konzeptes Konzentrierte Führungsaufsicht
R 1		1,00							1,00	gem. Art. 11 Nr. 7 Haushaltsbeschluss 2009/2010 für das Projekt forumSTAR (Einführung der Fachsoftware forumSTAR bei den Ordentlichen Gerichten)
Summe Richterinnen/ Richter		0,00	38,74	-33,74	0,00	0,00	0,00	0,00	5,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2011/ 12	alter Vermerk 2010
R 1	27) kw: 3,00 BesGr. R 1 Richterin/ Richter am Amtsgericht zum 30.09.2012 nach Beendigung des Projekts forumSTAR im Bereich der ordentlichen Gerichte, spätestens zum 30.09.2012	
R 1	28) kw: 1,00 BesGr. R 1 Richterin/ Richter am Landgericht zum 30.09.2012 nach Beendigung des Projekts forumSTAR im Bereich der ordentlichen Gerichte, spätestens zum 30.09.2012	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
R 2	15,00			10,00	
R 1	56,00			56,00	
Summe:		71,00		66,00	

R 2 Richterin/ Richter am Amtsgericht (0,00), Richterin/ Richter am Oberlandesgericht (10,00), Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Landgericht (5,00)

R 1 Richterin/ Richter (0,00), Richterin/ Richter am Amtsgericht (28,00), Richterin/ Richter am Landgericht (28,00)

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Andere Amtsstellen (Richterinnen/ Richter)					
R 1	0,00	1,00	3)	1,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
Summe:		0,00		1,00	

R 1 Richterin/ Richter (0,00)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
R 1	-1,00								-1,00	Beendigung des Kapazitätsausgleichs für eine vollständige Freistellung im Rahmen des Sabbatjahres
R 1		1,00							1,00	Kapazitätsausgleich für einen in die Verwaltung abgeordneten Richter
R 1			-1,00						-1,00	Ende Kapazitätsausgleich für einen in die Verwaltung abgeordneten Richter
R 1		1,00							1,00	Kapazitätsausgleich für eine vollständige Freistellung im Rahmen des Sabbatjahres
R 1	-1,00								-1,00	Ende Kapazitätsausgleich für eine vollständige Freistellung im Rahmen des Sabbatjahres
Summe Andere Amtsstellen (Richterinnen/ Richter)				-2,00	2,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-1,00

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2011/12			Anzahl	ausgebracht gemäß
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		
R 2	3,00			1,00	
R 2	1,00			1,00	
R 2	8,00			6,00	
R 2	1,00			2,00	Nr. 6
R 2	1,00			0,00	Nr. 6
R 2	1,00			0,00	
R 1	10,00			15,00	Nr. 7
R 1	5,00			7,00	
R 1	3,00			4,00	Nr. 6
R 1	7,00			5,00	Nr. 1
R 1	18,00			14,00	Nr. 7
R 1	5,00			4,00	Nr. 6
R 1	1,00			1,00	Nr. 1
R 1	3,00			1,00	
R 1	0,00			1,00	Nr. 2
R 1	0,00			1,00	Nr. 5
R 1	4,00			1,00	
R 1	0,00			1,00	Nr. 2
R 1	0,00			1,00	B.Beschl.
gesamt:	71,00			66,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2011/12	alter Vermerk 2010
R 1	3) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. R 1 Richterin/ Richter zum 31.10.2008 Sabbatjahr

I. Stellenbestand

2011/ 12				2010	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 15	1,00	1,00	4)	1,00	Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 14	1,00			1,00	
A 13	24,00	1,00 1,00	5) 36)	23,00	Vermerk weggefallen kw: 1,00 BesGr. A 13 Justizräatin/Justizrat zum 31.12.2012 nach Beendigung des Projekts -Modernisierung der Organisationsstruktur und der Ablauforganisation im Servicebereich des Landgerichts Hamburg-
A 12	58,50	1,00	37)		kw: 1,00 BesGr. A 13 Justizräatin/Justizrat zum 30.09.2012 nach Beendigung des Projekts forumSTAR im Bereich der ordentlichen Gerichte, spätestens zum 30.09.2012
		0,50	6) 7)	59,00	ku: 1,00 BesGr. A 12 Justizamtsräatin/ Justizamtsrat nach BesGr. A 11 Justizamtfrau/ Justizamtmann nach Beendigung der Mitgliedschaft im Personalrat; Freigestelltes Personalratsmitglied
		1,00	8)		Freigestelltes Personalratsmitglied
		2,00	30)		ku: 1,00 BesGr. A 12 Justizamtsräatin/ Justizamtsrat nach BesGr. A 9 Justizinspektorin/ Justizinspektor nach Freiwerden der Stelle
					kw: 2,00 BesGr. A 12 Justizamtsräatin/ Justizamtsrat zum 30.09.2012 nach Beendigung des Projekts forumSTAR im Bereich der ordentlichen Gerichte, spätestens zum 30.09.2012
A 11	109,00	0,50	9)	102,00	Freigestelltes Personalratsmitglied

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 13		1,00							1,00	gem. Art. 11 Nr. 7 Haushaltbeschluss 2009/2010 für das Projekt forumSTAR (Einführung der Fachsoftware forumSTAR bei den Ordentlichen Gerichten)
A 12		2,50							2,50	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 12			-2,50						-2,50	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 12		2,00							2,00	gem. Art. 11 Nr. 7 Haushaltbeschluss 2009/2010 für das Projekt forumSTAR (Einführung der Fachsoftware forumSTAR bei den Ordentlichen Gerichten)
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2000; Stellentausch zwischen dem Justizverwaltungsamt und dem Landgericht aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2000; Personalwirtschaftliche Maßnahme
A 11			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)
A 11		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)
A 11		1,00							1,00	StPlI 2009; Weitere Umsetzung des Konzeptes Konzentrierte Führungsaufsicht
A 11		6,30							6,30	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 11			-6,30						-6,30	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2011/ 12	alter Vermerk 2010
A 13	5) weggefallen	
A 12	30) kw: 2,00 BesGr. A 12 Justizamtsrätin/ Justizamtsrat zum 30.09.2012 nach Beendigung des Projekts forumSTAR im Bereich der ordentlichen Gerichte, spätestens zum 30.09.2012	kw: 1,00 BesGr. A 13 Justizoberamtsrätin/ Justizoberamtsrat zum 31.12.2012 nach Beendigung des Projekts -Modemisierung der Organisationsstruktur und der Ablauforganisation im Servicebereich des Landgerichts Hamburg-
A 13	36) kw: 1,00 BesGr. A 13 Justizrätin/Justizrat zum 31.12.2012 nach Beendigung des Projekts -Modemisierung der Organisationsstruktur und der Ablauforganisation im Servicebereich des Landgerichts Hamburg-	
A 13	37) kw: 1,00 BesGr. A 13 Justizrätin/Justizrat zum 30.09.2012 nach Beendigung des Projekts forumSTAR im Bereich der ordentlichen Gerichte, spätestens zum 30.09.2012	

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
A 13	24,00	Justizrätin/Justizrat	Justizoberamtsrätin/ Justizoberamtsrat	Umsetzung Dienstrechtsreform – Neuregelung Besoldungsrecht (Drucksache 19/4246)

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 11		2,50	31)		<i>kw: 2,50 BesGr. A 11 Justizamtfrau/ Justizamtmann zum 30.09.2012 nach Beendigung des Projekts forumSTAR im Bereich der ordentlichen Gerichte, spätestens zum 30.09.2012</i>
A 10	63,00	1,00	10)	57,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor bei Rückgang des Geschäftsanfalls von Mahnverfahren aus dem Lande Mecklenburg-Vorpommern</i>
		1,00	11)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor zum 31.12.2012 nach Beendigung des Projekts -Modernisierung der Organisationsstruktur und der Ablauforganisation im Servicebereich des Landgerichts Hamburg</i>
		1,00	32)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor zum 30.09.2012 nach Beendigung des Projekts forumSTAR im Bereich der ordentlichen Gerichte, spätestens zum 30.09.2012</i>
		1,00	12)		<i>kw: 1,00 BesGr. A 10 Regierungsüberinspektorin/ Regierungsüberinspektor zum 31.12.2012 nach Beendigung des Projekts -Modernisierung der Organisationsstruktur und der Ablauforganisation im Servicebereich des Landgerichts Hamburg</i>
A 9	16,50	1,00	13)	23,50	<i>Vermerk weggefallen</i>

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		13,80	-9,80		-2,00				2,00	
A 11		1,00							1,00	StIP 2009; Rechtspflegerin/Rechtspfleger und IT-Koordinator/Koordinator im Registergericht des Amtsgerichts Hamburg
A 11		2,50							2,50	gem. Art. 11 Nr. 7 Haushaltbeschluss 2009/2010 für das Projekt forumSTAR (Einführung der Fachsoftware forumSTAR bei den Ordentlichen Gerichten)
A 11				1,50					1,50	Verlagerung von Kapitel 2000; Personalwirtschaftliche Maßnahme
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Übertragung im Zusammenhang mit der Verlagerung von IT-Aufgaben zum Amtsgericht Hamburg (Zentrale Serviceleistungen Sijus/Unix)
A 10		4,60							4,60	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 10			-4,60						-4,60	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
A 10		1,00							1,00	gem. Art. 11 Nr. 7 Haushaltbeschluss 2009/2010 für das Projekt forumSTAR (Einführung der Fachsoftware forumSTAR bei den Ordentlichen Gerichten)
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2180; Stellentausch zwischen dem Amtsgericht Hamburg und der Staatsanwaltschaft Hamburg aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 10		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)
A 10			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)
A 9		-1,00							-1,00	Rückgang des Geschäftsanfalls von Mahnverfahren aus dem Lande Mecklenburg-Vorpommern
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2180; Stellentausch zwischen dem Amtsgericht Hamburg und der Staatsanwaltschaft Hamburg aus personalwirtschaftlichen Gründen

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2011/ 12	alter Vermerk 2010
A 11	31) kw: 2,50 BesGr. A 11 Justizamtfrau/ Justizamtmann zum 30.09.2012 nach Beendigung des Projekts forumSTAR im Bereich der ordentlichen Gerichte, spätestens zum 30.09.2012	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 9	157,15	1,00	14)	154,15	Freigestelltes Personalratsmitglied Vermerk weggefallen ku: 1,00 BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst nach BesGr. A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär nach Freiwerden der Stelle Vermerk weggefallen ku: 1,00 BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst nach BesGr. E 8 zum 31.08.2011 Umwandlung gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss ku: 1,00 BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst nach BesGr. E 8 zum 31.08.2012 Umwandlung gem. Art. 11 Nr. 6 Haushaltsbeschluss ku: 1,00 BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst nach BesGr. E 8 zum 31.08.2012 Umwandlung gem. Art. 11 Nr. 6 HHBeschl. Vermerk weggefallen ku: 1,00 BesGr. A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär nach BesGr. A 6 Justizsekretärin/ Justizsekretär nach Freiwerden der Stelle
A 8	194,00	1,00	18)	196,00	ku: 1,00 BesGr. A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär zum 31.12.2012 nach Beendigung des Projekts -Modemisierung der Organisationsstruktur und der Ablauforganisation im Servicebereich des Landgerichts Hamburg-
A 7	211,77	1,00	19)	212,00	kw: 1,00 BesGr. A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär zum 31.12.2012 nach Beendigung des Projekts -Modemisierung der Organisationsstruktur und der Ablauforganisation im Servicebereich des Landgerichts Hamburg-
A 6	39,00			13,00	
A 6	0,00			30,00	
A 5	54,00			55,00	
A 4	37,00			37,00	
A 3	0,00			0,00	
Summe:	965,92			963,65	

A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
 A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
 A 13 Justizoberamtsrätin/ Justizoberamtsrat (0,00), Justizrätin/Justizrat (24,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (2,00), Justizamtsrätin/ Justizamtsrat (56,50)
 A 11 Justizamtfrau/ Justizamtmann (103,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (6,00)
 A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor (58,00), Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (5,00)
 A 9 Justizinspektorin/ Justizinspektor (16,50)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (8,00), Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst (82,15), Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Strafvollzugsdienst (0,00), Obergerichtsvollzieherin/ Obergerichtsvollzieher (67,00)
 A 8 Gerichtsvollzieherin/ Gerichtsvollzieher (37,00), Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (146,00), Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (11,00)
 A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (209,77), Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (2,00)
 A 6 Justizsekretärin/ Justizsekretär (38,00), Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)
 A 6 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (0,00)
 A 5 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (54,00)
 A 4 Justizhauptwachtmeisterin/ Justizhauptwachtmeister (37,00)
 A 3 Justizoberwachtmeisterin/ Justizoberwachtmeister (0,00)

Einzelplan 2 Kapitel 2110

Justizbehörde Ordentliche Gerichte

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stel- len-abgän- ge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen	
				Zu- gang	Ab- gang						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
Übertrag	-1,00	23,90	-15,40	3,50	-3,00				8,00		
A 9		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)	
A 9			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)	
A 8		4,00							4,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)	
A 8			-4,00						-4,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)	
A 8		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)	
A 8			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)	
A 8					-1,00					Verlagerung an Kapitel 2120; Personalwirtschaftliche Maßnahme	
A 7		8,10							8,10	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)	
A 7			-8,10						-8,10	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)	
A 7			-4,70						-4,70	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)	
A 7		4,70							4,70	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)	
A 7		1,00							1,00	StPl 2009; Weitere Umsetzung des Konzeptes Konzentrierte Führungsaufsicht	
A 5						-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2000; Personalwirtschaftliche Maßnahme
A 4					1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Personalwirtschaftliche Maßnahme
<i>Summe Beamteninnen/ Beamte</i>				-1,00	43,70	-34,20	4,50	-5,00	0,00	0,00	8,00
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>											
		0,00	0,50	-0,73	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	-0,73	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>											
		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-5,00	0,00	0,00	-5,00	
<i>Summe Beamteninnen/ Beamte insgesamt</i>				-1,00	44,20	-34,93	4,50	-5,50	-5,00	0,00	2,27

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 12	1,00			1,00	
A 11	5,00			8,00	
A 10	6,00			4,00	
A 9	2,00			4,00	
A 9	2,00			2,00	
A 8	6,00			12,00	
A 7	16,00			19,00	
A 6	1,00			2,00	
Summe:	39,00			52,00	

A 12 Justizamtsräatin/ Justizamtsrat (1,00)
A 11 Justizamtfrau/ Justizamtmann (5,00)
A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor (6,00)
A 9 Justizinspektorin/ Justizinspektor (2,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00), Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst (1,00)
A 8 Gerichtsvollzieherin/ Gerichtsvollzieher (2,00), Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (4,00), Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (0,00)
A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (16,00)
A 6 Justizsekretärin/ Justizsekretär (1,00)

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
<u>Nachwuchskräfte (Beamten- nen/ Beamte)*</u>					
Nachwuchs hD	600,00			700,00	
Summe:	600,00			700,00	

Nachwuchs hD Referendarin/ Referendar (600,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	ausgebracht gemäß	
					§ 50a (1)	
A 12	1,00			1,00	Nr. 6	
A 11	1,00			4,00	Nr. 6	
A 11	4,00			4,00	Nr. 7	
A 10	4,00			1,00	Nr. 7	
A 10	2,00			3,00	Nr. 6	
A 9	2,00			3,00	Nr. 7	
A 9	0,00			1,00	Nr. 6	
A 9	1,00			1,00	Nr. 6	
A 9	1,00			1,00	Nr. 7	
A 8	1,00			3,00	Nr. 7	
A 8	3,00			6,00	Nr. 6	
A 8	0,00			1,00	Nr. 7	
A 8	2,00			2,00	Nr. 7	
A 7	8,00			6,00	Nr. 7	
A 7	7,00			12,00	Nr. 6	
A 7	1,00			1,00	Nr. 1	
A 6	0,00			1,00	Nr. 7	
A 6	1,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	39,00			52,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stel- len-abgän ge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Nachwuchs hD				-100,00					-100,00	Konsolidierung 2010: Reduzierung von Referendarausbildungsplätzen
Summe Nachwuchskräfte (Beamtinnen/ Beamte)*				0,00	0,00	-100,00	0,00	0,00	0,00	-100,00

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 12	4,00			2,00	
E 11	15,50	0,50	21)	13,50	Freigestelltes Personalratsmitglied
E 10	4,69			4,69	
E 9	11,00			11,00	
E 8	147,86	2,00	22)	148,55	Freigestelltes Personalratsmitglied
E 6	296,53	2,00	23)	282,53	kw: 2,00 EntgGr. E 6 Vorlesekraft für einen blinden Richter beim Landgericht

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängig	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 12					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Stellentausch zwischen dem Justizverwaltungsamt und dem Landgericht aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 12					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Übertragung im Zusammenhang mit der Verlagerung von IT-Aufgaben zum Amtsgericht Hamburg (Zentrale Serviceleistungen Sijus/Unix)
E 11					1,00		1,00		1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
E 11					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Übertragung im Zusammenhang mit der Verlagerung von IT-Aufgaben zum Amtsgericht Hamburg (Zentrale Serviceleistungen Sijus/Unix)
E 11			1,00						1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
E 11			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
E 8		3,40							3,40	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
E 8			-3,40						-3,40	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
E 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2120; Personalwirtschaftliche Maßnahme
E 8		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)
E 8			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)
E 6		21,49							21,49	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
E 6			-21,49						-21,49	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)
E 6		5,90							5,90	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)
E 6			-5,90						-5,90	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
E 12	1,00			Erstmalige Zuordnung zu einer Organisationseinheit

I. Stellenbestand

2011/ 12				2010	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 5	162,59	2,00	24)	177,22	kw: 2,00 EntgGr. E 5 bei Rückgang des Geschäftsanfalls von Mahnverfahren aus dem Lande Mecklenburg-Vorpommern
E 4	0,16	1,00	25)	0,23	Vermerk weggefallen
E 3	29,00			34,00	
E 2 Ü	1,00			1,00	
E 2	27,37	0,50	26)	30,27	kw: 0,50 EntgGr. E 2 bei Rückgang des Geschäftsanfalls von Mahnverfahren aus dem Lande Mecklenburg-Vorpommern;
Summe:	699,70			704,99	
Summe (ohne *) insgesamt	2196,66			2195,68	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen	
				Zugang	Abgang						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
Übertrag		32,79	-32,79	4,00		1,00			5,00		
E 5			-2,65						-2,65	StPL 2009; Kapazitäts einschränkung im Schreibbereich der Hamburger Amtsgerichte	
E 5			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Hanseatischen Oberlandesgericht (Aufhebung von Stellenteilungen)	
E 5		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Hanseatischen Oberlandesgericht (Aufhebung von Stellenteilungen)	
E 5		2,90							2,90	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)	
E 5			-2,90						-2,90	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Ausbringen von Stellenteilen)	
E 5		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)	
E 5			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme beim Amtsgericht Hamburg (Aufhebung von Stellenteilungen)	
E 5		-1,00							-1,00		
E 3			-5,00						-5,00	Auflösung der Telefonzentrale beim Amtsgericht Hamburg (Aufgabenübertragung auf den Hamburg-Service beim Bezirksamt Wandsbek gem. Drs. 18/6280)	
E 2			-1,79						-1,79	Übertragung von Reinigungsarbeiten im Strafjustizgebäude -Sievekingsplatz 3- auf die SGG Städtische Gebäudereinigung	
E 2			-3,11						-3,11	Übertragung von Reinigungsarbeiten in der Justizbehörde -Drehbahn 36 - auf die SGG Städtische Gebäudereinigung	
E 2			1,00						1,00	Verlagerung von Kapitel 1611 Übernahme des Hausmeisters für Amtsgericht Wandsbek	
Summe Arbeitnehmer		-1,00	37,69	-50,24	5,00	0,00	1,00	0,00	0,00	-7,55	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen											
		0,00	0,17	-1,29	0,14	-0,76	0,00	0,00	0,00	-1,74	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen											
		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4,00	0,00	0,00	4,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt		-1,00	37,86	-51,53	5,14	-0,76	5,00	0,00	0,00	-5,29	
Summe (ohne *) insgesamt		-4,00	122,80	-121,20	9,64	-6,26	0,00	0,00	0,00	0,98	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Richterinnen/ Richter					
R 6	1,00			1,00	
R 4	1,00			1,00	
R 3	4,00			4,00	
R 2	25,50			25,50	
R 1	38,00			38,00	
Summe:	69,50			69,50	

R 6 Präsidentin/ Präsident des Oberverwaltungsgerichtes (1,00)
 R 4 Präsidentin/ Präsident des Verwaltungsgerichtes (1,00)
 R 3 Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Oberverwaltungsgerichtes (1,00), Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Oberverwaltungsgericht (3,00)
 R 2 Richterin/ Richter am Oberverwaltungsgericht (11,50), Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Verwaltungsgerichtes (1,00), Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht (13,00)
 R 1 Richterin/ Richter am Verwaltungsgericht (38,00)

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
<u>Leerstellen (kw)*</u>					
R 3	1,00	1,00	1)	0,00	<i>Die/Der Stelleninhaberin/-inhaber ist zur teilweisen Dienstleistung an die Universität Hamburg (3428) abgeordnet.</i>
R 2	2,00			2,00	
R 1	4,00			2,00	
Summe:	7,00			4,00	

R 3 Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Oberverwaltungsgericht (1,00)
 R 2 Richterin/ Richter am Oberverwaltungsgericht (0,00), Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht (2,00)
 R 1 Richterin/ Richter am Verwaltungsgericht (4,00)

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
<u>Beamtinnen/ Beamte Planstellen</u>					
A 13	1,00			1,00	
A 12	2,00			2,00	
A 11	2,00			2,00	
A 10	2,00			2,00	
A 9	2,00			2,00	
A 9	4,00			4,00	
A 8	5,00			4,00	
A 7	8,00			5,00	
A 6	1,00			0,00	
A 6	0,00			1,00	
A 5	1,00			1,00	
Summe:	28,00			24,00	

A 13 Justizoberamtsrätin/ Justizoberamtsrat (0,00), Justizrätin/Justizrat (1,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00), Justizamtsrätin/ Justizamtsrat (1,00)
 A 11 Justizamtfrau/ Justizamtmann (2,00)
 A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor (2,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (2,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,50), Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst (3,50)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2110; Personalwirtschaftliche Maßnahme
<i>Summe Beamteninnen/ Beamte</i>				0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	1,00
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>				0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	0,00	3,00
<i>Summe Beamteninnen/ Beamte insgesamt</i>				0,00	0,00	1,00	0,00	3,00	0,00	4,00

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010		ausgebracht gemäß	
				Anzahl	§ 50a (1)		
R 3	1,00	1,00		0,00			B.Beschl.
R 2	1,00			1,00			B.Beschl.
R 2	0,00			1,00			B.Beschl.
R 2	1,00			0,00		Nr. 2	
R 1	2,00			2,00		Nr. 6	
R 1	2,00			0,00		Nr. 7	
gesamt:	7,00			4,00			

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2011/ 12	alter Vermerk 2010
R 3	1) 1,00 Die/Der Stelleninhaber/-inhaber ist zur teilweisen Dienstleistung an die Universität Hamburg (3428) abgeordnet.	

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
A 13	1,00	Justizrätin/Justizrat	Justizoberamtsrätin/ Justizoberamtsrat	Umsetzung Dienstrechtsreform – Neuregelung Besoldungsrecht (Drucksache 19/4246)

**Einzelplan 2
Kapitel 2120**

**Justizbehörde
Verwaltungsgerichte**

I. Stellenbestand

- A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (5,00)
A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (8,00)
A 6 Justizsekretärin/ Justizsekretär (1,00)
A 6 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (0,00)
A 5 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (1,00)

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerte
				Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 8	1,00			1,00	
A 7	0,00			3,00	
Summe:	1,00			4,00	

- A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (1,00)
A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (0,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	ausgebracht gemäß	
				Anzahl	§ 50a (1)	
A 8	1,00			1,00	Nr. 6	
A 7	0,00			2,00	Nr. 7	
A 7	0,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	1,00			4,00		

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2011/ 12		2010	Anzahl	Vermerke
	Anzahl	davon			
Arbeitnehmer					
E 9	3,00			3,00	
E 8	3,00			4,00	
E 6	18,00			21,00	
E 5	3,50			3,50	
E 2	2,00			2,00	
Summe:	29,50			33,50	
Summe (ohne *) insgesamt	127,00			127,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2110; Personalwirtschaftliche Maßnahme
Summe Arbeitnehmer		0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-1,00
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,00	0,00	0,00	-3,00
Summe Arbeitnehmer insgesamt		0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	-3,00	0,00	0,00	-4,00
Summe (ohne *) insgesamt		0,00	0,00	0,00	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00

I. Stellenbestand

kw 2011/12	kw 2013	kw 2014	kw 2015	kw >2015	kw o.T.	Vermerke
					0,39	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,39	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2011/12			2010	Vermerke	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Richterinnen/ Richter					
R 5	1,00			1,00	
R 3	5,00			5,00	
R 2	14,50			14,50	
Summe:	20,50			20,50	

R 5 Präsidentin/ Präsident des Finanzgerichtes (1,00)
R 3 Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Finanzgerichtes (1,00), Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Finanzgericht (4,00)
R 2 Richterin/ Richter am Finanzgericht (14,50)

2011/12			2010	Vermerke	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
R 2	0,00			1,00	
Summe:	0,00			1,00	

R 2 Richterin/ Richter am Finanzgericht (0,00)

2011/12			2010	Vermerke	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Beamtinnen/ Beamte</u> <u>Planstellen</u>					
A 12	2,00			2,00	
A 11	1,00			1,00	
A 9	3,00			3,00	
A 8	5,00			4,00	
A 7	0,00			0,00	
Summe:	11,00			10,00	

A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00), Justizamtsrätin/ Justizamtsrat (1,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00), Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst (2,00)
A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (4,00), Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)
A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (0,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	ausgebracht gemäß		
				Anzahl	§ 50a (1)	Nr. 7	
R 2	0,00			1,00			
gesamt:	0,00			1,00			

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 8				1,00						1,00 Verlagerung von Kapitel 2000; Personalwirtschaftliche Gründe
A 7					-1,00					-1,00 Verlagerung an Kapitel 2000; Personalwirtschaftliche Gründe
Summe Beamtinnen/ Beamte				0,00	0,00	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen				0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt				0,00	0,00	0,00	1,00	-1,00	1,00	0,00

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 8	3,50			4,50	
E 6	1,00			1,00	
E 5	5,03	0,39	1)	5,03	kw: 0,39 EntgGr. E 5 nach Ausscheiden einer blinden Protokollführerin
E 2	1,00			1,00	
Summe:	10,53			11,53	
Summe (ohne *) insgesamt	42,03			42,03	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	

kw 2011/ 12	kw 2013	kw 2014	kw 2015	kw >2015	kw o.T.	Vermerke
				0,50		Anzahl der kw-Stellen Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Bei den Arbeitsgerichten erhalten eine Amtszulage:

- a) die Vizepräsidentin beim Landesarbeitsgericht R 3 oder der Vizepräsident beim Landesarbeitsgericht R 3 als ständige Vertretung der Präsidentin beim Landesarbeitsgericht oder des Präsidenten beim Landesarbeitsgericht
- b) die Vizepräsidentin beim Arbeitsgericht R 2 oder der Vizepräsident beim Arbeitsgericht R 2 als ständige Vertretung der Präsidentin beim Arbeitsgericht oder des Präsidenten beim Arbeitsgericht

I. Stellenbestand

2011/ 12			2010	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl
Richterinnen/ Richter				
R 6	1,00			1,00
R 3	8,00			8,00
R 2	3,00			3,00
R 1	21,00			21,00
Summe:	33,00			33,00

- R 6 Präsidentin/ Präsident des Landesarbeitsgerichtes (1,00)
- R 3 Präsidentin/ Präsident des Arbeitsgerichtes (1,00), Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Landesarbeitsgerichtes (1,00), Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht (6,00)
- R 2 Richterin/ Richter am Arbeitsgericht (2,00), Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Arbeitsgerichtes (1,00)
- R 1 Richterin/ Richter am Arbeitsgericht (21,00)

2011/ 12			2010	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl
<u>Leerstellen (kw) *</u>				
R 1	2,00			3,00
Summe:	2,00			3,00

- R 2 Richterin/ Richter am Arbeitsgericht (0,00)
- R 1 Richterin/ Richter am Arbeitsgericht (2,00)

2011/ 12			2010	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl
Beamtinnen/ Beamte				
<u>Planstellen</u>				
A 13	1,00			1,00
A 11	5,00			5,00
A 10	3,00			2,00
A 9	1,00			2,00
A 9	4,00			4,00
A 8	4,00			4,00
A 7	4,00			7,00
Summe:	22,00			25,00

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 10				1,00						1,00 Verlagerung von Kapitel 2170; Personalwirtschaftliche Maßnahme
A 9					-1,00					-1,00 Verlagerung an Kapitel 2170; Personalwirtschaftliche Maßnahme
<i>Summe Beamten/ Beamte</i>				0,00	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>				0,00	0,00	0,00	-3,00	0,00	0,00	-3,00
<i>Summe Beamten/ Beamte insgesamt</i>				0,00	0,00	0,00	-3,00	0,00	0,00	-3,00

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	ausgebracht gemäß	
				Anzahl	§ 50a (1)	
R 1	1,00			1,00	Nr. 7	
R 1	1,00			1,00		§ 115
R 1	0,00			1,00	Nr. 1	
gesamt:	2,00			3,00		

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
A 13	1,00	Regierungsrätin/Regierungsrat	Oberamtsrätin/ Oberamtsrat	Umsetzung Dienstrechtsreform – Neuregelung Besoldungsrecht (Drucksache 19/4246)

Einzelplan 2
Kapitel 2160

Justizbehörde
Arbeitsgerichte

I. Stellenbestand

- A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (0,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (1,00)
A 11 Justizamtfrau/ Justizamtmann (4,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (1,00)
A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor (2,00), Regierungssoberinspektorin/ Regierungssoberinspektor (1,00)
A 9 Justizinspektorin/ Justizinspektor (1,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst (4,00)
A 8 Justzhauptsekretärin/ Justzhauptsekretär (3,00), Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)
A 7 Justzobersekretärin/ Justzobersekretär (4,00)

2011/ 12		2010		Vermerke	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw)*</u>					
A 11	1,00			0,00	
A 10	0,00			1,00	
A 8	2,00			0,00	
Summe:	3,00			1,00	

- A 11 Justizamtfrau/ Justizamtmann (1,00)
A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor (0,00)
A 8 Justzhauptsekretärin/ Justzhauptsekretär (1,00), Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	ausgebracht gemäß	
				Anzahl	§ 50a (1)	
A 11	1,00			0,00	Nr. 7	
A 10	0,00			1,00	Nr. 7	
A 8	1,00			0,00	Nr. 7	
A 8	1,00			0,00	Nr. 7	
gesamt:	3,00			1,00		

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 9	3,00			2,00	
E 8	9,50			10,50	
E 6	32,54			28,73	
E 5	2,50			2,50	
E 3	1,00			2,00	
E 2	0,50	0,50	1)	0,50	kw: 0,50 EntgGr. E 2 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
Summe:	49,04			46,23	
Summe (ohne *) insgesamt	104,04			104,23	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	-0,19	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,19	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	0,00	0,00	3,00	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>										
	0,00	0,00	-0,19	0,00	0,00	3,00	0,00	0,00	2,81	
<i>Summe (ohne *) insgesamt</i>										
	0,00	0,00	-0,19	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-0,19	

Bei den Sozialgerichten erhalten eine Amtszulage:

- a) die Vizepräsidentin beim Landessozialgericht R 3 oder der Vizepräsident beim Landessozialgericht R 3 als ständige Vertretung der Präsidentin beim Landessozialgericht oder des Präsidenten beim Landessozialgericht
- b) die Vizepräsidentin beim Sozialgericht R 2 oder der Vizepräsident beim Sozialgericht R 2 als ständige Vertretung der Präsidentin beim Sozialgericht oder des Präsidenten beim Sozialgericht

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Richterinnen/ Richter					
R 6	1,00			1,00	
R 3	3,50	0,50	4)	3,00	<i>kw: 0,50 BesGr. R 3 Vorsitzende Richterin/Vorsitzender Richter am Landessozialgericht zum 31.12.2010</i>
R 2	13,00			13,00	
R 1	33,00	5,00	1)	33,00	<i>kw: 5,00 BesGr. R 1 Richterin/ Richter am Sozialgericht zum 31.12.2010</i>
Summe:	50,50			50,00	

- R 6 Präsidentin/ Präsident des Landessozialgerichtes (1,00)
R 3 Präsidentin/ Präsident des Sozialgerichtes (1,00), Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Landessozialgerichtes (1,00), Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Landessozialgericht (1,50)
R 2 Richterin/ Richter am Landessozialgericht (8,00), Richterin/ Richter am Sozialgericht (4,00), Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Sozialgerichtes (1,00)
R 1 Richterin/ Richter am Sozialgericht (33,00)

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
<u>Leerstellen (kw)*</u>					
R 6	1,00			0,00	
R 2	0,00			2,00	
R 1	4,00			3,00	
Summe:	5,00			5,00	

- R 6 Präsidentin/ Präsident des Landessozialgerichtes (1,00)
R 2 Richterin/ Richter am Landessozialgericht (0,00), Richterin/ Richter am Sozialgericht (0,00)
R 1 Richterin/ Richter am Sozialgericht (4,00)

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Andere Amtsstellen (Richterinnen/ Richter)					
R 1	0,00			1,00	
Summe:	0,00			1,00	

- R 1 Richterin/ Richter (0,00)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
				0,00	0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50
<i>Summe Richterinnen/ Richter insgesamt</i>										
				0,00	0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50
R 1				-1,00						-1,00 Ende Kapazitätsausgleich für einen in die Verwaltung abgeordneten Richter
<i>Summe Andere Amtsstellen (Richterinnen/ Richter)</i>										
				0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-1,00

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010		ausgebracht gemäß	
				Anzahl	§ 50a (1)	Nr. 1	Nr. 7
R 6	1,00			0,00			H.Beschl.
R 2	0,00			1,00			§ 115
R 2	0,00			1,00			§ 115
R 1	2,00			2,00			
R 1	0,00			1,00			
R 1	2,00			0,00			§ 115
gesamt:	5,00			5,00			

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2011/ 12	alter Vermerk 2010
R 3	4) kw: 0,50 BesGr. R 3 Vorsitzende Richterin/ Vorsitzender Richter am Landessozialgericht zum 31.12.2010	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 13	1,00			1,00	
A 11	3,00			2,00	
A 10	6,00	1,00	2)	7,00	kw: 1,00 BesGr. A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor zum 31.12.2010
A 9	1,00			3,00	
A 9	3,00			3,00	
A 7	15,00		3)	15,00	kw: 7,00 BesGr. A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär zum 31.12.2010
Summe:	29,00			31,00	

A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (0,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (1,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (3,00)
A 10 Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor (2,00), Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (4,00)
A 9 Justizinspektorin/ Justizinspektor (0,00), Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (3,00)
A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (13,00), Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (2,00)

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Leerstellen (kw)*					
A 10	0,00			1,00	
A 7	4,00			0,00	
Summe:	4,00			1,00	

A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)
A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (4,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	ausgebracht gemäß	
					§ 50a (1)	
A 10	0,00			1,00	Nr. 7	
A 7	3,00			0,00	Nr. 7	
A 7	1,00			0,00	Nr. 6	
gesamt:	4,00			1,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 11						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltbeschluss
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2160; Personalwirtschaftliche Maßnahme
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2000; personalwirtschaftliche Maßnahme
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 2160; Personalwirtschaftliche Maßnahme
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>				0,00	0,00	0,00	1,00	-2,00	1,00	0,00
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>				0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>				0,00	0,00	0,00	1,00	-2,00	-1,00	

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
A 13	1,00	Regierungsrätin/Regierungsrat	Oberamtsrätin/ Oberamtsrat	Umsetzung Dienstrechtsreform – Neuregelung Besoldungsrecht (Drucksache 19/4246)

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2011/ 12		Vermerk Nr.	2010	Vermerke
	Anzahl	davon			
Arbeitnehmer					
E 10	0,00			1,00	
E 9	4,00			2,00	
E 8	5,50			5,50	
E 6	48,50			48,50	
E 5	3,13			3,13	
E 3	3,00			3,00	
E 2	2,00			2,00	
Summe:	66,13			65,13	
Summe (ohne *) insgesamt	145,63			147,13	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 10						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltbeschluss
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	0,00	0,00	2,00	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	0,50	-1,00	1,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	-1,50	

kw 2011/ 12	kw 2013	kw 2014	kw 2015	kw >2015	kw o.T.	Vermerke
		1,00			1,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Richterinnen/ Richter und Beamten/ Beamte Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Bei der Generalstaatsanwaltschaft Hamburg erhält eine Amtszulage:

- a) eine Leitende Oberstaatsanwältin R 3 oder ein Leitender Oberstaatsanwalt R 3 als ständige Vertretung der Generalstaatsanwältin oder des Generalstaatsanwalts,
- b) sechs Oberstaatsanwältinnen oder Oberstaatsanwälte R 2 für die Hauptabteilungsleitungen,
- c) eine Oberstaatsanwältin R 2 oder ein Oberstaatsanwalt R 2 als Leitung der Amtsanhaltsschaft

I. Stellenbestand

2011/ 12			2010	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl
Andere Amtsstellen (Richterinnen/ Richter)				
R 1	0,00			0,00
Summe:	0,00			0,00

R 1 Staatsanwältin/ Staatsanwalt (0,00)

2011/ 12			2010	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl
Beamten/ Beamte Planstellen				
R 6	1,00			1,00
R 5	1,00			0,00
R 4	0,00			1,00
R 3	4,00			3,00
R 2	43,00			44,00
R 1	126,50			126,00
A 15	2,00	1,00	1)	2,00
A 14	1,00			1,00
A 13	4,00			2,00
A 13	15,00	1,00	2)	15,00
A 12	24,00			24,00
A 11	34,00	1,00	8)	34,00

Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle

Freigestelltes Personalratsmitglied

kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsauffrau/ Regierungsaufmann zum 31.12.2014 nach Beendigung des Projekts Neues Haushaltswesen Hamburg und Neues Ressourcenverfahren Hamburg im Bereich der Justizbehörde, spätestens zum 31.12.2014

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
R 1		1,00							1,00	Kapazitätsausgleich für eine vollständige Freistellung im Rahmen des Sabbatjahres
R 1		-1,00							-1,00	Ende Kapazitätsausgleich für eine vollständige Freistellung im Rahmen des Sabbatjahres
<i>Summe Andere Amtsstellen (Richterinnen/ Richter)</i>				-1,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
R 5								1,00	1,00	Umsetzung Dienstrechtsreform – Neuregelung Besoldungsrecht (Drucksache 19/4246)
R 4								-1,00	-1,00	Umsetzung Dienstrechtsreform – Neuregelung Besoldungsrecht (Drucksache 19/4246)
R 3								1,00	1,00	Umsetzung Dienstrechtsreform – Neuregelung Besoldungsrecht (Drucksache 19/4246)
R 2								-1,00	-1,00	Umsetzung Dienstrechtsreform – Neuregelung Besoldungsrecht (Drucksache 19/4246)
R 1		1,00							1,00	Umsetzung des Handlungskonzepts Handeln gegen Jugendgewalt
R 1			-1,00						-1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
R 1		1,00							1,00	Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
R 1					-1,50				-1,50	Verlagerung an Kapitel 2000; Übertragung im Zusammenhang mit der Verlagerung der Gnadenangelegenheiten
R 1		1,00							1,00	StPl 2009; Weitere Umsetzung des Konzeptes Konzentrierte Führungsaufsicht
A 13		2,00							2,00	Verstärkung der Wirtschaftsabteilung bei der Staatsanwaltschaft (Drs. 19/4987)
A 11									-1,00	
A 11		1,00							1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
									1,00	gem. Art. 11 Nr. 7 Haushaltbeschluss
										2009/2010 für das Projekt Neues Haushaltswesen Hamburg und Neues Ressourcenverfahren Hamburg

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2011/ 12	alter Vermerk 2010
A 11	8) kw: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann zum 31.12.2014 nach Beendigung des Projekts Neues Haushaltswesen Hamburg und Neues Ressourcenverfahren Hamburg im Bereich der Justizbehörde, spätestens zum 31.12.2014	

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
A 13	1,00	Regierungsrätin/Regierungsrat	Oberamtsrätin/ Oberamtsrat	Umsetzung Dienstrechtsreform – Neuregelung Besoldungsrecht (Drucksache 19/4246)

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 10	0,00			0,00	
A 9	2,00			1,00	
A 9	21,00	1,00	3)	22,00	ku: 1,00 BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst nach BesGr. A 7 Justizobersekrete nach Freiwerden der Stelle
		1,00	4)		ku: 1,00 BesGr. A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst nach BesGr.
A 8	28,00	1,00	5)	28,00	A 8 Justizhauptsekr nach Freiwerden der Stelle
A 7	35,50			35,00	
A 6	5,00			1,00	Vermerk weggefallen
A 6	0,00			4,00	
A 5	9,00			11,00	
A 4	1,00			2,00	
Summe:	357,00			357,00	

R 6 Generalstaatsanwältin/ Generalstaatsanwalt (1,00)
R 5 Leitende Oberstaatsanwältin/Leitender Oberstaatsanwalt (1,00)
R 4 Leitende Oberstaatsanwältin/ Leitender Oberstaatsanwalt (0,00)
R 3 Leitende Oberstaatsanwältin/ Leitender Oberstaatsanwalt (3,00), Oberstaatsanwältin/Oberstaatsanwalt (1,00)
R 2 Oberstaatsanwältin/ Oberstaatsanwalt (43,00)
R 1 Staatsanwältin/ Staatsanwalt (126,50)
A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (2,00)
A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (4,00)
A 13 Oberamtsanwältin/ Oberamtsanwalt (14,00), Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (0,00), Regierungsrätin/Regierungsrat (1,00)
A 12 Amtsanwältin/ Amtsanwalt (16,00), Justizamtsrätin/ Justizamtsrat (8,00)
A 11 Justizamtfrau/ Justizamtmann (32,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00), Sozialamtfrau/ Sozialamtman (1,00)
A 10 Justizoberberinspектор (0,00)
A 9 Justizinspекторин/ Justizinspектор (2,00)
A 9 Amtsinspектор/ Amtsinspектор (1,00), Amtsinspектор/ Amtsinspектор im Justizdienst (20,00)
A 8 Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (25,00), Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (3,00)
A 7 Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (33,50), Regierungsoberssekretärin/ Regierungsoberssekretär (2,00)
A 6 Justizsekretärin/ Justizsekretär (5,00)
A 6 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (0,00)
A 5 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (9,00)
A 4 Justizhauptwachtmeisterin/ Justizhauptwachtmeister (1,00)

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
R 1	21,00			17,00	
A 13	2,00			0,00	
A 12	0,00			2,00	
A 9	1,00			1,00	
A 8	1,00			1,00	
A 7	4,00			3,00	
Summe:	29,00			24,00	

R 1 Staatsanwältin/ Staatsanwalt (21,00)
A 13 Oberamtsanwältin/ Oberamtsanwalt (2,00)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		6,00	-1,00		-1,50	-1,00			2,50	
A 10					-1,00					-1,00 Verlagerung an Kapitel 2110; Stellentausch zwischen dem Amtsgericht Hamburg und der Staatsanwaltschaft Hamburg aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 9					1,00					1,00 Verlagerung von Kapitel 2110; Stellentausch zwischen dem Amtsgericht Hamburg und der Staatsanwaltschaft Hamburg aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 8					1,00					1,00 Verlagerung von Kapitel 2000; Personalwirtschaftliche Maßnahme
Summe Beamtinnen/ Beamte	0,00	6,00	-1,00	2,00	-2,50	-1,00	0,00	0,00	3,50	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-4,00	0,00	0,00	-4,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt	0,00	6,50	-1,00	2,00	-2,50	-5,00	0,00	0,00	0,00	

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010		ausgebracht gemäß		
				Anzahl	§ 50a (1)			
R 1	12,00				9,00	Nr. 7		
R 1	4,00				4,00	Nr. 6		
R 1	4,00				3,00	Nr. 1		
R 1	0,00				1,00	Nr. 3		
R 1	1,00				0,00	Nr. 8		
A 13	1,00				0,00	Nr. 7		
A 13	1,00				0,00	Nr. 6		
A 12	0,00				2,00	Nr. 7		
A 9	1,00				1,00	Nr. 6		
A 8	1,00				1,00	Nr. 7		
A 7	2,00				1,00	Nr. 7		
A 7	2,00				2,00	Nr. 6		
gesamt:	29,00			24,00				

**Einzelplan 2
Kapitel 2180**

**Justizbehörde
Staatsanwaltschaften**

I. Stellenbestand

- | | |
|------|---|
| A 12 | Amtsanwältin/ Amtsanwalt (0,00) |
| A 11 | Justizamtfrau/ Justizamtmann (0,00) |
| A 10 | Justizoberinspektorin/ Justizoberinspektor (0,00) |
| A 9 | Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Justizdienst (1,00) |
| A 8 | Justizhauptsekretärin/ Justizhauptsekretär (1,00) |
| A 7 | Justizobersekretärin/ Justizobersekretär (4,00) |

**Einzelplan 2
Kapitel 2180**

**Justizbehörde
Staatsanwaltschaften**

II. Erläuterungen

Frei aus redaktionellen Gründen

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 11	2,00			2,00	
E 10	4,00			4,00	
E 9	3,00			3,00	
E 8	42,65			41,65	
E 6	104,21	0,50	6)	100,39	Freigestelltes Personalratsmitglied
E 5	9,50			12,50	
E 3	8,50			7,50	
E 2	8,00	1,00	7)	6,00	kw: 1,00 EntgGr. E 2 nach Freiwerden der Stelle (Sonderprogramm zur verstärkten Unterbringung Schwerbehinderter)
Summe:	181,86			177,04	
Summe (ohne *) insgesamt	538,86			534,04	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängig	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 10						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
E 10						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltbeschluss
E 8						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 2000; Personalwirtschaftliche Maßnahme
E 6			1,00						1,00	Umsetzung des Handlungskonzepts Handeln gegen Jugendgewalt
<i>Summe Arbeitnehmer</i>				0,00	1,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>				0,00	0,50	-0,68	0,00	0,00	0,00	-0,18
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>				0,00	0,00	0,00	0,00	5,00	0,00	5,00
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>				0,00	1,50	-0,68	0,00	-1,00	5,00	0,00
<i>Summe (ohne *) insgesamt</i>				-1,00	9,00	-1,68	2,00	-3,50	0,00	0,00
										4,82

kw 2011/ 12	kw 2013	kw 2014	kw 2015	kw >2015	kw o.T.	Vermerke
1,00						Anzahl der kw-Stellen Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

Bedienstete der Justizvollzugsanstalt Hahnöfersand, die sich wegen der weiten Entfernung von ihrer Wohnung an mehreren aufeinanderfolgenden Tagen aus dienstlichen Gründen am Dienstort aufhalten müssen, erhalten freie Unterkunft und Verpflegung.

I. Stellenbestand

2011/ 12			2010	Vermerke	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte <u>Planstellen</u>					
B 6	1,00			1,00	
B 3	1,00	1,00	1)	1,00	Besoldung nach R 3 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 16	4,00	4,00	2)	4,00	Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 15	11,00	7,00	3)	11,00	Besoldung nach R 2 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 14	14,50	2,00	4)	14,00	<i>Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle</i>
A 13	15,00	2,00	5)	13,00	<i>Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle</i>
A 13	8,00			7,00	
A 12	19,00			20,00	
A 11	69,37	1,00	10)	71,37	<i>ku: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach BesGr. E 11 zum 31.01.2011 Umwandlung gem. Art. 8 Nr. 7 Haushaltbeschluss</i>
A 10	18,00	1,00	6)	17,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 9	13,00			10,00	
A 9	272,00	1,00	7)	277,00	Freigestelltes Personalratsmitglied

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2000; Personalwirtschaftliche Maßnahme
A 14					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 2000; Personalwirtschaftliche Maßnahme
A 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
A 13					1,00				1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
A 13					1,00				1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltbeschluss
A 13					1,00				1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltbeschluss
A 13						1,00			1,00	StPI 2009; Leitung des Personalreferats des Strafvollzugsamtes
A 12							-1,00		-1,00	StPI 2009; Leitung des Personalreferats des Strafvollzugsamtes
A 12							1,00		1,00	StPI 2009; Leitung, Sachbearbeitung des Sachgebiets Sicherheitsangelegenheiten des Strafvollzugsamtes
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2000; Verlagerung in die IT-Abteilung
A 11							-1,00		-1,00	StPI 2009; Leitung, Sachbearbeitung des Sachgebiets Sicherheitsangelegenheiten des Strafvollzugsamtes
A 11						-2,00			-2,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltbeschluss
A 11					1,00				1,00	gem. Art. 8 Nr. 7 Haushaltbeschluss
A 9				-1,00					-1,00	Arbeitsverdichtende Maßnahme im Bereich des Allgemeinen Vollzugsdienstes in der JVA Fuhlsbüttel (Arbeitszeitverlängerung)

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2011/ 12	alter Vermerk 2010
A 14	4)	2,00 Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle	1,00 Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 13	5)	2,00 Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle	1,00 Besoldung nach R 1 zulässig; für Richterinnen und Richter bei Ausweisung einer entsprechenden Leerstelle
A 11	10)	ku: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsauftrag/ Regierungsauftrag nach BesGr. E 11 zum 31.01.2011 Umwandlung gem. Art. 8 Nr. 7 Haushaltbeschluss	

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
A 14	1,00	Wissenschaftliche Oberrätin/Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst	Oberstudienrätin/ Oberstudienrat an Sonderstudien	StPI 2009; aus laufbahnrechtlichen Gründen für den Psychologischen Dienst in der JVA Billwerder
A 13	6,00	Regierungsrätin/Regierungsrat	Verwaltungsoberamtsrätin/ Verwaltungs-oberamtsrat	Umsetzung Dienstrechtsreform – Neuregelung Besoldungsrecht (Drucksache 19/4246)
A 13	2,00	Regierungsrätin/Regierungsrat	Oberamtsrätin/ Oberamtsrat	Umsetzung Dienstrechtsreform – Neuregelung Besoldungsrecht (Drucksache 19/4246)
A 11	1,00	Regierungsauftrag/ Regierungsauftrag	Verwaltungsauftrag/ Verwaltungsauftrag	StPI 2009; aus laufbahnrechtlichen Gründen für die Sachbearbeitung Organisation und Stellenplan

I. Stellenbestand

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 8	425,00	1,00	12)	425,00	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied Vermerk weggefallen</i>
A 7	572,14	1,00	8)	575,82	
A 6	8,00			1,00	
A 6	0,00			6,00	
A 5	27,00			27,00	
Summe:	1478,01			1481,19	

- B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
 B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (4,00)
 A 15 Medizinaldirektorin/ Medizinaldirektor (2,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (7,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor im Verwaltungsdienst (2,00)
 A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (4,00), Oberstudienrätin/ Oberstudienrat (1,00), Oberstudienrätin/ Oberstudienrat an Sonderschulen (1,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (8,50)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (2,00), Studienrätin/ Studienrat (1,00), Studienrätin/ Studienrat an Sonderschulen (1,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst (11,00)
 A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (8,00), Verwaltungsoberamtsrätin/ Verwaltungsoberamtsrat (0,00)
 A 12 Verwaltungsamtsrätin/ Verwaltungsamtsrat (19,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (3,00), Sozialamtfrau/ Sozialamtmann (25,87), Verwaltungsamtfrau/ Verwaltungsamtmann (40,50)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00), Sozialoberinspektorin/ Sozialoberinspektor (2,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (1,00), Verwaltungsoberinspektorin/ Verwaltungsoberinspektor (13,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00), Verwaltungsinspektorin/ Verwaltungsinspektor (12,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00), Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Strafvollzugsdienst (227,00), Amtsinspektorin/ Amtsinspektor im Werkdienst des Strafvollzuges (26,00), Verwaltungsamtsinspektorin/ Verwaltungsamtsinspektor (18,00)
 A 8 Hauptsekretärin/ Hauptsekretär im Strafvollzugsdienst (345,00), Hauptwerkmeisterin/ Hauptwerkmeister im Strafvollzugsdienst (42,00), Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (7,00), Verwaltungshauptsekretärin/ Verwaltungshauptsekretär (31,00)
 A 7 Obersekretärin/ Obersekretär im Strafvollzugsdienst (543,14), Oberwerkmeisterin/ Oberwerkmeister im Strafvollzugsdienst (2,00), Verwaltungsobersekretärin/ Verwaltungsobersekretär (27,00)
 A 6 Justizsekretärin/ Justizsekretär (6,00), Verwaltungssekretärin/ Verwaltungssekretär (2,00)
 A 6 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (0,00)
 A 5 Erste Justizhauptwachtmeisterin/ Erster Justizhauptwachtmeister (27,00)

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	2010	Vermerke
				Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 11	0,00			1,00	
A 9	0,00			1,00	
A 8	1,00			2,00	
A 7	4,00			4,00	
Summe:	5,00			8,00	

- A 13 Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat (0,00)
 A 11 Technische Amtfrau/ Technischer Amtmann (0,00), Verwaltungsamtfrau/ Verwaltungsamtmann (0,00)
 A 9 Verwaltungsinpektorin/ Verwaltungsinspektor (0,00)
 A 8 Hauptsekretärin/ Hauptsekretär im Strafvollzugsdienst (0,00), Verwaltungshauptsekretärin/ Verwaltungshauptsekretär (1,00)
 A 7 Obersekretärin/ Obersekretär im Strafvollzugsdienst (3,00), Verwaltungsobersekretärin/ Verwaltungsobersekretär (1,00)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	ausgebracht gemäß	
					§ 50a (1)	
A 11	0,00			1,00	Nr. 7	
A 9	0,00			1,00	Nr. 7	
A 8	0,00			1,00	Nr. 7	
A 8	1,00			1,00	Nr. 7	
A 7	3,00			2,00	Nr. 7	
A 7	1,00			2,00	Nr. 7	
gesamt:	5,00			8,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				-1,00	1,00	-2,00	1,00			-1,00
A 9				-1,00						-1,00 Arbeitsverdichtende Maßnahme im Bereich des Werkdienstes in der JVA Hahnöfersand (Arbeitszeitverlängerung)
A 8		1,00								1,00 Kapazitätsausgleich für die dienstliche Freistellung eines Personalratsmitglieds
A 8				-1,00						-1,00 Beendigung der dienstlichen Freistellung eines Personalratsmitglieds
A 8					1,00					1,00 Verlagerung von Kapitel 2000; Personalwirtschaftliche Maßnahme
A 7				-1,25						-1,25 Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 7		1,25								1,25 Interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
A 7				-1,00						-1,00 Arbeitsverdichtende Maßnahme im Bereich des Allgemeinen Vollzugsdienstes in der Untersuchungshaftanstalt (Arbeitszeitverlängerung)
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	2,25	-5,25	2,00	-2,00	1,00	0,00	0,00	-2,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,50	-0,82	0,00	-0,86	0,00	0,00	0,00	-1,18	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	0,00	2,75	-6,07	2,00	-2,86	1,00	0,00	0,00	-3,18	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2011/ 12		Vermerk Nr.	2010	Anzahl	Vermerke
	Anzahl	davon				
Arbeitnehmer						
E 15 ü	1,00			1,00		
E 15	3,70			3,70		
E 14	2,00			3,00		
E 13	26,50	1,00	9)	27,50	Freigestelltes Personalratsmitglied	
E 12	3,00			3,00		
E 11	5,00	1,00	11)	3,00	kw: 1,00 EntgGr. E 11 zum 30.04.2011	
E 10	2,00			2,00		
E 9	17,88			21,88		
E 9 c	2,00			1,00		
E 8	21,50			18,50		
E 7 a	39,00			36,00		
E 6	39,01			41,01		
E 5	18,43			21,53		
E 3	4,68			4,68		
Summe:	185,70			187,80		
Summe (ohne *) insgesamt	1663,71			1668,99		

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgängige	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 14						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13						1,00			1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13			-1,00						-1,00	interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
E 13		1,00							1,00	interne organisatorische Maßnahme (Ausbringen von Stellenteilen)
E 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 13						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 11						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 7 Haushaltsbeschluss
E 11		1,00							1,00	Stellenbedarf im Rahmen der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010 (Drs. 19/2250)
E 11						2,00			2,00	gem. Art. 11 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 2000; Personalwirtschaftliche Maßnahme
E 5			-1,00						-1,00	Arbeitsverdichtende Maßnahme im Schreinbereich der JVA Glasmoor (Arbeitszeitverlängerung)
Summe Arbeitnehmer		0,00	2,00	-2,00	0,00	-1,00	-1,00	0,00	0,00	-2,00
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
0,00	0,00	-0,10	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,10
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Arbeitnehmer insgesamt		0,00	2,00	-2,10	0,00	-1,00	-1,00	0,00	0,00	-2,10
Summe (ohne *) insgesamt		0,00	4,75	-8,17	2,00	-3,86	0,00	0,00	0,00	-5,28

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2011/ 12	alter Vermerk 2010
E 11	11)	kw: 1,00 EntgGr. E 11 zum 30.04.2011	

